



Competition Policy Newsletter

The quarterly publication of the Competition Directorate of the European Commission

Contents

ARTICLES

- * Zukünftige entwicklungen des Europäischen wettbewerbsrechts, von *Claus Dieter Ehlermann* 1

OPINIONS & COMMENTS

- * L'application du contrôle communautaire des concentrations aux oligopoles dominants, par *Olivier Guersent* 10

Anti-Trust Rules

- * Summary of the most important recent developments, by *Christopher Jones* 13
- * Most important Press Releases issued 17
- * Other relevant press releases 24
- * Other important developments 25
- * Court Judgements 27

Merger Regulation

- * Summary of most important recent developments, by *Milvia van Rij* 33
- * Commission Decisions 35
- * Other relevant press releases 40
- * Court Judgements 40

Liberalisation and State Intervention

- * Summary of most important recent developments, by *Brona Carton* 46
- * Court Judgements 47

State Aid

- * Some of the questions you always wanted to ask about state aid, by *Jonathan Faull* 48
- * Summary of most important recent developments, by *Henrik Mørch* 50
- * Complete list of relevant press releases 53
- * Court Judgements 56

International Dimension of Competition Policy

- * Aspects internationaux de la Politique de Concurrence, par *P. Delsaux, S. Depypere et T. Jacob* 57
- * Relevant press releases 59

INFORMATION SECTION

- * *DG IV Staff List* 60
- * *Documentation* 62
- * *More Information* 66

CASES COVERED IN THIS ISSUE 67

ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN DES EUROPÄISCHEN WETTBEWERBSRECHTS ¹

von Prof. Dr. C.D. EHLERMANN, Generaldirektion für
Wettbewerb Kommission der Europäischen
Gemeinschaften

(Colloquium anlässlich des 20. geburtstages des
Monopolkommission im Wissenschaftszentrum Bonn, 23/6/1994)

A. EINLEITUNG

Das heutige Colloquium soll, wie es in der Einladung heißt, nicht nur rückwirkend die ordnungspolitischen Entwicklungslinien seit Bestehen der Fusionskontrolle nachzeichnen, sondern auch Perspektiven für eine künftige Wettbewerbspolitik aufzeigen. Ich begrüße es, daß in diesem Zusammenhang ein Teil der Veranstaltung auch dem Thema "zukünftige Entwicklungen des europäischen Wettbewerbsrechts" gewidmet ist. Darin kommt zum Ausdruck, daß das europäische Wettbewerbsrecht mehr und mehr in den Blickpunkt der Monopolkommission gerät. Aufgabe dieses Gremiums ist vor allem die Beobachtung der Unternehmenskonzentration und der Anwendungspraxis der Fusionskontrolle. Mit der Einführung der europäischen Fusionskontrolle ist damit auch das Wettbewerbsrecht der Gemeinschaft zu einem Thema für die Monopolkommission geworden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Monopolkommission meinen Dank dafür zu sagen, daß sie die Einführung der europäischen Fusionskontrolle von Anfang an, schon im Verhandlungsstadium, wohlwollend begleitet hat und in ihrem letzten Hauptgutachten die Anwendungspraxis des ersten Jahres ausführlich gewürdigt hat.

Die Fusionskontrolle ist zu einem wichtigen Bestandteil der Wettbewerbspolitik der Gemeinschaft geworden, aber sie ist gleichwohl nur ein Teil des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts und eingebettet in die allgemeine Wettbewerbspolitik der Gemeinschaft. Bevor ich auf materielle und institutionelle Fragen der europäischen Fusionskontrolle eingehe, der zweifellos das Hauptinteresse der Monopolkommission gilt, möchte ich daher einen kurzen Blick auf die anderen Bereiche der europäischen Wettbewerbspolitik werfen.

EC COMPETITION POLICY NEWSLETTER

PRODUCED BY DG IV - CELLULE INFORMATION

Address: European Commission, C-150, 00/158, 200 rue de la Loi, B-1049 Bruxelles, tel. +322 295 0094, fax +322 295 5437
Electronic Mail: X400: C=BE;A=RTT;P=CEC;OU=mhsg;S=AlevantisP; Internet: alevantis@mhsg.cec.be

Volume 1, N° 2, Summer 1994

Editor: Christopher JONES Information Officer: P. ALEVANTIS

B. ÜBERBLICK ÜBER DIE WETTBEWERBSPOLITIK DER GEMEINSCHAFT

I. Wettbewerbspolitik gegenüber Mitgliedstaaten

Eine der Besonderheiten der Gemeinschaftsverfassung liegt bekanntlich darin, daß sie nicht nur Wettbewerbsregeln für Unternehmen, sondern auch für die Mitgliedstaaten enthält. Im Vordergrund stehen bei letzteren herkömmlicherweise die Vorschriften über staatliche Beihilfen. In den letzten Jahren haben jedoch daneben die Vorschriften für staatliche Ausschließlichkeitsrechte zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Kommission auf staatliche Handelsmonopole, die in Artikel 37 des EG-Vertrages ausdrücklich geregelt - und verboten - sind. Daß auch staatliche Dienstleistungsmonopole an den Grundfreiheiten und am Wettbewerbsprinzip zu messen sind, ist eine verhältnismäßig neue Erkenntnis, die von der Kommission zuerst im Bereich der Telekommunikation erprobt und vom Gerichtshof gebilligt worden ist.

Dies ist auch der einzige Bereich, in dem die Gemeinschaft bisher nennenswerte Erfolge erzielt hat. Nach der Liberalisierung der sogenannten Mehrwertdienste im Jahre 1990 und der unmittelbar bevorstehenden Liberalisierung des Satellitenfunkverkehrs ist das nächste wichtige Datum der 1. Januar 1998, an dem der gesamte öffentliche Telefonverkehr aus dem Monopolbereich entlassen werden soll. Das Ausschließlichkeitsrecht wird dann nur noch am öffentlichen Telekommunikationsnetz bestehen. Aber auch der Betrieb der Netze wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Jahre dem Wettbewerb geöffnet werden.

Im Gegensatz zum Telekommunikationsbereich hat sich die Kommission bei Elektrizität und Gas nicht vorrangig auf die Anwendung unmittelbar anwendbaren Gemeinschaftsrechts (wie Grundfreiheiten und Wettbewerbsprinzip) sowie auf ihre eigenen Regelungsbefugnisse nach Artikel 90 Absatz 3 des EG-Vertrags gestützt. Stattdessen hat sie den Rat im Januar 1992 mit zwei Richtlinienvorschlägen befaßt. Nach dem erbitterten Widerstand einer Mehrzahl der Ratsmitglieder gegen das sogenannte Durchleitungsrecht Dritter und einer Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die die Kommissionsvorschläge verwässert, hat die Kommission Änderungen beschlossen, die bis an die Grenze dessen gehen, was mit unmittelbar anwendbarem Vertragsrecht vereinbar ist. Aus der Sicht der Generaldirektion IV kommt es in den nächsten Monaten entscheidend darauf an, die Grundsätze des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts zu wahren, um sie im Einzelfall - bei Anfragen auf Negativatteste und Einzelfreistellungen, bei Beschwerden und bei ex officio-Verfahren - korrekt anwenden zu können.

Am wenigsten weit fortgeschritten sind die Bemühungen um die teilweise Liberalisierung des Dienstleistungsmonopols der Post. Sie haben erst spät begonnen und lassen kaum ähnliche Effizienzgewinne erwarten, wie die Öffnung der Telekommunikations- und Energiemärkte. Die Liberalisierung der Postdienste wird daher vermutlich längere

Zeit in Anspruch nehmen und bescheidener ausfallen, als den potentiellen Konkurrenten der Postmonopole lieb ist.

Der andere Bereich der Wettbewerbspolitik gegenüber Mitgliedstaaten, die Kontrolle staatlicher Beihilfen, gehört von jeher zu den wichtigsten Aufgaben der Kommission. Sie hat diese politisch delicate Aufgabe zunehmend ernster genommen. Beihilfen sind das letzte Instrument, das den Mitgliedstaaten im Binnenmarkt verblieben ist, um einzelne Unternehmen zu begünstigen. Der Beihilfeaufsicht kommt daher heute eine noch größere Bedeutung als in der Vergangenheit zu.

Ein Schwerpunkt in der Entwicklung der Beihilfeaufsicht ist für die Generaldirektion IV derzeit das Bemühen, horizontale Regeln für kapitalintensive Investitionen zu erarbeiten, die die bestehenden sektoriell beschränkten Beihilferegeln, soweit sie von der Kommission erlassen wurden, überflüssig machen könnten. Sondervorschriften für besonders sensible Wirtschaftszweige mögen zwar als sinnvoll angesehen werden: mit ihnen gerät die Gemeinschaft jedoch in die gefährliche Nähe sektorieller Industriepolitik. Die intensiven Bemühungen um horizontale Regeln für bestimmte Arten von Beihilfen, mit denen sich die Kommission für die Zukunft bei der Ausübung ihres Prüfungsermessens bindet, ist Ausdruck einer vor mehreren Jahren begonnenen Politik, die dem Bedürfnis nach Transparenz, Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit gerecht zu werden versucht.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beihilfeaufsicht durch die Kommission ist seit langem die Kontrolle des Verhaltens der Mitgliedstaaten gegenüber den von ihnen beherrschten öffentlichen Unternehmen. Öffentliche Unternehmen können heute nicht mehr ohne - gegebenenfalls stillschweigende - Billigung der Kommission saniert werden. Soweit der Verdacht der offenen oder versteckten Beihilfegewährung besteht, können sie auch nicht ohne Prüfung durch die Kommission privatisiert werden. Dementsprechend begleitet die Kommission die Privatisierungen seit Anfang der 90er Jahre in allen Mitgliedstaaten, die sich zu Privatisierungen entschlossen haben. Sie hat dabei versucht, Modalitäten mit den betroffenen Mitgliedstaaten zu vereinbaren, die den besonders schwierigen Umständen der Beihilfekontrolle bei Privatisierungen - den erforderlichen kurzen Fristen und dem Massenproblem - gerecht zu werden. Dies gilt in besonderem Maß für die Privatisierungen der Treuhandanstalt, bei denen sich die vereinbarten Modalitäten als ein wirksames - und nach allgemeiner Auffassung befriedigendes - Instrument der Gemeinschaftskontrolle erwiesen haben.

II. Wettbewerbspolitik gegenüber Unternehmen

Die Wettbewerbspolitik gegenüber Unternehmen war bis zur Einführung der Fusionskontrolle auf die Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Absprachen zwischen Unternehmen und des Verhaltens marktbeherrschender Unternehmen beschränkt. Jahrzehntlang hat dabei das

¹ A copy of this speech is available in English and French. A copy can be requested in writing or by fax from DG IV's Cellule INFORMATION

Bemühen im Vordergrund gestanden, zur Schaffung eines auch von privaten Beschränkungen freien Binnenmarktes beizutragen. Dies erklärt die intensive Beschäftigung mit sogenannten vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, die sich vor allem im Verhältnis zwischen Hersteller und Handel finden und die ein privilegiertes Mittel der Marktaufteilung sind. In dem Maße, in dem der Binnenmarkt Wirklichkeit wird, verliert dieser Gesichtspunkt an Gewicht. Neben der nach wie vor aktuellen Verfolgung klassischer Kartelle rückt auch im Bereich des Artikel 85 mehr und mehr eine strukturelle Betrachtungsweise in den Vordergrund, wie sie der Fusionskontrolle eigentümlich ist.

Dies gilt in besonderer Weise für die Behandlung kooperativer Gemeinschaftsunternehmen. Die Globalisierung der Wirtschaft, die beschleunigte technologische Entwicklung

und der wachsende Kapitalbedarf wird die Zusammenarbeit zwischen konkurrierenden Unternehmen in zunehmendem Maße erforderlich machen. In der Mehrzahl der Fälle wird dies den Wettbewerb beleben. Wir müssen jedoch auf der Hut sein, daß durch an sich begrüßenswerte Kooperationen und strategische Allianzen nicht die wettbewerbliche Struktur der Märkte beeinträchtigt wird. Dies erfordert in der Praxis, auch im Bereich des Artikel 85 in verstärktem Maße ökonomisch bestimmte Prüfungsmethoden anzuwenden. Dieser neue strukturelle Ansatz, der mehr auf die Wettbewerbsbedingungen und weniger auf die juristische Prüfung von Vertragsklauseln abstellt, kommt übrigens auch im Entwurf der neuen Gruppenfreistellungsverordnung für Patent- und Know-how-Lizenzen zum Ausdruck, die die Freistellung nach den Marktanteilen der betroffenen Unternehmen differenziert.

C. FUSIONSKONTROLLE

Kernstück der Strukturkontrolle durch die Kommission bleibt jedoch die Fusionskontrolle. Sie hat sich nach allgemeiner Meinung in ihrer nunmehr dreieinhalbjährigen Anwendungspraxis bewährt. Dies gilt nicht nur für die administrative Herausforderung der Kommission, innerhalb äußerst kurzer Fristen zu sachlich fundierten Entscheidungen zu gelangen. In dieser Hinsicht ist der Beifall für die Praxis der Kommission ungeteilt. Trotz aller hier und da geäußerten Kritik und der nach wie vor im "ordnungspolitischen" Lager bestehenden Skepsis hat die europäische Fusionskontrolle, wie ich meine auch in materieller Hinsicht ihre Bewährungsprobe bestanden. Es ist gelungen, die Entscheidungspraxis eindeutig auf das "wettbewerbliche Gleis" zu bringen. Das ist im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte der Fusionsverordnung und die in langen Verhandlungen vereinbarten Formelkompromisse keineswegs selbstverständlich. Diese ausschließlich wettbewerbliche Orientierung bei der Anwendung der Fusionsverordnung ist nicht zuletzt auch von der Monopolkommission anerkannt worden. Trotz aller Erfolge darf sich die Kommission jedoch nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Es gilt die Praxis weiter zu entwickeln und zu verbessern, und zwar unter beiden Aspekten: dem Verfahren und der materiellen Prüfung.

I. Verfahren

Im Vordergrund unserer Bemühungen zur Verbesserung des Verfahrens steht ein Gesichtspunkt, der generell für die Arbeit der Kommission von zunehmender Bedeutung ist: die Erhöhung der Transparenz. Schon die bisherige Praxis der europäischen Fusionskontrolle ist, was die Entscheidungen angeht, transparenter als andere Fusionskontrollsysteme. Die Kommission ist wohl die einzige Wettbewerbsbehörde der Welt, die in jedem angemeldeten Fusionsfall eine mit Gründen versehene Entscheidung trifft und veröffentlicht.

Mehr Transparenz ist insbesondere im Bereich der Zusagen möglich. Es muß gewährleistet werden, daß Zusagen fusionierender Unternehmen, mit denen sie die wettbewerbslichen Bedenken der Kommission auszuräumen versuchen, mit betroffenen Dritten und den Mitgliedstaaten

erörtert werden können. Dies gilt sowohl für Zusagen in der ersten einmonatigen Verfahrensphase wie auch in der zweiten Prüfungsphase. Mehr Transparenz gegenüber Mitgliedstaaten und gegenüber Dritten, die vom Verfahrensausgang berührt werden, kann dadurch erreicht werden, daß die Kommission zu spät abgegebene Zusagen zurückweist. Wenn die Zusagen zu einem Zeitpunkt abgegeben werden, in dem eine angemessene Konsultation von Mitgliedstaaten und dritten Parteien nicht mehr möglich ist, bleibt den betroffenen Unternehmen die Möglichkeit, die Anmeldung des Zusammenschlusses zurückzunehmen und das Vorhaben in veränderter Form neu anzumelden. Andernfalls wird die Kommission die zweite Verfahrensphase einleiten oder, wenn diese bereits eröffnet ist, den Zusammenschluß untersagen.

Die Konsultation betroffener Dritter erscheint um so wichtiger, als sich dritte Parteien immer häufiger aktiv an Fusionsverfahren beteiligen. Die förmlichen Anhörungen sind in jüngster Zeit zunehmend komplexer geworden, da von dem Zusammenschluß betroffene Wettbewerber von ihrem Recht auf Teilnahme an der Anhörung Gebrauch gemacht haben. Die Fusionsverfahren entwickeln sich damit in Richtung auf ein kontradiktorisches Verfahren. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, daß in Zukunft vermehrt mit Konkurrentenklagen gegen Genehmigungsentscheidungen und damit mit zunehmender gerichtlicher Überprüfung der Praxis der Kommission in Fusionsfällen zu rechnen ist.

Ein weiterer Beitrag zur Erhöhung der Transparenz in der Fusionskontrolle kann durch die Veröffentlichung von "guidelines", also von allgemeinen "Leitlinien" erreicht werden. Die europäische Fusionskontrolle ist dabei, von der Innovationsphase in die Konsolidierungsphase zu treten. Dies erscheint als ein geeigneter Zeitpunkt, um die Politik der Kommission zu bestimmten Problembereichen generell zu formulieren und dadurch Transparenz, aber auch Rechtssicherheit zu erhöhen. Die Erfahrungen der letzten dreieinhalb Jahre haben uns in die Lage versetzt, eine Reihe von Themen in Bekanntmachungen zu behandeln. So hat die Generaldirektion IV unlängst den Entwurf einer neuen

Bekanntmachung über die Abgrenzung von konzentrativen und kooperativen Gemeinschaftsunternehmen erarbeitet, die den Entwicklungen der bisherigen Praxis Rechnung trägt.

Darüber hinaus werden derzeit eine Reihe von Dokumenten zu technischen oder jurisdiktionellen Themen erarbeitet, die ebenfalls Grundlage von Bekanntmachungen der Kommission werden sollen. Es handelt sich dabei um Klarstellungen zum Zusammenschlußbegriff, zum Begriff der beteiligten Unternehmen und zu den Einzelheiten der für die Schwellenwerte maßgeblichen Umsatzberechnung. Diese Themen, die zusammen den Anwendungsbereich der Fusionsverordnung festlegen, sind in der Praxis von außerordentlich großer Bedeutung. Die Veröffentlichung allgemeiner Leitlinien kommt einem oft geäußerten Bedürfnis der betroffenen Wirtschaftskreise und der mit Fusionsfällen befaßten Anwaltschaft entgegen.

Über die Behandlung jurisdiktioneller Fragen hinaus ist es unser Ziel, in absehbarer Zeit auch "guidelines" zu materiellen Problembereichen, wie etwa der Marktabgrenzung oder der oligopolistischen Marktherrschaft, zu formulieren. Hier bedarf es aber voraussichtlich noch weiterer Erfahrung in der Entscheidungspraxis, bevor generelle Aussagen gemacht werden können.

II. Materielle Aspekte

Was die jüngste Fallpraxis und die künftige Entwicklung betrifft, ist zunächst festzuhalten daß seit Beginn dieses Jahres ein erheblicher Anstieg der Anmeldungen von Zusammenschlüssen zu verzeichnen ist. Die Zahl der Anmeldungen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres erreichte bereits 70% der Zahl der im gesamten Jahr 1993 angemeldeten Vorhaben. Sollte diese Tendenz im weiteren Verlauf des Jahres anhalten, dann können wir in diesem Jahr mit Anmeldungen in einer Größenordnung von 80 bis 100 Fällen rechnen, während die Kommission bislang nur mit etwa 60 Fällen im Jahr befaßt wurde. Wesentlicher als der rein zahlenmäßige Anstieg der Fälle ist die Erwartung, daß die Zahl der wettbewerblich kritischen Zusammenschlüsse nach den jüngsten Erfahrungen zunehmen wird. In den traditionellen Wirtschaftsbereichen besteht ein starker Kostendruck, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten zu können. Gleichzeitig gibt es vielfach Überkapazitäten. Häufig ist es daher für die Unternehmen, die sich in der Vergangenheit diversifiziert haben, ein Gebot der Stunde, sich auf ihr "core business", ihren Kernbereich, zu konzentrieren. Dies bedeutet die Veräußerung solcher Unternehmensteile, die nicht mehr zum Kernbereich gerechnet werden, und damit Zusammenschlüsse, die wettbewerblich problematisch sein können. Der potentielle Erwerber dieser Unternehmensteile wird nämlich oft ein Unternehmen sein, das den betroffenen Markt seinerseits zu seinem "core business" rechnet und daher bereits eine starke Position auf diesem Markt innehat.

Ähnliche Probleme können sich in Privatisierungsfällen ergeben. Auch hier kann der "ideale" Übernahmekandidat, der bereit ist, den höchsten Preis zu zahlen, derjenige sein,

der bereits die stärkste Marktposition hält. Sollte die Übernahme des zu privatisierenden Unternehmens zu einer marktbeherrschenden Stellung führen, so kann dies nicht hingenommen werden. So sehr Privatisierungen wettbewerbspolitisch erwünscht sind, so wenig ist es akzeptabel, daß sie mit dem Preis privater Marktherrschaft erkaufte werden. Der jüngst entschiedene Zusammenschluß Kali+Salz/MdK war ein extremer Sonderfall, da die Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung von Kali+Salz auf dem deutschen Kalimarkt auch im Fall einer Untersagung eingetreten wäre und der Zusammenschluß daher nicht kausal für die Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen war. Die Kommission hat daher den Zusammenschluß in Anlehnung an das aus dem US-Antitrustrecht stammende Konzept der "failing company defense" genehmigt. Sie hat den in der Kali+Salz-Entscheidung entwickelten Einwand fehlender Kausalität jedoch an strengere Kriterien als die des US-Antitrustrechts gebunden und das Konzept so eng definiert, daß es nicht als Einfallstor für industriepolitische Erwägungen bemüht werden kann.

Ein besonders wichtiges Problem, das die Kommission in jüngster Zeit mehrfach beschäftigt hat und das sie in der Zukunft vermutlich vermehrt beschäftigen wird, ist die Frage oligopolistischer Marktherrschaft. Mit der Entscheidung Nestlé/Perrier im Jahr 1992 hat die Kommission bekanntlich klargestellt, daß die Fusionsverordnung auch auf marktbeherrschende Oligopole Anwendung findet. Daß die Kommission zu dieser - nicht unumstrittenen - Auslegung der Verordnung bereit war, ist umso beachtlicher, als Untersagungen oder Genehmigungen mit Auflagen in der Zukunft vermutlich häufiger auf die Feststellung gemeinsamer Marktherrschaft gestützt werden dürften als auf den Befund der Marktherrschaft durch ein einzelnes Unternehmen. Die Erklärung liegt im Zusammenwachsen der bisher getrennten nationalen Märkte zu einem Binnenmarkt. Marktherrschaft durch ein einziges Unternehmen wird zunächst selten sein. Gemeinsame Marktherrschaft wird man dagegen sehr viel leichter antreffen können.

Da Fusionen häufig auf hochkonzentrierten Märkten stattfinden, ist es nicht überraschend, daß die Prüfung oligopolistischer Sachverhalte im vergangenen Jahr in einer Reihe von Fällen im Vordergrund stand. Daraus sollte allerdings nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß es die erklärte Politik der Kommission ist, in allen Fällen, in denen hochkonzentrierte Märkte betroffen sind, die zweite Verfahrensphase einzuleiten.

Ein Oligopolfall wirft zwei Fragen auf:

1. Wird es nach dem Zusammenschluß noch wirksamen Wettbewerb zwischen den führenden Unternehmen auf einem Markt geben?
2. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wird die Gruppe der führenden Unternehmen, die Oligopolgruppe, insgesamt eine beherrschende Stellung auf dem Markt haben?

Normalerweise steht die erste Frage im Zentrum der Untersuchung und wirft die schwierigsten Probleme auf. Bei

der Prüfung dieser Frage stellt die Kommission vor allem auf eine Reihe struktureller Merkmale des betroffenen Marktes ab, die oligopolistisches Parallelverhalten begünstigen können (z.B. hoher Konzentrationsgrad, Homogenität der Produkte, Markttransparenz, Stagnation des Marktes, geringe Elastizität der Nachfrage, geringer Innovationsgrad, Verflechtungen zwischen den führenden Unternehmen). Daneben können auch das Marktverhalten und die Entwicklung der Marktanteile in der Vergangenheit wesentliche Anhaltspunkte liefern. Alle diese Faktoren sind in einer Gesamtschau zu bewerten. Ihre Gewichtung kann nicht abstrakt erfolgen, sondern muß im Einzelfall nach den jeweiligen Besonderheiten des betroffenen Marktes vorgenommen werden. Festzuhalten ist allerdings, daß es in vielen Bereichen naturgemäß hoch konzentrierte Märkte gibt, ohne daß dies gleich die Annahme fehlenden Wettbewerbs zwischen den führenden Anbietern nahelegt. Zu denken ist etwa an high-tech-Märkte, in denen Innovation und Produktdifferenzierung meist die Möglichkeit von Parallelverhalten ausschließen dürften. Ferner läßt nicht jede

Erhöhung des Konzentrationsgrades in einem Markt die Schlußfolgerung zu, daß eine Situation bestehenden wesentlichen Wettbewerbs in eine Situation oligopolistischen Parallelverhaltens umschlagen wird. Andererseits mag es vereinzelt derart dramatische Strukturveränderungen geben, daß eine solche Schlußfolgerung gerechtfertigt ist, sofern noch andere strukturelle Faktoren vorliegen, die ein Parallelverhalten ermöglichen.

Alles in allem ist die europäische Fusionskontrolle, wie ich meine, auf einem guten Weg. Sie wird gleichwohl auch in Zukunft nicht umstritten sein. Die Fusionskontrolle wird immer der schwierigste, delikateste und kontroverseste Teil des wettbewerbsrechtlichen und wettbewerbspolitischen Instrumentariums der Kommission bleiben. Deshalb ist es auch nicht überraschend, daß mit ihrer Einführung die Diskussion über die institutionelle Verfassung der europäischen Wettbewerbspolitik wieder aufgelebt ist, die in Deutschland bekanntlich in die Forderung mündet, schleunigst ein Europäisches Kartellamt einzurichten.

D. ÜBERLEGUNGEN ZUM EUROPÄISCHEN KARTELLAMT

I. Eine im wesentlichen deutsche Forderung:

Daß diese Forderung im wesentlichen auf Deutschland beschränkt geblieben ist, läßt sich aus zwei Gründen erklären, die eng miteinander zusammenhängen. Da ist zum einen die starke Stellung des Wettbewerbsprinzips in der deutschen öffentlichen Meinung, die trotz aller wettbewerbsfreundlichen Entwicklungen in anderen Teilen der Gemeinschaft weit über das hinausgeht, was in anderen Mitgliedstaaten anzutreffen ist. Da ist zum anderen der gute Ruf, den das Bundeskartellamt überall in der Bundesrepublik genießt. In ihm wird verständlicherweise das Modell gesehen, an dem sich ein Europäisches Kartellamt orientieren könnte.

II. Ziele und Motive der Befürworter

Die Ziele und Motive der (deutschen) Befürworter eines Europäischen Kartellamts sind klar und verständlich:

Es geht ihnen um mehr, nicht weniger Wettbewerb, d.h. um eine Stärkung des Wettbewerbsprinzips in der Europäischen Union. Einer auf Wettbewerbsfragen beschränkten, von der Kommission unabhängigen Behörde wird die rein wettbewerbsorientierte Anwendung der geltenden Regeln, vor allem der Fusionskontrollverordnung, auf die Dauer eher zugetraut als dem allgemein zuständigen politischen Kollegialorgan Kommission. Die Befürworter eines Europäischen Kartellamts nehmen eine Berufung gegen Kartellamts-Entscheidungen an die Kommission (nach dem Vorbild der Ministererlaubnis) in Kauf, da sie auf die heilsame Wirkung der öffentlichen Diskussion vertrauen: Die Trennung der Erst-Entscheidungskompetenz des Europäischen Kartellamts von der Berufungskompetenz der Kommission bringt die so sehr erwünschte - und derzeit vermißte - Transparenz des Beschlußfassungsprozesses mit sich.

Die Anhänger einer unabhängigen europäischen Wettbewerbsbehörde erwarten im übrigen eine Beschleunigung des gegenwärtigen Entscheidungsprozesses:

Ein Europäisches Kartellamt werde schneller und effizienter als die Kommission arbeiten.

Die deutschen Befürchtungen im Wettbewerbsbereich gegenüber dem politischen Kollegialorgan Kommission werden in Zukunft vermutlich nicht abnehmen. Die Zahl der Kommissionsmitglieder wird durch die nächste Erweiterungsrunde weiter ansteigen; ob die für 1996 geplante Regierungskonferenz zu einer Verringerung führen wird, ist ungewiß. Die wachsende Bedeutung der Europäischen Union und ihre Demokratisierung wird die Funktionen der Kommissionsmitglieder zunehmend politisieren; die technokratischen Aspekte werden dagegen zurücktreten. Die Aufgaben der Kommission werden sich verbreitern; die Kommission wird daher noch mehr Entscheidungen als heute schon treffen müssen; ihre Arbeitslast wird weiter steigen.

Die von der Kommission im Wettbewerbsbereich zu treffenden Entscheidungen werden gleichzeitig immer schwieriger. Wettbewerbsrecht ist seit jeher eine hochspezialisierte, komplizierte Materie, und zwar sowohl verfahrens- wie materiellrechtlich. Seine Anwendung wird mit zunehmender Komplexität ökonomischer Sachverhalte immer diffiziler. Das gilt, wie die Erfahrung zeigt, ganz besonders für die Fusionskontrolle, die in Grenzfällen höchste Anforderungen bei der Ermittlung und Bewertung wirtschaftlicher Tatsachen stellt. Wird das politische Kollegialorgan Kommission stets über genügend Sachkunde, Sachnähe und Objektivität verfügen, um die zu treffenden Entscheidungen sachgerecht zu fällen?

III. Argumente zur Beibehaltung des gegenwärtigen Entscheidungsprozesses

Zur Verteidigung des status quo liegen drei Argumente nahe.

Erstens ist auf die Bilanz seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften hinzuweisen. Die Befürchtung, daß die

Kommission die ihr anvertrauten Aufgaben im Wettbewerbsbereich nicht sachgerecht erledigt hätte, hat sich als unbegründet herausgestellt. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich dies in der Zukunft ändern wird. Als Beweis genügt es, auf die Stellungnahme der Monopolkommission im vorletzten Hauptgutachten hinzuweisen.

Zweitens ist an die umfassende gerichtliche Kontrolle der Kommission durch das Gericht erster Instanz und den Gerichtshof in Luxemburg zu erinnern. Diese Kontrolle ist durch die Betrauung des Gerichts erster Instanz mit Wettbewerbssachen erheblich verstärkt worden. Beide Gerichte werden dafür sorgen, daß die Kommission ihren Verpflichtungen aus Vertrags- und Verordnungsrecht minutiös nachkommt. Jeder verfahrens- oder materiellrechtliche Irrtum wird erbarmungslos korrigiert werden. Das gilt nach den jüngsten Erfahrungen auch für die in den ersten Jahren kaum angefochtenen Fusionsentscheidungen, die - wie bereits erwähnt - zunehmend den Richtern in Luxemburg vorgelegt werden.

Drittens ist an die Lage in den Mitgliedstaaten zu erinnern: Soweit es überhaupt eine effektive Fusionskontrolle gibt, ist diese nur in Deutschland einem unabhängigen Organ anvertraut, und auch dies nur vorbehaltlich der sogenannten Ministererlaubnis. In allen anderen Mitgliedstaaten obliegt sie im wesentlichen einem oder mehreren Ministern, deren Entscheidungen - wenn überhaupt - nur beschränkt nachprüfbar sind. Inwieweit die unabhängigen Wettbewerbsbehörden in Belgien und Italien tatsächlich Fusionen kontrollieren werden, wird die Erfahrung zeigen.

IV. Nachteile und Gefahren der Schaffung eines Europäischen Kartellamts

Ich habe bereits mehrfach auf die Nachteile und Risiken hingewiesen, die mit der Einrichtung einer unabhängigen Europäischen Wettbewerbsbehörde unaußersächlich verbunden sind. Nicht alle haben das gleiche Gewicht, aber alle sind bei der Entscheidung für oder gegen das Europäische Kartellamt zu berücksichtigen.

Die schwerwiegendsten Bedenken sind wettbewerbspolitischer Natur. Sie gründen sich in erster Linie auf die Auswirkungen, die die Einrichtung eines unabhängigen Europäischen Kartellamts

- auf das materielle Wettbewerbsrecht und
 - auf die Kommission
- haben würde.

Sie beruhen zum anderen auf Zweifeln, ob es gelingen wird, eine effiziente, unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde zu schaffen.

1. Die Änderung des materiellen Wettbewerbsrechts

a) Die Einführung nicht wettbewerbsorientierter Kriterien in die Fusionskontrollverordnung

Die Gründung eines unabhängigen Europäischen Kartellamts wird eine Änderung des materiellen Wettbewerbsrechts, genauer der Fusionskontrollverordnung nach sich ziehen.

Warum? Weil die Schaffung eines unabhängigen Entscheidungsorgans zu der unabwiesbaren Forderung nach politischer - und nicht nur gerichtlicher - Kontrolle führen wird: Jeder, der die Diskussion um die Europäische Zentralbank im Vertrag von Maastricht verfolgt hat, wird diese Forderung sofort verstehen. Für die politische Kontrolle kommt in erster Linie die Kommission in Frage; nicht wenige werden allerdings auch an den Rat denken. Selbst wenn die politische Kontrolle allein der Kommission zugewiesen wird, wird es nicht gelingen, ihre Aufgabe darauf zu beschränken, die erstinstanzliche Entscheidung des Europäischen Kartellamts in tatsächlicher und in rechtlicher Hinsicht zu überprüfen, wie dies die Bundesregierung zur Zeit fordert. Eine solche Überprüfung ist Sache der Richter in Luxemburg. Politische Kontrolle bedeutet vielmehr Überprüfung nach politischen Kriterien, d.h. die Einführung nicht rein wettbewerbsbezogener Beurteilungsmaßstäbe in die Fusionskontrolle. Bisher ist die Fusionskontrolle durch die Kommission auf rein wettbewerbsorientierte Gesichtspunkte beschränkt. Bei den jahrzehntelangen Verhandlungen über die Fusionskontrollverordnung war dies das wichtigste Petition der Bundesregierung. Sie hat sich damit letztlich durchgesetzt. Soll diese Errungenschaft jetzt wieder aufgegeben werden?

Einige der Befürworter des Europäischen Kartellamts nehmen diesen Nachteil in Kauf, weil sie auf die Transparenz des Entscheidungsprozesses und die abschreckende Wirkung der öffentlichen Auseinandersetzung über die Berufungsentscheidung der Kommission setzen. Sie berufen sich dabei auf Erfahrungen, die mit der Ministererlaubnis in Deutschland gemacht worden sind. Ich halte es dagegen für äußerst fraglich, ob man diese Erfahrungen auf die Europäische Union übertragen kann. In keinem anderen Mitgliedstaat ist - wie bereits erwähnt - das Wettbewerbsprinzip so tief in der öffentlichen Meinung verankert wie in Deutschland. In keinem anderen Mitgliedstaat ist daher mit einem vergleichbaren Protest der Medien zu rechnen, wenn die Kommission eine Entscheidung des Europäischen Kartellamts revidieren würde. Im Gegenteil, eine solche Revision könnte sogar dort auf breite öffentliche Zustimmung stoßen, wo die Kommission in höherem Ansehen stehen würde als das Europäische Kartellamt.

b) Die Verlängerung der Verfahrensdauer

Die Schaffung eines Europäischen Kartellamts wird nicht nur zur Einführung nicht wettbewerbsorientierter Kriterien in die Fusionskontrollverordnung führen; sie wird auch die Fristen zur Prüfung von Zusammenschlüssen verlängern. Diese sind bekanntlich im Interesse der europäischen Industrie - und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit - äußerst kurz bemessen worden. Jede Fristverlängerung bedeutet größere Rechtsunsicherheit und ist daher, wenn möglich, zu vermeiden. Anregungen zur Fristverlängerung sind daher bei den Diskussionen über eine eventuelle Revision der Fusionskontrollverordnung im Jahre 1993 von allen Seiten zurückgewiesen worden.

2. Auswirkungen der Verselbständigung auf das Europäische Kartellamt und die Kommission

Die Befürworter einer unabhängigen europäischen

Wettbewerbsbehörde gehen davon aus, daß ein auf Wettbewerbssachen beschränktes Europäisches Kartellamt dem Wettbewerbsprinzip vermutlich stärker verpflichtet wäre als das allgemein zuständige politische Kollegialorgan Kommission. Ob diese Annahme zutrifft, ist keineswegs sicher.

Ein unabhängiges Europäisches Kartellamt wäre eine Art politisches Waisenkind. Seine Entscheidungen mögen in Mitgliedstaaten, deren öffentliche Meinung dem Wettbewerbsprinzip weniger verpflichtet sind als die der Bundesrepublik, auf heftigen Widerstand stoßen. Rein sachbezogene, unpolitische Entscheidungen mögen nicht als Vorteil, sondern als Nachteil wahrgenommen werden. So zum Beispiel, daß die Wettbewerbspolitik aus dem Zusammenhang mit anderen Politiken herausgelöst und verselbständigt wird. Wenn dies die Akzeptanz der Kartellamtsentscheidungen verringern sollte, besteht die Gefahr der Anpassung der unabhängigen Behörde an ihre Umwelt: Die Entschlossenheit des Kartellamts zu mutigen Entscheidungen mag sinken. Damit wäre der Wettbewerbspolitik und dem Wettbewerbsprinzip ein schlechter Dienst erwiesen, insbesondere in einer Phase, in der die Erstreckung des Wettbewerbsrechts auf bisher unerschlossene Bereiche (wie Luft- und Seeverkehr, Telekommunikation, Post, Elektrizität und Gas, Banken und Versicherungen) politische Courage erfordert.

Ebenso wichtig wie die Auswirkungen auf die neu zu schaffende erstinstanzliche Kartellbehörde sind die voraussichtlichen Folgen der Verselbständigung auf die bestehende Struktur der Kommission. Denn nur ein kleiner Teil der unter Wettbewerbsgesichtspunkten relevanten Zuständigkeiten der Kommission wird auf das Europäische Kartellamt verlagert werden.

Für die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf das Verhalten der Mitgliedstaaten ist die Generaldirektion IV bekanntlich weitgehend federführend. Auf die anderen Tätigkeiten der Kommission wirkt sie genauso wie jede andere mitbeteiligte Generaldirektion ein. Selbst wenn die Generaldirektion IV nach der Schaffung eines Europäischen Kartellamts für die verbleibenden Aufgaben im Wettbewerbsbereich im engeren Sinne (Beihilfen- und Monopolkontrolle, Beschwerden gegen das Kartellamt) erhalten bliebe, so wäre sie vermutlich dennoch im Vergleich zu heute erheblich geschwächt. Auf die wettbewerbsliche Ausrichtung der Kommissionsaktivitäten im allgemeinen hätte dies negative Auswirkungen, jedenfalls solange, bis eine andere Generaldirektion zum Wettbewerbsgewissen der Kommission geworden wäre.

Die Befürworter einer unabhängigen europäischen Wettbewerbsbehörde werden diesen Preis vermutlich nicht gerne zahlen wollen. Sie werden aber voraussichtlich darauf hinweisen, daß mit der Verselbständigung der Einfluß der anderen Generaldirektionen auf die Generaldirektion IV zurückgedrängt werden würde. Die deutschen Kritiker der gegenwärtigen Entscheidungsstruktur in Wettbewerbssachen haben in dieser Beteiligung eine Gefahr für eine rein wettbewerbsorientierte Fusionskontrolle gesehen.

So verständlich diese Befürchtung ursprünglich gewesen sein

mag, so unbegründet ist sie heute. Die Einschaltung anderer Generaldirektionen in den Prozeß der Entscheidungsvorbereitung hat sich als eine nützliche Herausforderung an die GD IV herausgestellt, ihre Entwürfe überzeugend zu begründen. Die Konkurrenz der Argumente hat die GD IV nicht geschwächt, sondern gestärkt.

3. Chancen zur Einrichtung einer effizienten unabhängigen Wettbewerbsbehörde?

Diese Überlegungen über die Stellung der Generaldirektion IV im Kreis der Kommissionsdienststellen leitet zur letzten Problem-Gruppe über, die um die Frage kreisen, ob es gelingen wird, eine effiziente unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde zu schaffen.

Ein Europäisches Kartellamt wird als Kollegialorgan konzipiert werden müssen. Alle Mitgliedstaaten werden im Kollegialorgan vertreten sein wollen. Letztlich wird es um die Frage gehen, ob und inwieweit es gelingt, Entscheidungen einem oder mehreren kleineren Gremien zuzuweisen. Die Organisation der Gerichte in Luxemburg kann dabei als Vorbild herangezogen werden. Es ist aber mit dem Argument zu rechnen, daß Verwaltungsentscheidungen in Wettbewerbssachen wegen der unerläßlichen Ermessens- und Beurteilungsspielräume etwas anderes als Urteile im gerichtlichen Verfahren sind. Der Verzicht auf die Mitwirkung eines "Vertreters" jeden einzelnen Mitgliedstaates wird daher schwerer durchzusetzen sein als beim Gericht erster Instanz und beim Gerichtshof. Er ist aber im Interesse der Effizienz des Entscheidungsprozesses unverzichtbar.

Problematisch ist auch die Qualität der personellen Erstausrüstung und ihre Entwicklung in der Zukunft. Die Bedeutung des Kartellamts wird zu einem argen Gerangel um einflußreiche Positionen führen. Das Lebensgesetz jeder internationalen Behörde, nämlich der Nationalitätenproporz, wird dieses Gerangel verschärfen. Die Qualität des Personals wird darunter leiden. Veränderungen in der Besetzung, die schon in einer großen Administration wie der Kommission schwierig sind, werden in einer kleinen, unabhängigen Behörde noch schwieriger werden. Hinzukommt die Gefahr der Abschottung. Mit anderen Worten: Es besteht ein erhebliches Risiko, daß die internen Strukturen des Kartellamts erheblich starrer sein werden als die der Generaldirektion IV. Dies ist kein gutes Omen für eine ohnehin mit erheblichen Kosten und Gefahren verbundene Ausgründung.

V. Andere Reformvorschläge

Bedeutet all dies, daß man es beim status quo belassen soll? Oder gibt es Mittel und Wege, den gegenwärtigen Entscheidungsprozeß zu verbessern, ohne die genannten Nachteile und Risiken in Kauf zu nehmen?

1. Veröffentlichung der Entscheidungsentwürfe der Generaldirektion IV?

Aus Kreisen des Bundeskartellamts, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Wissenschaft ist empfohlen worden, die Vorlagen der Generaldirektion IV an

die Kommission vor oder mit der Entscheidung durch die Kommission zu veröffentlichen. Der Vorschlag ähnelt der Praxis der Kommission, die Stellungnahmen des Beratenden Ausschusses zu Fusionsfällen systematisch zu veröffentlichen. Dennoch gibt es einen wesentlichen Unterschied: Der Beratende Ausschuss ist aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetzt; die Generaldirektion IV ist dagegen nur ein Teil des administrativen Unterbaus der Kommission, dem keine besondere Legitimität zukommt. Ich bezweifle, daß ein politisches Organ wie die Kommission bereit ist, Vorlagen ihrer Beamten systematisch zu veröffentlichen, ohne daß zumindest eines ihrer Mitglieder, nämlich das für die Generaldirektion Wettbewerb besonders zuständige, dafür die politische Verantwortung übernimmt.

2. Konsultation eines unabhängigen beratenden Gremiums vor der Beschlußfassung

Von britischer Seite ist der Vorschlag gemacht worden, auf Gemeinschaftsebene ein unabhängiges beratendes Gremium nach dem Vorbild der Monopolies and Merger Commission zu schaffen. Dieses Gremium wäre vor der Beschlußfassung durch die Kommission zu konsultieren; seine Stellungnahmen wären zu veröffentlichen.

Dieser Vorschlag vermeidet die Nachteile und Risiken, die mit der Schaffung eines Europäischen Kartellamts verbunden sind. Seine Verwirklichung würde dem berechtigten Anliegen nach mehr Transparenz Rechnung tragen. Aber er würde unausweichlich zu einer erheblichen Verlängerung der Verfahren führen. Er sollte bei der zukünftigen Diskussion dennoch nicht unberücksichtigt bleiben.

3. Weitere Ermächtigungen für den Wettbewerbskommissar

Ich habe bereits früher darauf hingewiesen, daß mir die Stärkung des "Wettbewerbs"-Kommissars derzeit die beste Antwort auf die Zweifel an der ordnungspolitischen Verlässlichkeit des Kollegialorgans Kommission zu liegen scheint. Alle Anstrengungen sollten daher darauf gerichtet sein, seine Stellung weiter auszubauen. Dazu bedarf es einer Erweiterung der bestehenden Ermächtigungen, alleine für und im Namen der Kommission entscheiden zu dürfen. Dieser Erweiterung sind allerdings politische und rechtliche Grenzen gesetzt.

Die politischen Grenzen ergeben sich aus der wachsenden Bedeutung der Wettbewerbsentscheidungen: Das Kollegium zögert daher, eines seiner Mitglieder zur Ausübung weiterer Befugnisse zu ermächtigen.

Die rechtlichen Grenzen resultieren aus der Auslegung des EG-Vertrags durch den Gerichtshof, zuletzt im sogenannten PVC-Fall. Diese Grenzen sind eng. Für weitere Ermächtigungen bleibt wenig Raum. Es ist dringend wünschenswert, die Ermächtigungsmöglichkeiten bei der nächsten Vertragsrevision erheblich zu vergrößern.

4. Aufgaben für die nächste Regierungskonferenz

Die nächste, für 1996 geplante Regierungskonferenz sollte

daher zweierlei tun:

Sie sollte erstens die Ermächtigungsmöglichkeit, die bisher im EG-Vertrag nicht vorgesehen ist, ausdrücklich in den Vertrag aufnehmen und erweitern. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten und die damit verbundene Vergrößerung der Zahl der Kommissionsmitglieder wird ohnehin dazu zwingen, sich über das Funktionieren des Kollegialorgans Kommission Gedanken zu machen. Das Instrument der Ermächtigung ist eines der Mittel, um das Kollegialprinzip in einer größeren Kommission lebensfähig zu halten.

Die nächste Regierungskonferenz sollte zweitens die Rechtsgrundlage zur Errichtung einer unabhängigen europäischen Wettbewerbsbehörde schaffen. Daß es an einer solchen Rechtsgrundlage im EG-Vertrag bisher fehlt, ist heute weitgehend anerkannt. Sie ist im übrigen nicht nur für ein Europäisches Kartellamt, sondern auch für andere, neu zu gründende unabhängige EG-Behörden mit eigenen Entscheidungsbefugnissen notwendig. Zu denken ist beispielsweise an ein Europäisches Gesundheitsamt für die europaweite Zulassung neuer Arzneimittel oder an ein Europäisches Telekommunikationsamt zur Aufsicht über die in den Wettbewerb entlassenen Telekommunikationsmärkte. Ob, wann und unter welchen Umständen von einer solchen Rechtsgrundlage zur Schaffung eines Europäischen Kartellamts tatsächlich Gebrauch gemacht werden wird, sollte dabei zunächst offen bleiben. Die sich im Laufe der Zeit weiter verstärkende Stellung des Wettbewerbsprinzips wird die oben beschriebenen Nachteile und Risiken verringern und dadurch die Errichtung einer unabhängigen europäischen Wettbewerbsbehörde begünstigen.

5. Einrichtung einer Europäischen Monopolkommission?

Im übrigen ist zu überlegen, ob eine Europäische Monopolkommission nach dem Vorbild der deutschen Monopolkommission einberufen werden sollte. Die Berichte der deutschen Monopolkommission leisten einen wichtigen Beitrag zu der in Deutschland so regen öffentlichen Debatte über wettbewerbspolitische Fragen. An einer ähnlichen Debatte fehlt es bisher auf der Ebene der Europäischen Union. Wenn überhaupt, entzündet sie sich an Einzelentscheidungen (wie der berühmten Verbotsentscheidung im De Havilland-Fall). Dabei verdienen viele Themen eine ausführlichere, vom Einzelfall losgelöste Debatte darüber, wie wettbewerbspolitisch die Integration der Märkte in Europa, die Deregulierung, die Modernisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft vorangebracht werden kann. In jedem Fall fehlt der europäischen Debatte die solide, wissenschaftliche Grundlage, wie sie die Haupt- und Sondergutachten der deutschen Monopolkommission bilden. Zur Schaffung einer Europäischen Monopolkommission bedarf es auch keiner Vertragsänderung. Sie könnte ohne weiteres im Rahmen des geltenden EG-Vertrags errichtet werden. Ob und wann sie zu schaffen ist, sollte ausschließlich von der Antwort auf die Frage abhängen, welche Wirkungen auf der Ebene der Europäischen Union zu erwarten sind. Mit anderen Worten: auch hier stellt sich die Frage, ob die Zeit heute schon reif ist oder noch nicht. Ich meine: Sie ist es.

VI. Zusammenfassung

1. In der Wettbewerbspolitik gegenüber Mitgliedstaaten kommt der Liberalisierung im Bereich staatlicher Ausschließlichkeitsrechte eine vorrangige Rolle zu. Die De-Monopolisierung im Telekommunikationsbereich ist aktiv fortzusetzen. Ihr sollte die verstärkte Durchsetzung wettbewerbslicher Prinzipien im Energiesektor folgen.
 2. Schwerpunkte in der Kontrolle staatlicher Beihilfen sind die Entwicklung horizontaler Regeln und die Beihilfenaufsicht bei Sanierungen und Privatisierungen öffentlicher Unternehmen.
 3. Bei der Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Absprachen zwischen Unternehmen bedarf es in verstärktem Maße einer strukturellen Betrachtungsweise, die mehr auf die Wettbewerbsbedingungen und weniger auf die juristische Prüfung von Vertragsklauseln abstellt.
 4. Im Bereich der Fusionskontrolle ist die Transparenz des Verfahrens bei Zusagen weiter zu verbessern.
 5. Eine Erhöhung von Transparenz und Rechtssicherheit wird auch durch die geplante Veröffentlichung von "guidelines" angestrebt, in denen die Kommission ihre Politik zu bestimmten Problembereichen der Fusionskontrolle generell formulieren wird.
 6. Die Umstrukturierungen von Unternehmen, die sich auf ihren Kernbereich konzentrieren, lassen eine Zunahme wettbewerbslich kritischer Zusammenschlüsse erwarten.
 7. Nachdem die Kommission mit der Entscheidung Nestlé Perrier klargestellt hat, daß die Fusionsverordnung auch auf marktbeherrschende Oligopole Anwendung findet, wird die Prüfung oligopolistischer Sachverhalte zunehmend an Bedeutung gewinnen.
 8. Die Nachteile und Risiken, die mit der Errichtung einer unabhängigen europäischen Wettbewerbsbehörde zum jetzigen Zeitpunkt verbunden wären, sind größer als die Vorteile, die eine solche Behörde mit sich bringen würde.
 9. Die für 1996 geplante Regierungskonferenz sollte jedoch die Rechtsgrundlage für die Gründung eines Europäischen Kartellamts schaffen.
 10. Sie sollte auch die rechtlichen Möglichkeiten erweitern, den Wettbewerbskommissar zu ermächtigen, Entscheidungen in Wettbewerbsachen im Namen des Kollegialorgans Kommission zu treffen.
 11. Die zur Zeit bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Ermächtigung des Wettbewerbskommissars sollten voll ausgeschöpft werden.
 12. Auf Gemeinschaftsebene sollte eine Europäische Monopolkommission einberufen werden, um die öffentliche Diskussion über wettbewerbspolitische Fragen zu verbreitern und zu vertiefen.
-

OPINIONS & COMMENTS

In this section DG IV officials outline developments in community competition procedures. It is important to recognise that the opinions put forward in this section are the *personal views* of the officials concerned. They have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or DG IV's views.

L'application du contrôle communautaire des concentrations aux oligopoles dominants

par Olivier Guersent, DG IV-Merger Task Force

C'est un fait largement accepté par la théorie économique que, lorsqu'un marché est fortement concentré, le degré d'interdépendance entre entreprises s'accroît de telle sorte que plusieurs entreprises peuvent avoir une forte convergence d'intérêt à réduire les quantités mises sur le marché ou à augmenter les prix. Elles se trouvent alors conjointement dans une situation de puissance économique qui leur confère le pouvoir de faire obstacle au maintien d'une concurrence effective¹. Dès lors, les effets anticoncurrentiels résultant d'une position dominante collective devraient être les mêmes que ceux qui résultent d'une position dominante individuelle.

C'est la raison pour laquelle les principales autorités de concurrence à travers le monde sont dotées des moyens juridiques d'appréhender les positions dominantes collectives au même titre que les positions dominantes individuelles. C'est également pourquoi, le TPICE dans l'affaire du "verre plat en Italie"² a admis que l'article 86 pouvait s'appliquer aux positions dominantes collectives. Pour la même raison, la Commission a considéré que la position dominante collective entrait dans le champ d'application du règlement "concentrations".

Curieusement, la Commission n'a eu à trancher ce point, dans l'affaire Nestlé/Perrier, que relativement tardivement, près de deux ans après l'entrée en vigueur du règlement³. Elle avait auparavant envisagé la question mais l'avait laissée ouverte⁴.

Il est remarquable que la Commission ait opté, dans cette affaire, pour une conception "pure" de la domination oligopolistique, en acceptant qu'une position dominante collective puisse exister en l'absence de tout lien structurel entre les membres de l'oligopole dominant.

Une telle approche - conforme aux enseignements de la théorie économique qui font naître la domination collective d'un degré élevé d'interdépendance des décisions conjugué à une forte convergence d'intérêt entre les membres de l'oligopole dominant - fonde la philosophie même du contrôle des concentrations qui vise à "empêcher des structures de l'offre tellement étroites que la conclusion de

cartels n'est plus nécessaire pour mener à bien une action concertée"⁵.

Toutefois, si la Commission considère que l'existence de liens n'est ni nécessaire, ni suffisante pour démontrer l'existence d'une domination oligopolistique, elle prend en compte ces liens dans son analyse, qu'il s'agisse de liens structurels ou de l'existence d'ententes passées.⁶

Si le premier cas fut tardif, les 18 mois qui ont suivi la décision Nestlé/Perrier (d'août 92 à janvier 94) furent, en revanche, prolifiques puisque cette question a été examinée en détail à 7 reprises et a conduit la Commission à formuler des doutes sérieux dans 3 cas.⁷

L'analyse de cette pratique décisionnelle courte mais fournie, permet de dégager les grandes lignes de l'analyse que met en oeuvre la Commission afin de déterminer si, postérieurement à la concentration, les caractéristiques structurelles déterminant le fonctionnement de la concurrence sur le marché en cause, favoriseront l'adoption par plusieurs entreprises d'un parallélisme de comportement anticoncurrentiel.

La méthodologie d'analyse de la Commission

Le schéma d'analyse se distingue de celui qui est utilisé en matière de position dominante individuelle. En effet, les situations de dominance collective requièrent une analyse à deux niveaux. Il faut d'abord démontrer qu'il existe une forte probabilité pour que les membres de l'oligopole adoptent un comportement parallèle anticoncurrentiel de telle sorte qu'ils agissent comme un même groupe d'entreprises sur le marché (analyse de la concurrence à l'intérieur de l'oligopole). Ce n'est qu'ensuite, lorsqu'il faut déterminer si ce groupe sera en mesure de s'abstraire de manière appréciable du comportement de ses concurrents, que l'analyse rejoint le schéma classique d'appréciation des positions dominantes individuelles.

Seule la première de ces questions est spécifique de l'analyse des oligopoles. Pour y répondre, la Commission procède au

cas par cas, à une analyse multi-critères dans laquelle l'utilisation d'un "bouquet" de facteurs qualitatifs d'évaluation complète l'analyse quantitative des positions de marché. L'étude des 7 décisions précitées démontre que la Commission n'utilise pas de modèle systématique et apprécie le poids qu'il convient de donner à chaque critère en fonction des caractéristiques propres à chaque marché.

L'analyse quantitative

L'analyse des décisions de la Commission montre que celle-ci n'a aucun a priori quant aux structures de marché oligopolistiques et considère qu'un marché peut être concentré et doté d'un fonctionnement proconcurrentiel. Elle opère donc une distinction entre les notions de marché oligopolistique et d'oligopole dominant. Pour autant, avec l'augmentation du degré de concentration global du marché, le degré d'incertitude quant aux décisions que prennent les concurrents diminue et le contrôle mutuel du comportement sur le marché est facilité. Aussi, la pratique de la Commission jusqu'à présent a été de considérer l'évolution du niveau et la distribution des parts de marché, avant et après la concentration, comme un point de départ permettant de déterminer dans quelle mesure la question de la position dominante devait faire l'objet d'une analyse approfondie.

Dans 5 des 7 cas précités, les deux firmes leaders devaient détenir, postérieurement à l'opération plus de 60% du marché. Dans deux de ces cas, la Commission a adopté une décision d'autorisation conditionnelle, l'analyse ayant permis de conclure qu'une position dominante duopolistique serait créée à la suite de la concentration. Dans deux cas seulement, la Commission a examiné la possibilité d'une domination collective par plus de deux offreurs⁸ avant d'autoriser l'opération en cause.

Dans chacun des 7 cas précités, la Commission a également procédé à une analyse de la position des autres concurrents subsistant sur le marché.

L'analyse qualitative

Sur la base de ce constat d'ordre quantitatif, la Commission examine un certain nombre de facteurs d'ordre qualitatif tenant aux caractéristiques du marché et aux conditions structurelles de l'offre, afin de déterminer si une position dominante collective sera créée ou renforcée à la suite de l'opération.

Caractéristiques du marché

La Commission prend en compte les caractéristiques du marché tenant notamment à la nature des biens, produits ou services en cause, aux éléments structurels caractérisant la demande et au degré de transparence du marché, afin de déterminer dans quelle mesure elles sont de nature à faciliter et à rendre attractifs des comportements parallèles anticoncurrentiels.

Sur le premier point, la concurrence joue essentiellement sur les prix lorsque le marché est caractérisé par des produits très homogènes pour lesquels l'innovation joue peu de rôle. Une telle situation rend plus aisées les stratégies de

coordination tacite du comportement concurrentiel dans des marchés concentrés. Les marchés ainsi caractérisés sont donc plus propices à l'existence d'une position dominante collective. Inversement, l'hétérogénéité des produits⁹ en cause ou l'individualisation des services prestés¹⁰ rend, en principe, plus complexe la formation des prix et plus difficile une adaptation mutuelle du comportement concurrentiel. Toutefois, une différenciation des produits, liée aux stratégies de marque ou au grand nombre de produits différents commercialisés par exemple, n'est pas incompatible avec l'existence d'une homogénéité suffisamment forte pour permettre une coordination tacite du comportement concurrentiel.¹¹

S'agissant des caractéristiques de la demande, la Commission a concentré son analyse sur l'élasticité de la demande aux prix et les perspectives de croissance du marché à moyen et long terme. D'une manière générale, une faible élasticité aux prix a deux conséquences. D'une part elle permet une augmentation des prix relativement forte moyennant une baisse de volume relativement faible. D'autre part elle entraîne une forte baisse des prix lorsque des quantités additionnelles modestes sont mises sur le marché. Dès lors, l'analyse de la Commission est que plus l'élasticité de la demande aux prix sera faible, plus l'incitation sera forte pour les oligopolistes d'adopter un comportement parallèle anticoncurrentiel¹². De la même manière, les marchés sur lesquels la demande est stagnante à long terme se prêtent plus particulièrement à l'apparition d'une domination oligopolistique dès lors que tout gain de part de marché se fait nécessairement au détriment des autres offreurs. Dans un marché fortement concentré, une telle situation est de nature à inciter les entreprises à adopter une politique concurrentielle non-agressive axée sur la conservation de sa propre part de marché¹³.

Enfin, l'existence d'une position dominante oligopolistique présuppose que les oligopolistes procéderont à une adaptation tacite de leurs comportements concurrentiels mutuels. Une telle stratégie n'est viable que dans la mesure où il existe une transparence du marché suffisante pour que chacun des offreurs connaisse et vérifie la politique de prix menée par ses concurrents. Dans le cas contraire, chaque offreur trouvera un intérêt individuel maximal à "tricher", c'est à dire à augmenter son volume de vente tout en bénéficiant d'un prix, certes inférieur au prix tacitement fixé mais supérieur au prix "concurrentiel"¹⁴.

Concrètement, la Commission a fondé son appréciation du degré de transparence du marché sur des critères tels que: le degré de concentration de l'offre, l'homogénéité des produits, les comportements en matière de publicité des prix, l'organisation commerciale des offreurs, la nature des relations commerciales et des négociations entre offreurs et clients.

L'expérience acquise au cours des 18 derniers mois met en évidence que ces différents critères d'appréciation sont fortement intriqués et qu'il n'est donc pas possible d'accorder à l'un ou l'autre une influence déterminante sur l'analyse. L'incitation à rompre un éventuel accord tacite par exemple, dépendra autant du degré de transparence du marché que,

notamment, de l'élasticité de la demande au prix, ou des perspectives de croissance du marché. De la même manière, la transparence du marché elle-même dépend tout autant du comportement des entreprises (existence de tarifs barémés) que du degré de concentration, de la structure de la demande (nombreux ordres de faible volume), des différentes organisations commerciales des offreurs ou des caractéristiques du produit.

Caractéristiques structurelles de l'offre

Les caractéristiques structurelles de l'offre peuvent être telles qu'elles renforcent l'incitation à adopter un comportement parallèle anticoncurrentiel. La Commission a rencontré ce cas dans l'affaire Nestlé/Perrier. Elles peuvent, au contraire rendre improbable la création d'une situation de dominance collective, alors même que les caractéristiques du marché s'y prêtent. Cet élément a notamment joué un rôle important dans l'affaire Pilkington/SIV.

La Commission a examiné si la production était caractérisée par des économies d'échelle importante et si l'utilisation de technologies de production différentes ou l'existence de degrés d'intégration verticale distincts, généraient des structures de coûts significativement différentes selon les offreurs. De la même manière, la Commission analyse la distribution et le volume des surcapacités. L'expérience montre que, en fonction des caractéristiques de la production, l'existence de surcapacités peut tout aussi bien être un facteur proconcurrentiel que faciliter les convergences entre offreurs.

Dans Pilkington/SIV, cette analyse a amené la Commission à considérer que les économies d'échelle et l'importance des coûts fixes à couvrir constituaient une incitation forte à utiliser les surcapacités existantes et à adopter un comportement concurrentiel. Dans l'affaire DMV au contraire, l'utilisation d'une technologie de production ancienne, générant de faibles coûts fixes ainsi que des niveaux et des structures de coût comparables entre les deux leaders, ont conduit à la conclusion inverse (cf également sur ce point Nestlé/Perrier).

La jurisprudence de la Commission atteste que celle-ci ne s'est pas ralliée à une vision mécaniste de la position dominante collective, fondée sur la mesure du taux de concentration global et l'addition des parts de marché des principaux acteurs. Au contraire, la Commission mène une analyse en profondeur des interactions concurrentielles entre les membres de l'oligopole avant de conclure, le cas échéant, que ceux-ci constitueront, postérieurement à la concentration, un groupe d'entreprises adoptant un comportement parallèle. Cette analyse qui se rapproche de la technique du faisceau d'indices se fonde sur un ensemble d'éléments, dont aucun n'est décisif en soit, relatifs aux caractéristiques structurelles du marché comme à celles des offreurs.

Dans un second temps, la Commission procède à une analyse classique de l'éventuelle position dominante détenue par ce groupe tant en appréciant la capacité des autres concurrents d'en contraindre le comportement, qu'en prenant en compte les éventuels concurrents potentiels.

References

1. La Cour de Justice a défini la notion de position dominante dans de nombreuses affaires, notamment dans les affaires "United Brands", "Hoffmann-La-Roche" et "E.C.S/Akzo Chemie", comme une situation de puissance économique qui confère le pouvoir de faire obstacle au maintien d'une concurrence effective:
 - en offrant la possibilité de comportements indépendants dans une mesure appréciable, de ceux des concurrents, des clients et finalement des consommateurs (CJCE 13.02.1979 Hoffmann-La-Roche).
 - en éliminant ou en affaiblissant sérieusement des concurrents existant ou en empêchant des concurrents potentiels d'avoir accès au marché (CJCE 14.12.1985: E.C.S/Akzo Chemie).
2. Arrêt Vetro/Commission du 10.03.1992.
3. Cas n°IV/M-190 Nestlé/Perrier du 22.07.1992.
4. Cas n°IV/M- 12 Varta/Bosch et cas n° IV/M-165 Alcatel/AEG Kabel.
5. C.D. Ehlermann "Deux ans d'application du contrôle des concentrations" in Revue du Marché Commun 1993,n°366.
6. Voir notamment le cas IV/M-308 Kali&Salz/Treuhand s'agissant des liens structurels et le cas IV/M-358 Pilkington/SIV s'agissant de l'existence d'ententes passées.
7. Cas IV/M-206 et IV/M-355 Rhône-Poulenc/SNIA (I) et (II), cas IV/M-399 Rhône-Poulenc-SNIA/Nordfaser et IV/M-337 Allied Signal/Knorr Bremse (phase 1). cas IV/M-308 Kali&Salz/Treuhand, IV/M-358 Pilkington/SIV, IV/M-315 Dalmine/Vallourec/Ilva (phase II).
8. Cas Rhône-Poulenc/SNIA et Pilkington/SIV précités.
9. Voir Allied Signal/Knorr Bremse précité.
10. Cas Rhône-Poulenc/SNIA (I) et (II) et Rhône-Poulenc-SNIA/Nordfaser précités.
11. Voir Nestlé/Perrier et Mannesmann/Vallourec/Ilva précités.
12. Voir Nestlé/Perrier, Pilkington/SIV et Mannesmann/Vallourec/Ilva.
13. Voir les cas Kali&Salz/Treuhand et Dalmine/Vallourec/Ilva.
14. Voir notamment Nestlé/Perrier, Kali&Salz/Treuhand et Dalmine/Vallourec/Ilva où la Commission a estimé que le degré de transparence des prix était suffisant. En sens inverse, voir les cas Rhône-Poulenc/SNIA (I) et (II), Rhône-Poulenc-SNIA/Nordfaser et Allied Signal/Knorr Bremse.

Anti-Trust Rules

Application of Articles 85 & 86 EEC and 65 ECSC

Main developments between 1st April and 28th July 1994

Summary of the most important recent developments

In May, the Commission adopted its 23rd Annual Report on Competition Policy. This gives a comprehensive overview of the application of Community Competition Policy in 1993 by the Commission, the European Courts, and the National Competition authorities and Courts.

The report shows that the Commission is continuing to make progress in dealing more quickly with its case-load and reducing the total number of cases remaining open. On 1st January 1994, there were 1,231 Article 85 and 86 cases pending in DG IV, 300 less than 1st January 1993, despite the fact that the number of new cases opened increased slightly when compared to the previous year. The number of cases closed (832) more than doubled the total number of new cases opened. The deadlines for structural joint ventures introduced at the beginning of last year are working well, and in the 25 such cases notified last year the companies were able to benefit from expedited treatment and a clear timetable according to which they could expect the Commission's services to reach a conclusion on the case.

One of the most important sections of each Annual Report is the first chapter, entitled "Main developments in Competition Policy", which explains the themes that underline the Commission's approach in practice. One of the themes highlighted in this year's report is "The International dimension of Competition Policy". This sets out the major challenges facing the Community in adjusting its Competition Policy to ever globalising markets not only in terms of the substantive test that it applies to cases falling within its jurisdiction, but also the measures that will need to be adopted to prevent or limit the inconveniences of multiple regulatory control given the ever increasing number of national systems of competition law that are being enacted, and to prevent conflict between the Commission and these various authorities. In these areas the Community is continuing to play a leading role, through the conclusion of the EC-US agreement as a model for bilateral cooperation agreements, which contained for the first time a positive Community obligation, through the conclusion of the EEA agreement, and through the Europe agreements with countries of Eastern Europe. These measures are already proving to be useful in practice. Whilst the successful joint negotiations with the US Department of Justice with Microsoft were not entirely the result of the EC-US agreement, the accord did provide the framework and the mutual confidence that enabled this ground-breaking joint action to succeed. The result in this case will provide valuable experience for the continued development of

collaboration between antitrust authorities both within and outside the European Union.

The second international element that is becoming increasingly important is that of the interface between competition and trade policy. The Community uses its competition Policy to ensure that its markets are open and competitive. This enables all companies free access to our market irrespective of their country of incorporation. It is common ground that private action can prevent market entry as effectively as State imposed trade barriers, and it is becoming increasingly accepted that the equivalent of the next GATT round within the context of the WTO will have competition policy as one of its central elements. In the light of these important challenges, the Commission is organising a conference in Brussels, together with the Japanese Fair Trade Commission (See below for further details of the conference), to consider a number of subjects regarding the implementation of competition Policy in practice.

Another point of particular interest in the Competition Report can be found in the section "Improvement of Procedures". Here the Commission signals the changes that it intends to make to the rules that it has in the past applied on access to file, and the role of the Hearing Officer (for a more detailed analysis of this question, see the article of C.D. Ehlermann in the first issue of the Newsletter). In the Annual Report, the Commission announces an intention henceforth to adopt the following procedure regarding access to file:

"With the Statement of Objections, the Commission will send a copy of all the documents on which it is relying to establish the existence of an infringement. It will also send any documents that, on the basis of a careful examination of the file, appear to go against or contradict the Commission's case (known as "exculpatory" documents). If an undertaking thereafter makes a reasoned request that the Commission reexamine its file to determine whether it has any further documents which concern a specified matter that the undertaking considers useful to its defence, the Commission will do so, and forward any such documents."

Regarding the changes in the Hearing Officer's responsibilities, the Annual Report indicates that the Commission intends to adopt the following changes to his or her mandate:

"Deadline for reply to the Statement of Objections. An undertaking may consider that the deadline imposed upon it

for reply to the Statement of Objections is too short. In such a case, the Hearing Officer should decide whether or not an extension to this deadline should be granted.

- Access to relevant information. It is important that undertakings should be confident that the Commission carries out its responsibilities regarding access to information carefully, fairly and objectively, and, subject to the obligations imposed upon it regarding confidentiality, discloses all documents that may be favourable to the undertakings concerned in preparing their defence. The Hearing Officer can play a useful role in this respect. Whilst it is neither possible nor appropriate that the Hearing Officer should carry out the initial examination of the file to determine which documents can and should be sent to the undertakings concerned, he or she should exercise the functions of an arbiter once these documents have been sent, and access to the file has therefore taken place. If, on the basis of the list of documents in the Commission's file sent together with the Statement of Objections and of its own knowledge of the case, the undertaking has reasonable grounds to believe that it should receive additional documents, the Hearing Officer should examine any such request and decide on its merits. Requests would, however, need to be reasoned and sufficiently specific to enable the Hearing Officer to carry out this function.

- Right of third parties to be heard. The Hearing Officer should also be given the right to decide whether third parties should be allowed to intervene in procedures concerning individuals, businesses or associations of businesses. Under the present rules, natural or legal persons proving sufficient interest have the right to be heard. The Hearing Officer is undoubtedly in the best position to decide on their requests.

- Hearings. Since the Hearing Officer is responsible for organizing hearings, logic dictates that he should also have the task of deciding who is to be allowed to speak at hearings.

- Business secrets and other confidential information. In performing the above mentioned tasks, the Hearing Officer should also be able to decide which items of information supplied by a firm and contained in the Commission's file can be communicated to other firms or published. "

On going to press these changes had not yet been adopted by the Commission, but it is expected that they will be approved during September.

During the last months, the Commission has also made considerable progress in a number of legislative areas.

First, regarding **Form A/B**, the Commission has now redrafted the version of the Form that it circulated for comments earlier this year. This first draft required the provision of a greater amount of information on notification for all cases when compared to the Form A/B presently in force. The objective underlying this approach was to ensure that the Commission would henceforth dispose of all the information in the possession of the notifying parties necessary for and relevant to the Commission's examination

of the case. In this way, the Commission would be able to continue the process of speeding up its treatment of all cases, not only those concerning cooperative joint ventures involving structural change.

However, the unanimous view of the companies and organisations that submitted comments on this first draft was that the burden that would be placed on industry by the obligation to supply information contained in the new Form outweighed the potential benefits resulting from this objective. Whilst industry did accept the need to provide additional information for the joint venture cases in which the two-month deadline was in force, it considered it inappropriate to demand this for other cases.

The Commission has taken careful consideration of these comments, and has decided to divide the Form into two parts. The first part is to be completed by companies notifying agreements benefiting from the accelerated procedure. This part requires the provision of a wide range of detailed information that in many respects mirrors the requirements of Form CO, the obligatory Form for notifying concentrations under the Merger Regulation. The other section, to be completed when notifying all cases not benefiting from deadlines, requires the provision of essentially the same amount of information as is required by Form A/B presently in force, albeit in a reorganised format.

This new version will be made available for further comments in September. Those willing a copy should write or send a fax to:

Mr Helmut SCHRÖTER
Head of Unit IV/A-2
Commission of the European Communities
Rue de la Loi 200
B - 1040 BRUSSELS
Fax: 32.2.295.01.28

Second, the Commission has recently issued for general consultation the first draft of a new block exemption on intellectual property (IP) licensing. The Patent Licensing Regulation will expire at the end of this year, although the Know-how Regulation still has a few years to run.

Rather than maintain these two separate but more or less identical Regulations, the Commission proposes to merge the two into a single IP Licensing Regulation. The proposal does not, however, cover industrial property licenses such as trademark licenses. The Commission has dealt with very few such cases and, given its lack of experience in this field, is not in a position, at least at present, either to include such matters within the new Regulation, or to produce a separate industrial property licensing regulation. Notwithstanding this, it is hoped that the new approach will simplify matters significantly.

In its treatment of IP licenses the Commission pursues two basic goals, one single market goal, one anti-trust goal. With respect to the single market objective the Commission uses its competition policy as a weapon to prevent companies erecting private barriers to trade, by concluding licenses that

have the effect of totally preventing trade between Member states for the goods which are manufactured using the licensed technology. The Commission and the European Courts have consistently taken the view that parallel trade in goods must be allowed to flow, and this may not be excluded by exclusive IP licenses or distribution agreements. Whilst licensees may be restricted from carrying out an active sales policy outside their allotted territory, and even under certain circumstances they may be prevented from engaging in passive sales outside their own territory, they may not be prevented from selling within their territory even if they know that the purchaser intends to export the goods. Indeed, agreements that provide for such absolute territorial protection are not only prohibited, but also fined heavily. This has been a long standing policy, and is not changed in the draft Regulation. Licenses can benefit from the automatic exemption if:

- they require the licensees to abstain from active sales outside their own territories (i.e. they may be prohibited from advertising or establishing a branch or sales depot outside their territory)
- they require the licensees to abstain from passive sales (i.e. they may be prohibited from delivering the product made using the licensed technology outside their allotted territory even in response to unsolicited orders) "for a period not exceeding five years from the date when the product is first put on the market within the common market by the licensor or one of his licensees".

If, however, the licensee is in any way prevented from selling to exporters in its own territory, the block exemption will not apply.

The second underlying objective behind the Commission's approach to IP licensing - the anti-trust objective - itself has two basic goals. The first of these is an anti-cartel objective - such licenses may not be used as a facilitating device to enable market participants to coordinate their activities, thus preventing effective competition between them. This can result, for example, from cross-licenses between existing competitors, operating in different areas of the Community, having the effect of perpetuating their exclusion from one another's territory. Such effects are only likely to result where the market shares of the companies concerned are of significant size, and/or the market is oligopolistic in nature, or where there is a whole industry-wide web of cross-licenses.

The second concern relates to market foreclosure. Assume one or two manufacturers hold a very strong position on a given technology/resultant product market. One of their objectives may be to prevent new entry by smaller, feistier rivals. One excellent way of doing this would be to tie up all potential licensees/distributors in the territory with long-term, exclusive licensing agreements containing non-compete obligations effective both during and post term. Another would be to ensure that the incumbent firm acquired an exclusive license to any competing technology so that any potential competitors would be hampered in their attempts to enter the market. An excellent example of the latter situation can be seen in the TetraPak case (Commission Decision dated 26.7.88, OJ [1988] L 272/27). TetraPak, the Swiss

company, held a dominant position in the market for machines for packaging liquids aseptically - such as U.H.T. milk. A UK state-owned technology company, the British Technology Group, patented an invention useful for such a process. TetraPak acquired exclusive rights to use the resulting patent, excluding its actual and potential competitors from also acquiring rights to use the technology, impeding their entry into or growth within the market. The Commission adopted a decision requiring the termination of the exclusivity provision.

Again, however, there can only be a concern that exclusive IP licenses can have such effects when the partners to the license have very high market shares, or have significant market shares in oligopolistic markets. If not, there will be many other competitors and/or potential licensees on the market, or the effect of the license will not be to exclude new entry or growth.

The new draft Regulation attempts to reflect these factors, and to exclude from its scope agreements between companies which, because of their market share and the nature of the market in question, are at least potentially likely to have the effects mentioned above. Thus, it proposes that where:

- the licensee has a market share larger than 40 %, and,
- the 3 largest firms on the market have a combined market share of 50 % or the 5 largest firms have a market share of 66%, and the licensee has a market share exceeding 10%, the block exemption will not apply:

However, because the new draft excludes agreements between companies meeting these criteria, it is no longer necessary to take such a strict approach regarding the clauses that may be included in exclusive IP licensing agreements. In the existing Regulation - which applied irrespective of market shares and industry concentration levels - it was necessary to have a long list of black (or prohibited) clauses. This list included many clauses - such as an obligation not to challenge the validity of licensed patents - that can have exclusionary effects where they are contained in agreements between companies holding large market shares. Given the new thresholds, such agreements are in any event excluded from the Regulation, and the clause can be removed from the black list.

Thus, the revised draft has advantages and disadvantages compared to the existing Regulation, both for the Commission and for industry.

For the Commission, it would enable a regulatory approach to IP licensing more modelled on economic and commercial reality. It would permit the Commission to monitor far more closely those agreements that are of potential concern. On the other hand, it would probably mean an increased workload through additional notifications.

For industry, there would be winners and losers. Agreements between companies where the thresholds are not met would be permitted a much greater degree of freedom to choose which clauses to include in their licenses, and which to omit. Albeit that the companies would have to calculate their

market shares and the relevant concentration ratios, the new draft does offer them some important advantages. For the companies concluding agreements where the thresholds are met, the new approach is disadvantageous, as they will have to notify their agreements on Form A/B, which is expensive and time-consuming.

The purpose of the present consultation period is, *inter alia*, to enable the Commission to balance these advantages and disadvantages.

Those wishing a copy of the draft Regulation should write or fax to:

Sebastiano Guttuso, Head of Sector, DG IV-2-A
Commission of the European Communities
Rue de la Loi 200
B - 1040 Brussels
Telefax: 32.2.295. 01.28

Regarding decisions adopted by the Commission in individual cases, two cases have dominated what has been a productive second semester. The first, and no doubt the most important, is the adoption of the Cartonboard decision. In 1994 the Commission, acting on a complaint, carried out surprise inspections at sixteen different companies within the European Union, where it discovered detailed evidence of the existence of a widespread price and quota fixing cartel agreement. The existing producers decided to jointly increase prices, whilst maintaining supply and demand in balance by agreeing production limits, to avoid "excessive" production.

Aside from the blatantly illegal acts of the companies concerned, one of the most interesting elements of this case is the extent to which the companies attempted to disguise the existence of the cartel. Not only were there clear understandings amongst the cartel members to ensure that records of cartel meetings were not kept, but the companies even went so far as to attempt to disguise their joint prices rises as oligopolistic price following, by agreeing that one company would announce "its" price rise first, with others "following" after an agreed period. The fact that notwithstanding these considerable efforts at escaping detection the Commission gathered more than adequate evidence to prove the existence of a cartel illustrates the fact that it is simply not possible to run a cartel with the certainty that one will be able to escape detection.

It has always been the Commission's policy to fine such cartels heavily, and the present case was no exception. A total of 132.15 million ECU was imposed on a total of 19 companies. One company, Stora, received a significantly reduced fine because shortly after the inspection it cooperated actively with the Commission by providing it important evidence regarding the existence and operation of the cartel. Other producers that provided similar evidence, but at a much later stage of the procedure, received significantly lower reductions. The largest fine imposed on a single company was 22,75 million ECU.

The second major event was the successful conclusion of the negotiations with Microsoft, acting hand-in-hand with the US Department of Justice. This is discussed in more detail in the press release figuring below. Christopher JONES

Press releases issued on the most important developments

FOLLOWING AN UNDERTAKING BY MICROSOFT TO CHANGE ITS LICENSING PRACTICES, THE EUROPEAN COMMISSION SUSPENDS ITS ACTION FOR BREACH OF THE COMPETITION RULES.

Mr. Karel Van Miert, the Commissioner responsible for competition policy, has obtained an undertaking signed 15 July 1994 from Microsoft to modify its licensing practices. This followed a period of intense negotiations involving Microsoft and a team of senior officials drawn from the European Commission and the United States Department of Justice. These negotiations also resulted in Microsoft settling charges brought by the US DoJ by signing a consent decree.

This undertaking is very significant at least in two respects. It is the most important case in the software industry until now. It opens up the market for the operating system software which is at the heart of the estimated 150 million computers in use worldwide and is of strategic importance to the development of some of the fastest growing sectors of the Information Technology industries. Furthermore, the negotiation of the undertaking was a historic and unprecedented piece of co-operation between the EC Commission and the United States Department of Justice. It serves as an important model for the future, as it shows how the two authorities can combine their efforts to deal effectively with giant multinational companies. The success of this joint approach sends a strong signal to all multinational companies, including those in other sectors.

Background

Microsoft, founded in 1975 and based in Redmond, Washington, has become the largest developer, manufacturer and supplier of PC software in the world, with a worldwide turnover of US \$ 3.7 billion and a net profit of almost US \$ 1 billion in 1993, a third of which was derived within the European Union. Microsoft supplies the MS-DOS and Windows operating systems used in more than 120 million personal computers and therefore enjoys a virtually unchallenged leadership in this market.

The Commission launched an investigation of Microsoft's licensing practices following a complaint dated 30 June 1993 from Novell, the world's second largest PC software company based in Provo, Utah. Novell is mainly known for its networking software, but also supplies operating system software in competition with Microsoft. Novell alleged that Microsoft blocked competitors out of the market for PC operating system software by certain anticompetitive practices. In particular, the structure of Microsoft's standard agreements for licensing software to PC manufacturers was said to exclude competitors from selling their products. Manufacturers were required to pay royalties to Microsoft based on the number of PCs shipped regardless of whether such PCs contained preinstalled Microsoft software, a competitor's software, or no software at all.

After investigating the complaint, the Commission was concerned that:

- the use of "per processor" and "per system" licences, i.e. clauses requiring payment of a royalty on every computer

produced by a PC manufacturer either containing a particular processor type or belonging to a particular model series designated by that manufacturer, regardless of whether a particular computer is shipped with preinstalled Microsoft software;

- the use of "minimum commitments" in these contracts, i.e. requirements that licensees pay for a fixed minimum number of copies of a particular product regardless of actual use; and
- the duration of Microsoft's licence agreements, had the effect of foreclosing the European market for PC operating systems software, thereby infringing Articles 85 and 86 of the EC Treaty.

At the same time the United States antitrust authorities were investigating similar concerns. Investigations had been launched by the Federal Trade Commission. When, in early 1993, this body was split on the issue on whether or not to take action, the case was continued by the Antitrust Division of the US Department of Justice. During these investigations, Microsoft consented to the exchange of information between the Commission and the US Department of Justice by waiving its right to secrecy with respect to both authorities. A number of contacts between DG IV and the DoJ followed in which a coordinated approach was prepared. However, this type of joint action was independent of the Cooperation Agreement in competition matters concluded in 1991 between the EC Commission and the US Department of Justice whose validity is still under scrutiny by the Court of Justice.

At the time when the Commission was about to open the formal procedure and to issue a statement of objections, Microsoft indicated its willingness to reach a settlement with the authorities concerned. In order to reach such a settlement, the Commission and the US Department of Justice agreed to negotiate jointly with Microsoft. To this end, trilateral talks were held both in Brussels and in Washington DC. They resulted in an Undertaking from Microsoft to both authorities.

The Undertaking

The Undertaking obtained by the European Commission and the US Department of Justice provides that Microsoft will not enter into licence contracts with a duration of more than one year, will not impose minimum commitments on licensees and will not use per processor clauses any longer. Per system licences will be allowed only if licensees are clearly given flexibility to purchase non-Microsoft products and to avoid payment of royalties to Microsoft in such instances.

In addition, any provisions of existing licence contracts which breach these provisions will not be enforced, and licensees have an option to end existing contracts.

This Undertaking has a duration of six and a half years. (A similar press information was issued by the US Department of Justice for immediate release on Saturday, 16 July 1994). IP/94/653

THE COMMISSION CONDEMNS A CARTEL OF EUROPEAN CARTONBOARD PRODUCERS AND IMPOSES SUBSTANTIAL FINES

Acting on a proposal from Mr Van Miert, the Member of the Commission responsible for Competition policy, the Commission has imposed fines totalling some 132,15 mio Ecus on 19 companies (or groups) which over a long period operated a fixing cartel covering the whole European cartonboard sector.

The producers of cartonboard - which include several major international forest products and paper companies as well as small independent mills - had set up a clandestine cartel to fix prices and regulate the market under the cover of an ostensibly legitimate trade association called the PG (Product Group) Paperboard. Although it emerged during the case that the cartonboard producers had been attempting - with mixed success - to bring "order" to the market since the 1970's, it was from 1986 that they succeeded in bringing in a scheme which guaranteed that their regular "price initiative" went through in full across Western Europe.

This massive cartel was uncovered as a result of unannounced inspections carried out simultaneously in April 1991 by Commission officials at sixteen locations in the EC.

The cartel was a flagrant violation of Article 85 of the EC Treaty which prohibits agreements and concerted practices which may affect trade between Member States and which have as their object or effect to prevent, restrict or distort competition in the Common market. The present case follows closely on the Commission's decision in February this year to impose fines of over 100 million ECU on 14 steel producers for price fixing and market sharing. The present case reveals once again a disturbing level of sophisticated cartel activity in a major industrial sector.

Mr Van Miert said that the same attitude would be taken towards any other industry where such blatant antitrust violations were uncovered. "It is amazing, an very disturbing, that after more than ten years of active pursuit of secret cartels and heavy fines, the Commission is still discovering classic market sharings and price fixing cartels in major industries. This case underlines the fact that only an enforcement body like the Commission with European-wide powers of investigation can uncover and sanction such huge and covert cartels. Despite the elaborate steps taken by the firms to cover up their unlawful activities, the Commission inspectors were able once again to discover the detailed evidence which enabled the Commission to condemn a serious breach of competition rules".

THE CARTONBOARD SECTOR

Cartonboard is a stiff card-like product used in a variety of applications but mainly for producing folding boxes for packaging food and non-food consumer goods and for graphics purposes. It can be produced from virgin wood fibres or from recycled waste material.

- The main producers of virgin fibre cartonboard (known as GC grades) are the Scandinavian integrated forest product groups - STORA (S), MODO (S) and the FINNBOARD

companies (SF) - whose interests range from forestry through woodpulp to paper and board. Although headquartered in Sweden and Finland they now also own much of EC internal production.

- The principal producers of recycled board (known as "GD" grades) are SARRIO (Italy) and MAYR-MELNHOF, an Austrian group which has expanded across Western Europe and now accounts for 20 % of all European cartonboard production.

The EC market is worth up to 2.500 million ECU each year. Annual consumption of cartonboard (all grades) in the EC is over 3 million tonnes (GC grades = 35 % of consumption; GD 55 % and a third category SBS or "Solid bleaches sulphate" the remainder).

Imports from EFTA countries (mainly Finland, Sweden, Austria) take one third of the EC market. The main customers for cartonboard are the "converters" (producers of folding cartons) and the printing industry.

THE MARKET

In the four years from 1987 to 1990 cartonboard consumption in Western Europe increased by almost 20 %.

During that period, prices were regularly increased (usually twice each year) by all producers in a series of "price initiatives" across Western Europe. On each occasion list prices in each Member State were increased by 6-10 %. At times price increases were forced through against determined customer resistance and despite a fall in the price of pulp.

This series of price initiatives brought list prices in the EC up by an average of 26 % in real terms. Net prices (i.e. after all rebates) increased by 20 % over the period in real terms. GC prices increased by more than GD. As an example : for one major producer the net price of GC grades went up from DM 1.500/t in Germany in March 1988 to DM 2.000/t in mid 1991 (+ 33 %); its GD grades went from DM 1.200/t to DM 1.450/t in the same period (+ 21 %).

THE PROCEDURE

The regular and uniform price increases applied by the whole cartonboard industry across Europe provoked constant complaints from customers to the producers but it was only in late 1980 that the Commission was apprised of the matter by British and French carton users' Trade Associations.

Simultaneous and unannounced investigations were carried out by over 40 inspectors from DG IV and the Member States in April 1991. Although the British complainant had in fact publicly announced its complaint in the trade press and efforts had obviously been made to clean up any traces of the cartel, the Commission's officials discovered a series of highly secret and incriminating documents (mainly private notes of cartel meetings and the "blueprint" for a scheme to control production and bring up the price).

In August 1991 the Swedish management of STORA informed the Commission that it accepted that several companies in the group had been involved in a serious infringement of Article 85. STORA had recently taken over the German producer FELDMUEHLE which had been a ringleader of the cartel. After further information was provided by STORA, the Commission issued a detailed statement of objections in December 1992 addressed to some 23 undertakings. An oral hearing was held in June 1993.

Some half of the firms involved did not deny the essential facts alleged against them.

Others however consisted to insist against all the weight of the evidence that the meetings had been no more than "social occasions".

THE PRODUCERS : (see Table)

THE CARTEL

The Commission's investigations uncovered a highly formalised structure of collaboration between virtually all the suppliers of cartonboard in Western Europe. Under the cover of an ostensibly legitimate trade association known as the "Product Group Paperboard" and formally under the umbrella of the European Paper Institute or EPI (which is not itself involved), the participants had in fact set up an elaborate and institutionalised price fixing and market sharing cartel.

The PG Paperboard had been set up in 1981 and had attempted to regulate the market for several years but in 1986 following a reorganisation of its structures the cartel began to operate more successfully.

The main cartel structures (besides a formal "General Assembly" which did not conduct cartel business) were :

- A "President Working Group" (PWG) of Managing or Commercial Directors which acted as the directory of the Cartel and took the major strategic decisions : this consisted of Cascades; Finnboard; KNP (up to 1988), MAYR-MELNHOF, THAMES BOARD (later part of MoDo); SARRIO; two STORA companies (including FELDMUEHLE) and WEIG (from 1988). It met five or six times a year.
- A President Conference (consisting of all producers) to which the PWG reported;
- A "Joint Marketing Committee" (JMC) of marketing manager level also grouping all the producers (except Enso-Gutzeit) which prepared and briefed the PWG, executed its directives and met once a month;
- An Economic Committee (most producers).

Cartel meetings were usually held in luxury hotels in Zurich. A Swiss fiduciary company, FIDES, not only conducted the information exchange system by which the operation of the cartel was monitored and policed but also provided the cartel secretariat in meetings.

THE OPERATION OF THE CARTEL

The key to the success of the cartel was achieving a balance between supply and demand which would enable the concerted "price initiatives" to go through. This was done by agreeing a joint policy of so called "price before tonnage"

in 1987 to which all (and particularly the leading) producers adhered. This arrangement was designed to accommodate the conflicting ambitions of the EFTA and the Community producers. In effect, the main producers reached a consensus on their respective market share : they all realized that aggressive attempts to gain market share would undermine their carefully orchestrated price initiatives.

Firms which were suspected of deviating from the plan were required to explain themselves to the others and pressure was put on any perceived laggard to put up its prices to the agreed levels.

By comparing the state of their respective order books the producers were able to judge from the state of the market when it was opportune to introduce a price initiative.

A machinery was also set up for the major producers to concert on "downtime" (planned temporary plant stoppages) so as to avoid excessive production.

The "price initiatives" which took place every six months were planned and programmed in advance in the most explicit detail. The idea was to achieve a uniform pan-European price system. After it had been decided how much the market would bear, a table of the increases for each grade and in each national currency was drawn up. These increases were then "announced" to customers and in the trade press. A particularly disturbing feature of this cartel was that, in order to disguise the concerted increases as natural "price leadership", the producers also decided the scenario in advance : who would be first to "announce" and on what date, and the precise order and dates on which each of the others would purport to "follow". The order was varied each time with different producers taking turns to be the price leader.

One document (from a JMC meeting of 6 September 1990) obtained by the Commission is typical :

"Price" increase will be announced next week in September

<i>F</i>	<i>FF 40 (100 kg)</i>	<i>NL</i>	<i>HFL 14</i>
<i>D</i>	<i>DM 12</i>	<i>I</i>	<i>Lit 80 (kg)</i>
<i>B</i>	<i>BF 2,50 (kg)</i>	<i>CH</i>	<i>SF 9</i>
<i>GB</i>	<i># 40 (tonne)</i>	<i>IRL</i>	<i># 45</i>

All grades should be increased equally.

Only 1 price increase a year.

For deliveries from 7 January.

Not later than 31 January.

14 September letter with price increase (Mayr-Melnhof).

19 September Feldmuehle sending its letter.

Cascades before end of September.

All must have sent out their letters before 8 October."

The private notes of a number of JMC meetings discovered by the Commission inspectors at several different undertakings (notably Mayr-Melnhof's German subsidiary FS-Karton in Neuss) were made contrary to a general understanding among the cartel members that no incriminating evidence was to be kept. Besides the elaborate orchestration of price increases (to make them look like the natural operation of the market), the measures of concealment taken by the producers

included the drawing up of bogus minutes of their meetings (to cover only "innocent" subjects). The investigation thus uncovered a whole network of deception designed to ensure that the cartel was never discovered. Indeed after it had become known that a complaint had been made, at least one company engaged lawyers to carry out a "dummy run" or mock Commission investigation.

THE DECISION

- The 19 companies (23 including the four members of Finnboard) are required to terminate the infringement with immediate effect if they have not already done so.
- Fines are imposed on all the participants, and must be paid within three months from the notification of the current decision.

The basic level of the fines imposed on the nineteen companies has been set in accordance with the usual practice

under the EC Treaty. Fines can in theory range up to 10 % of the undertaking's total turnover, although normally the calculation is made with reference to EC turnover in the relevant product. The level of fines takes account of the gravity and duration of the infringement and distinguishes between the ringleaders and the "ordinary" members of the cartel. The substantially reduced fine imposed on STORA (and one small Norwegian producer, RENA) reflects the cooperation of these two undertakings in providing important information and/or documents to the Commission at an early stage of its investigations. This facilitated the task of the Commission in establishing the essential facts. Other companies - BUCHMANN, EUROPA CARTON, FISKEBY, KNP, DE LANCEY, SARRIO, ENSO ESPANOLA and WEIG - which a further stage in the proceedings stated that they did not contest the essential facts alleged are also given a substantial reduction in the fine which would otherwise have been appropriate, though this cannot be of the same order as that given to RENA and STORA. IP/94/642

Table

<i>The producers are :</i>			
Name	Headquarters	Factories	Fines (MECUs)
BUCHMANN GmbH	Rinnthal, Germany	Germany	2,20
CASCADES SA	Paris	France (2), Sweden	16,20
ENSO-GUTZEIT	Helsinki	Finland	3,25
EUROPA CARTON	Hamburg	Germany	2,40
FINNBOARD	Helsinki	Finland	20,00
- KYRO BY	Members of Finnboard		(3,00)
- METSA-SERVA OY			(7,00)
- TAMPELLA OY			(5,00)
- UNITED PAPER MILLS			(5,00)
FYSKEBY	Sweden		1,00
GRUBER & WEBER GmbH	Gernsbach	Germany	1,00
BPB DE EENDRACHT (part of BPB)	Appingedam	Netherlands	1,75
KNP BT NV	Amsterdam	NL, Germany	3,00
LAAKMANN (now part of MAYR-MELNHOF)	Velbert, Germany	Germany	2,20
MAYR-MELNHOF	Vienna	Austria, Germany, Switzerland, UK	21,00
MoDo (IGGESUND)	Stockholm	Sweden, UK (Workington)	22,75
PAPETERIES DE LANCEY	Paris	France	1,50
RENA	Rena, Norway	Rena	0,20
SARRIO	Milan	Italy, Spain	15,50
SCA HOLDING LTD (formerly. Reed Paper & Board UK Ltd)	Maidstone, Kent	UK (Maidstone)	2,20
STORA	Falun, Sweden	Germany, France, Sweden	11,25
ENSO ESPANOLA (formerly Tampella Espanola)	Barcelona	Spain	1,75
MORITZ J. WEIG KG	Mayen, Germany	Germany	3,00
			132,15

INTERBREW ABANDONS EXCLUSIVE RIGHT TO DISTRIBUTE CARLSBERG AND TUBORG ON THE BELGIAN MARKET

Under an agreement with the Danish brewery Carlsberg, the Belgian brewery Interbrew has for a number of years had the exclusive right to distribute Carlsberg beers and to brew and distribute Tuborg beers on the Belgian market.

However, the European Commission objected to the agreement and initiated proceedings for infringement of Community competition law. The Commission accepts that production and distribution agreements between breweries established in different Member States may benefit consumers. Such agreements may enable small specialized breweries to sell their products over a long period outside their domestic markets or they may provide a springboard for independent operations by a large brewery in another geographical market. However, the disadvantages in terms of competition must not outweigh such potential benefits. This is the case where an exclusive right is granted to a local brewery which, as in the case of Interbrew, has a clearly predominant position on its own domestic market. Cooperation between the relevant breweries can then serve as an instrument for sharing markets, making for rigidity in the existing market structure. Moreover, in the specific case of Interbrew, as a result of the advantage it enjoys through the exclusive distribution of the leading premium lager brands Carlsberg and Tuborg, Interbrew's already existing dominant position on the beer market in Belgium is reinforced, to the detriment of all the other, mostly small, breweries and independent beer suppliers.

The Commission's approach was thus clear. Either Carlsberg had to seek a new exclusive distributor, or it could continue its cooperative arrangements with Interbrew, but on a non-exclusive basis. It is the latter solution which has eventually been opted for.

Carlsberg and Interbrew have decided to replace the existing agreement by a new one under which Carlsberg and Tuborg beers will no longer be distributed exclusively by Interbrew. Carlsberg has established a second distribution channel, which takes the form of a joint venture which Carlsberg has set up with another local company, N.V. Haelterman S.A. The new company (Carlsberg Importers S.A.) will operate on an equal footing and in competition with Interbrew, providing an alternative source of supply of Carlsberg and Tuborg products on the Belgian "Horeca" market (hotel, restaurant and café). Moreover, supplies to the food industry and the delivery of beer in kegs will be handled exclusively by the new company. Commissioner Van Miert assesses that the implementation of these modifications will undoubtedly give new impetus to competition on the market for premium lagers which will benefit Belgian consumers. By setting up the new structure, the parties have met the Commission's previous objections. The Commission has therefore decided to terminate the current proceedings.

IP/94/345

LA COMMISSION AUTORISE L'EXPLOITATION COMMUNE PAR EXXON ET SHELL D'UNE USINE FABRIQUANT DU POLYETHYLENE LINEAIRE (SECTEUR PETROCHIMIQUE)

Décision de la Commission, le 18 mai

Objet: exempter, en vertu de l'article 85, paragraphe 3 du traité CE pour une durée de 10 ans une série d'accords relatifs au secteur pétrochimique entre des sociétés des groupes Exxon et Shell, en vue de la création et mise en oeuvre d'une entreprise commune portant essentiellement sur la production de polyéthylène linéaire à basse densité

Cette décision constitue un cas d'application de la politique de concurrence de la Commission à une entreprise commune de nature coopérative entre concurrents dans un marché à des caractéristiques oligopolistiques. L'entreprise commune, qui s'appelle CIPEN, n'est pas une entreprise indépendante et autonome vis-à-vis de ses sociétés mères: en effet, ses activités se limitent à produire et livrer du polyéthylène linéaire aux sociétés mères, qui continuent à agir en tant que producteurs et vendeurs de produits identiques ou similaires.

Considérant que la structure de l'entreprise commune exige une étroite collaboration et un échange continue d'informations sensibles entre les parties, la Commission a décidé que l'entreprise commune tombe sous le coup de l'article 85 paragraphe 1 du traité CE. La Commission a cependant décidé d'accorder une exemption en vertu de

l'article 85 paragraphe 3. Après une communication des griefs de la Commission, les parties avaient modifié les accords afin de permettre à chaque partie de disposer d'une plus grande liberté pour investir dans l'entreprise commune de façon indépendante afin d'augmenter les quantités produites pour elle.

Le Comité de direction a été remplacé par un Comité consultatif pouvant être convoqué et consulté à la discrétion du Directeur général, sur tout sujet de nature administrative ou technique.

Enfin, si une des parties sous-utilise sa part de capacité de production de l'entreprise commune, l'autre a le droit d'utiliser à son propre compte tout ou partie de cette capacité sous-utilisée sans être préalablement obligée de consulter la partie sous-utilisatrice.

La technologie utilisée par l'entreprise commune garantit une grande flexibilité et efficacité, lui permettant de produire du polyéthylène à prix compétitif. L'existence d'une source supplémentaire de polyéthylène à basse densité dans la Communauté devrait inciter les clients à convertir leur

matériel d'extrusion vieillissant et à tirer parti des avantages qu'offre le polyéthylène linéaire par rapport au polyéthylène traditionnel. A cet effet favorable pour les clients, s'ajoute celui des consommateurs qui pourront, eux aussi, bénéficier de cette technologie avancée et de cette possibilité d'obtenir ainsi de grandes quantités de polyéthylène à des prix avantageux.

Grâce aux modifications apportées par les parties, la Commission a pu décider que les accords ne comprennent pas de restrictions de concurrence qui ne sont pas indispensables pour atteindre les objectifs d'amélioration de la production et promotion du progrès technique et

économique, tout en réservant aux utilisateurs une part équitable du profit qui en résulte.

Enfin, la Commission a jugé que les accords ne donnent pas aux entreprises la possibilité d'éliminer la concurrence pour une partie substantielle des produits en cause.

Compte tenu de la nécessité d'accorder aux consommateurs la possibilité de bénéficier des avantages offerts par l'entreprise commune, possibilité qui ne peut se réaliser que sur le moyen terme, une exemption d'une durée de 10 ans a été considérée comme appropriée.

IP/94/407

LA COMMISSION ACCEPTE UN ACCORD DE REDUCTION DE SURCAPACITES DANS LE SECTEUR DES BRIQUES AUX PAYS-BAS

Décision de la Commission, du 29 avril 1994.

Objet : autoriser un accord de réduction de surcapacités dans le secteur des briques aux Pays-Bas

Stichting Baksteen avait notifié à la Commission un accord de restructuration signé par seize producteurs néerlandais du secteur des briques et ayant pour objectif la réduction coordonnée d'une surcapacité structurelle de 217 millions de briques. Un programme de fermetures précis et contraignant pour sept unités de production a été élaboré, garantissant, d'une part, que les surcapacités citées sont effectivement démantelées de façon irréversible, et, d'autre part, que, pendant la durée d'application de l'accord, aucune capacité nouvelle ne sera créée, hormis les capacités de remplacement.

Cette opération d'assainissement est soutenue financièrement par les 16 entreprises signataires de l'accord, qui contribuent

à un fonds de compensation géré par Stichting Baksteen. A l'échelon du secteur industriel, un plan social a été négocié avec les syndicats, dont Stichting Baksteen surveille l'exécution.

Par le passé, notamment dans le Douzième Rapport sur la politique de concurrence (1982), la Commission a précisé les critères généraux concernant les facteurs à prendre en considération pour l'appréciation d'une crise dite structurelle et elle a également défini les conditions auxquelles les solutions recherchées par les entreprises pour réduire les surcapacités structurelles sont estimées compatibles avec l'article 85 du Traité CE.

L'accord notifié par Stichting Baksteen étant conforme à ces principes, une exemption en titre de l'article 85(3) a pu être accordée dans ce cas.

IP/94/353

BAYER/BP Chemicals

Décision de la Commission du 6 juin 1994 ayant pour objet la modification de la décision prise en 1988 autorisant les accords entre BAYER et BP Chemicals dans le secteur pétrochimique.

La Commission a, par sa décision, modifié sa décision prise en 1988 en vertu de l'art. 85 § 3 du Traité CE qui autorisait les accords entre BAYER AG et BP Chemicals International Ltd relatifs à Erdölchemie (une entreprise commune entre BAYER et BP Deutschland AG). Ces accords constituaient une étape de la restructuration de l'industrie pétrochimique européenne, notamment dans le secteur du polyéthylène.

D'après les accords, les parties s'étaient engagées, sur la base des estimations de tendances de la demande future, à fermer la plus ancienne usine de polyéthylène à basse densité d'Erdölchemie, après la mise en fonction d'une nouvelle usine de polyéthylène à basse densité linéaire.

A cet égard, la Commission avait considéré que l'exemption

ne devait être accordée qu'à la condition que les parties ferment la plus ancienne usine de polyéthylène à basse densité d'Erdölchemie avant la fin de 1991, à moins qu'elle ne décide que, conformément aux conditions de l'article 85 § 3, la situation du secteur du polyéthylène justifiait un report de cette date. La Commission estime qu'il y a des éléments suffisants pour reporter la date de fermeture de la plus ancienne usine de polyéthylène d'Erdölchemie, à la fin de 1994, suite aux modifications qui ont eu lieu dans la gamme de production.

Ces modifications ont permis à cette usine d'entrer dans les secteurs du marché du polyéthylène à basse densité qui sont en évolution croissante depuis 1992 jusqu'en 1994.

A la lumière de cette nouvelle situation, la Commission a modifié sa décision précédente et a autorisé le report demandant la fermeture de la plus ancienne usine de polyéthylène à basse densité de Erdölchemie jusqu'à fin 1994.

THE EUROPEAN COMMISSION PROHIBITS, ON A PRELIMINARY BASIS, A CARTEL IN THE DUTCH CRANE-HIRE SECTOR

The Commission considers that agreements notified by the Federatie van Nederlandse Kraanverhuurbedrijven (FNK) and the Stichting Certificatie Kraanverhuurbedrijf (SCK) are incompatible with Article 85(1) of the EC Treaty. It has accordingly decided initially to withdraw immunity from the imposition of fines. It is continuing its examination of the case with a view to taking a final decision.

The FNK (Dutch crane-hire association) and the SCK (crane certification association), whose membership comprises virtually the same firms, have introduced in the Netherlands an agreement on the certification of mobile cranes. Some 190 crane-hire firms, with a total share of about 75% of the Dutch market, are parties to the agreement. The agreement prohibits parties to it from hiring cranes from non-member firms. Any participating firms that hire cranes from non-affiliated firms risk expulsion from the system.

Crane-hire firms may be affected not only in the Netherlands, but also in neighbouring Member States.

On 28 October 1993 the Dutch courts ordered the withdrawal of the ban on hiring cranes from non-affiliated firms, pending a formal decision by the Commission on the matter.

Following a preliminary examination of the agreement, the Commission considers that the certification system is incompatible with Article 85(1) of the EC Treaty and that exemption under Article 85(3) of the EC Treaty is not justified.

In defence of their conduct, the FNK and the SCK argue that the SCK certification system gives users the assurance that safety standards are met.

- In order to qualify for exemption, the FNK and the SCK must inter alia show that the agreements and/or decisions by associations of undertakings contribute to improving the crane-hire business while allowing consumers a fair share of the resulting benefit. The improvement must entail objective and appreciable advantages such as to

compensate for any disadvantages they cause in the field of competition.

- Most of the safety requirements which the SCK imposes for certifying a crane-hire firm are also imposed by national safety decrees. Official supervision of compliance with such provisions is carried out by KeBoMa in particular. Similarly, most of the non-safety-related requirements which the SCK imposes, such as those relating to the payment of tax and social security contributions, registration with the Chamber of Commerce, third-party insurance, creditworthiness and application of the collective labour agreement, are already covered by statutory provisions. The SCK goes beyond the statutory requirements by imposing requirements regarding the manner of conducting business, but that alone is insufficient reason to regard the restrictions of competition imposed as indispensable.

Voluntary certification is often useful if it:

- increases the quality and safety of the products and the ability of the producer or service-provider to meet particular requirements;
- promotes the free movement of goods in that it establishes the necessary arrangements in industry for the mutual recognition of quality and safety standards.

This is not the case with the SCK rules, which is why the Commission has taken its decision to withdraw immunity from fines.

The Commission's decision, adopted pursuant to Article 15(6) of Regulation No 17, is only limited in scope. Agreements notified to the Commission by participants cannot in principle be subject to the imposition of fines. However, the Community regulations allow the Commission to withdraw such immunity if it considers that the practices are reprehensible.

The proceeding will continue with a view to the adoption of a final decision by the Commission. IP/94/303

COMMISSION RULES ON COMPLAINT LODGED BY TAT (PARIS-LONDON)

The Commission has decided that the French authorities can no longer refuse to allow Community air carriers to exercise traffic rights on the Paris-London route operating from Orly airport. The Commission's decision, which will be published in the Official Journal of the European Communities, is in response to a complaint lodged with the Commission by the French company TAT European Airlines in September 1993. This is the second Commission decision on the distribution of traffic between airports within a single airport system since the entry into force of the third package of air transport liberalization measures on 1 January 1993 (see press release IP(93) 432 regarding first decision).

The current rules for the distribution of traffic within the

Paris airport system are contained in a Decree adopted on 6 December 1993 by the French Minister for Transport. The Decree provides that French domestic flights and flights between France and Spain, Greece or Portugal can be operated from either Orly or Charles de Gaulle airports, but that only Charles de Gaulle can be used for the operation of other intra-Community international air services, including services between Paris and the United Kingdom.

The Commission considered that the distinction between French domestic flights and other intra-Community flights had discriminatory effects, in particular with regard to access to French domestic connections operating from Orly. It further considered that the measure ran contrary to the

establishment of the Community's internal market based on the elimination of national frontiers, and was an unjustified obstacle to the freedom to provide air transport services within the Community.

The decision requires the French authorities to adopt measures allowing Community carriers access to the route in question.

IP/94/339

COMMISSION RULES ON COMPLAINT LODGED BY TAT (PARIS-MARSEILLE, PARIS-TOULOUSE)

The Commission has decided that the French authorities can no longer refuse to allow Community air carriers to exercise traffic rights on the Paris-Marseille and Paris-Toulouse routes operating from Orly airport. The Commission's decision, which will be published in the Official Journal of the European Communities, is in response to a complaint lodged with the Commission by the French company TAT European Airlines in September 1993.

operation of services on these routes using the Charles de Gaulle airport is already open to all Community carriers.

The Commission considered that the maintenance of an exclusive concession for flights from and to Orly airport constituted discrimination in favour of the company Air Inter and that it was an indirect form of traffic distribution within the Paris airport system.

The French authorities intended to maintain the exclusive concession to operate services on these two routes using Orly airport currently granted to the company Air Inter. The

The decision requires the French authorities to adopt measures allowing Community carriers access to the routes in question within six months.

IP/94/338

Other relevant Press Releases

The full texts of Commission's Press releases are available on-line from the RAPID database, on the day of their publication by the Commission's Spokesman's Service. To obtain access to RAPID, please write to:

EUR-OP EUROBASES, c/o European Commission,

200 rue de la Loi, B-1049 BRUSSELS

tel. +322 295 00 01 or 03, fax. +322 296 06 24

IP/94/268: COMMISSION INTENDS TO EXEMPT VACCINE JOINT VENTURE BETWEEN MERCK AND PASTEUR-MERIEUX

IP/94/521: COMMISSION APPROVES CHANGE IN SHAREHOLDING OF AVESTA SHEFFIELD AB

IP/94/363: THE COMMISSION IMPOSES ON SCHOELLER A PENALTY PAYMENT

IP/94/538: RULING BY EC COURT OF JUSTICE IN PVC CASES - COMMISSION TO RE-ADOPT DECISION

IP/94/466: COMMISSION INITIATES PROCEDURE AGAINST PROFILARBED SA

IP/94/596: COMMISSION TERMINATES PROCEEDINGS AGAINST SERVICE-STATION AGREEMENTS IN SPAIN

IP/94/488: HONOURING OF MANUFACTURER'S GUARANTEE ON VEHICLES THROUGHOUT THEIR EU DISTRIBUTION NETWORK

IP/94/704: PRIX DES VOITURES DANS L'UNION EUROPEENNE AU 1ER MAI 1994

IP/94/508: COMMISSION ADOPTS REPORT ON THE APPLICATION OF THE COMPETITION RULES TO MARITIME TRANSPORT

IP/94/732: LA COMMISSION READOPTE UNE DECISION D'IMPOSITION D'AMENDES A L'ENCONTRE DE PRODUCTEURS DE PVC

Other important developments

LA COMMISSION ADOPTE LE 23EME RAPPORT SUR LA POLITIQUE DE CONCURRENCE : UN BILAN COMPLET DE L'ACTIVITE DE LA COMMISSION

Commission Press Release IP/94/413

Sur proposition de M. Karel VAN MIERT, la Commission a publié son 23e rapport annuel sur la politique de concurrence. Comme les années précédentes, le rapport couvre tous les aspects de la politique de concurrence

- les concentrations,
- les aides d'État (articles 92 à 94),
- la libération des secteurs réglementés (par exemple les télécommunications, les transports aériens),
- les aspects internationaux,
- les ententes et les autres accords entre entreprises qui restreignent la concurrence (article 85), et
- les abus de position dominante (article 86).

Ce rapport largement diffusé de 380 pages fournit d'une part une vision approfondie des activités de la Commission en 1993 dans le domaine de la politique de concurrence (et porte notamment sur tous les dossiers importants traités en cours d'année) et énonce d'autre part les principes généraux qui sous-tendent la politique de concurrence. En outre, il établit les priorités et les objectifs pour l'avenir. Le rapport fera l'objet d'un échange de vues approfondi entre la Commission d'une part et le Parlement, le Conseil et le Comité économique et social d'autre part.

Eu égard à l'importance croissante que revêtent la libération des secteurs réglementés et l'intensification de la concurrence dans les secteurs des services (par exemple la banque, l'assurance, l'audiovisuel), où la politique de concurrence n'était pas très développée auparavant, le rapport de cette année explique en détail les liens qui existent entre ces secteurs et cette politique. Le rapport traite également de manière approfondie des liens existant entre la politique de concurrence, le marché intérieur, la restructuration industrielle et la crise de l'emploi, le traité de Maastricht et la situation internationale.

APERÇU STATISTIQUE

Une analyse statistique des divers dossiers traités par les 207 fonctionnaires de catégorie A se solde par un bilan positif.

En ce qui concerne les articles 85 et 86,

- 832 affaires ont été classées, ce qui signifie que l'arriéré d'affaires anciennes a été résorbé et que seules subsistent les affaires en cours d'instruction. Sur les 1 231 dossiers en cours d'instruction, 60 % (749) sont des notifications, 25 % des plaintes (335) et 15 % (147) des cas dans lesquels la Commission a engagé la procédure d'office. Le nombre croissant de plaintes constitue un aspect intéressant et l'on s'attend à ce que cette tendance se renforce au fur et à mesure que le marché intérieur devient une réalité.

- En conformité avec le principe de subsidiarité, la Commission a continué de renvoyer les affaires aux juridictions nationales lorsque celles-ci étaient le mieux à même de les traiter.

- 58 cas de concentration ont été traités. La majorité de ces cas (50) n'ont posé aucun problème et ont abouti rapidement à une autorisation. Quatre cas ne constituaient pas des concentrations au sens du règlement sur les concentrations et ont été traités conformément aux articles 85 et 86. Les quatre cas restants ont fait l'objet d'une procédure approfondie en deuxième phase. Bien qu'aucune décision finale négative n'ait été prise, la Commission a été obligée d'imposer des conditions aux opérations en question dans trois cas, afin d'empêcher la création ou le renforcement de positions dominantes des parties concernées. L'application du règlement sur les concentrations continue par conséquent de permettre la restructuration de l'industrie communautaire rendue nécessaire par le marché intérieur et par l'intensification de la concurrence internationale, tout en préservant les avantages que présente une situation de concurrence.

- Les aides d'État constituent un autre domaine où l'on observe à la fois un nombre croissant de plaintes et une augmentation du nombre de cas concernant les secteurs récemment libérés et le secteur des services. En 1993, 435 cas ont abouti à une décision, et dans 399 de ceux-ci, la Commission a décidé de ne pas soulever d'objections après un examen initial. Un examen approfondi s'est révélé justifié pour les 36 cas restants étant donné les problèmes qu'ils soulevaient. Certains cas sont toujours à l'examen bien que 19 décisions positives et 7 décisions négatives aient déjà été prises. En outre, la Commission a proposé au Conseil 11 décisions relatives à la sidérurgie dans le cadre du traité CECA.

MARCHÉ INTÉRIEUR - la vigilance est de mise pour en faire une réalité

1993 a été une année importante pour la Communauté et en particulier pour la politique de concurrence. C'était en effet l'année d'entrée en vigueur du marché intérieur. Pour que celui-ci se traduise par une réussite et que les avantages économiques attendus se réalisent, il est non seulement nécessaire de disposer du cadre juridique (presque complet à l'heure actuel) mais il faut également que les entreprises entrent davantage en concurrence. Elles ne doivent pas en être dissuadées par des aides d'État inéquitables, des monopoles maintenus par les États ou des accords entre entreprises destinés à répartir les marchés selon des frontières traditionnelles.

La mise en oeuvre effective de la politique de concurrence devient alors cruciale. Au fur et à mesure de l'ouverture des marchés, les pratiques anticoncurrentielles (qu'elles soient inspirées par les États ou qu'elles trouvent leur origine dans des accords privés entre entreprises) ont une incidence négative croissante et appellent par conséquent une vigilance renforcée de la part de la Commission.

LA RESTRUCTURATION ET LA CRISE - le rôle de la concurrence

Le marché intérieur, ainsi que la concurrence internationale croissante et le changement technologique rapide forcent l'industrie européenne à se restructurer. Cette restructuration a lieu alors que le chômage atteint un niveau inacceptable. La Commission a répondu à cette situation dans le Livre blanc sur la croissance, la compétitivité et l'emploi. La restructuration et la coopération doivent être facilitées mais les structures concurrentielles, qui encouragent par nature les ajustements positifs, doivent être maintenues. Le rapport de cette année explique comment la politique de concurrence réagira aux priorités politiques figurant dans le Livre blanc et comment elle peut contribuer à réaliser les objectifs que la Communauté s'est fixés.

MAASTRICHT - les nouveaux objectifs ont une incidence sur la concurrence

1993 a marqué l'entrée en vigueur du traité de Maastricht sur l'Union européenne. Le principe de subsidiarité et l'introduction formelle d'objectifs de politique industrielle, culturelle et de protection de l'environnement dans ce traité auront une incidence sur la mise en oeuvre de la politique de concurrence. Dans le cas de la protection de l'environnement, l'interaction avec la concurrence est particulièrement évidente, en ce sens que les objectifs de protection de l'environnement auront une influence sur la politique de concurrence et que la croissance durable respectueuse de l'environnement, avec les changements structurels qu'elle implique, nécessitera une politique de concurrence active.

LA SITUATION INTERNATIONALE - un espace de croissance pour la politique de concurrence

1993 a également été marqué par deux événements extrêmement importants dans le contexte international:

- la conclusion des accords de l'Uruguay Round dans le cadre du GATT
- et
- la ratification de l'accord sur l'Espace économique européen (EEE) avec les États membres de l'AELE.

Ces deux accords ont une incidence directe et profonde sur la politique de concurrence. Ils illustrent le principe plus général selon lequel plus les marchés se mondialisent et les obstacles imposés par les gouvernements sont éliminés, plus il est impératif de supprimer les accords anticoncurrentiels entre entreprises qui peuvent compartimenter les marchés ou

créer des obstacles à l'accès à des marchés nouveaux. L'EEE prévoit un ensemble commun de règles de concurrence pour les États membres de l'Union européenne et de l'AELE. Le nouvel accord du GATT contient des dispositions relatives à la concurrence mais il s'agit en fait d'un domaine où la Commission est déjà active, dans le cadre d'accords déjà en vigueur ou en cours de négociation avec les États-Unis et les pays d'Europe de l'Est. Le lien entre la mondialisation des échanges, la politique commerciale, la réduction des obstacles aux échanges et la politique de concurrence est examiné dans le rapport de cette année.

SIDERURGIE ET TELECOMMUNICATIONS - deux dossiers importants en 1993

La sidérurgie et les télécommunications ont été deux des principaux dossiers traités en 1993. Bien que de nature totalement différente, ils illustrent très bien le contexte dans lequel la politique de concurrence doit être appliquée.

- *Sidérurgie* - les mutations structurelles de la demande, l'intensification de la concurrence internationale et les aides d'État accordées dans le passé, entre autres, ont créé une capacité excédentaire chronique. Une restructuration et une réduction de capacité importante s'imposaient, sans que soit oubliée la dimension sociale du problème, en particulier les pertes d'emploi dans les régions durement frappées par le chômage. Il convient également d'assurer une égalité de traitement aux entreprises sidérurgiques publiques et privées. C'est pourquoi toute aide d'État accordée doit être accompagnée d'une réduction appropriée de la capacité. L'Italie, l'Espagne et les cinq nouveaux Länder étaient les principales zones bénéficiant d'aides d'État. En ce qui concerne les entreprises, la Commission leur a demandé de réduire elles-mêmes la capacité sans recourir à des ententes anticoncurrentielles, qu'elle ne tolérera pas. Le problème reste à l'ordre du jour, bien que plusieurs décisions aient été prises en 1993.

- *Télécommunications* - Ce secteur emploie plus d'un million de personnes et croît rapidement. Un réseau de télécommunications efficace est vital pour la conduite des affaires à notre époque et devient progressivement indispensable à tous les ménages. Bien que certains progrès aient déjà été réalisés pour libérer les équipements terminaux et les services à valeur ajoutée, les télécommunications étaient caractérisées par des monopoles nationaux. Après une étude et des consultations approfondies, la Commission a présenté ses propositions au Conseil, qui a admis la nécessité de libérer complètement les services de téléphonie vocale d'ici 1998. Bien que de nombreuses mesures d'accompagnement doivent toujours être prises avant qu'une libération complète puisse devenir une réalité, l'acceptation du principe même de la libération est un grand pas en avant. La Commission sera particulièrement attentive à garantir un équilibre entre, d'une part, la concurrence et l'efficacité qu'elle apportera, et, d'autre part, la nécessité de maintenir un service universel abordable pour tous les ménages.

Court Judgements

These summaries of Court Judgements have been prepared by DG IV officials and represent their personal views on the Judgement. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or DG IV's views. The CELEX document numbers for these Judgements are also included within brackets.

Arrêt du Tribunal du 28 avril 1994: All Weather Sports Benelux BV/Commission (Aff. T-38/92)

Article 85, paragraphe 1 du traité CE - imputabilité de l'infraction-motivation

Le Tribunal de Première Instance a rendu le 28 avril 1994 un intéressant arrêt dans lequel il annule, pour insuffisance de motifs, une décision de la Commission d'application de l'article 85 du traité.

La requérante, All Weather Sports Benelux BV (AWSB), est une société néerlandaise, spécialisée dans la commercialisation d'articles de sport. Constituée le 17 avril 1989, elle fait l'acquisition à la même date des actifs de la société All Weather Sports BV (AWS). Parmi ces actifs se trouvait un accord de distribution exclusive pour le Benelux des produits de marque Dunlop, qui a pris fin le 30 avril 1989, ainsi qu'un accord de distribution de produits d'une marque de sport appartenant à la société All Weather Sports International BV (AWS International).

Les deux sociétés, AWS et AWS International, qui appartenaient toutes deux au groupe Bührmann-Tetterode n'ont pas, pour des raisons fiscales, été dissoutes mais ont changé à la fois de dénomination (s'appelant désormais respectivement BT Sports et BT Sports International) et de siège social.

A la suite d'une instruction commencée dès 1988, la Commission a adressé une communication des griefs à AWS, en mai 1990. Les griefs concernaient un certain nombre de pratiques concertées entre AWS et la société Dunlop, visant à entraver les exportations des produits Dunlop du Royaume Uni vers les autres Etats membres. Cette communication était adressée à AWS sous son ancien nom et à son ancien siège social.

AWSB, BT Sports et BT Sports International ont toutes répondu à la communication des griefs, en précisant que leurs réponses valaient pour autant qu'elles devaient être considérées comme destinataires de la communication des griefs et que l'identité de la société visée par la Commission ne leur apparaissait pas clairement. Chacune des sociétés a soutenu que l'infraction ne pouvait lui être imputée. Ces sociétés ont par ailleurs, à plusieurs reprises au cours de la procédure et sans succès, demandé à la Commission quelle devait être en fait la société destinataire de la communication des griefs.

Le 18 mars 1992, la Commission a adopté une décision par laquelle elle condamnait la requérante au paiement d'une amende pour infraction à l'article 85 du traité.

Dans son exposé des motifs, la décision précisait que "en 1989, AWS fut rachetée par sa direction au groupe Bührmann-Tetterode qui la contrôlait et prit le nom de All

Weather Sports Benelux BV".

Dans l'article premier du dispositif, la Commission énonçait que "All Weather Sports International BV a enfreint l'article 85 paragraphe 1 ...". L'article 2, quant à lui, disposait qu'une amende était "infligée à All Weather Sports Benelux BV (qui a repris les actifs d'All Weather Sports BV) pour les infractions visées à l'article 1er".

La société All Weather Sports Benelux (AWSB) s'est alors pourvue devant le TPI en annulation de la décision, se limitant à mettre en cause la régularité de la procédure administrative devant la Commission.

Elle invoquait trois moyens au soutien de sa demande. Le troisième moyen, avancé à titre subsidiaire, critiquait le mode de calcul de l'amende. Dans son premier moyen, elle reprochait à la Commission d'avoir violé des formes substantielles, au motif qu'elle ne lui avait pas adressé la communication des griefs et qu'elle ne lui avait pas donné la possibilité d'être entendue sur la question de l'imputabilité de l'infraction reprochée à AWS.

Elle invoquait enfin, dans son 2ème moyen, la violation de l'article 85 §1 du traité en ce que la Commission n'aurait pas correctement motivé la décision de lui imputer la responsabilité de l'infraction. Elle soutenait notamment que la Commission devait démontrer clairement à l'entreprise poursuivie, les raisons pour lesquelles elle devait supporter la responsabilité d'une infraction qui n'était pas de son fait. Or pour la requérante, la simple mention du fait de la reprise, par elle, des actifs d'AWS ne constituait pas une motivation suffisante, démontrant sa responsabilité.

En réponse à ce dernier moyen, la Commission soutenait que dans la mesure où ce sont les entreprises, en tant qu'entités économiques, et non les sociétés, personnes morales, qui sont visées par les décisions relatives à l'article 85, le transfert d'entreprise qui avait eu lieu suffisait à démontrer la responsabilité d'AWSB.

Le Tribunal s'est limité à l'examen de ce deuxième moyen, tiré de l'insuffisance de motivation.

Dans un attendu de principe, le Tribunal rappelle tout d'abord que "la motivation d'une décision faisant grief doit permettre l'exercice effectif du contrôle de sa légalité et fournir à l'intéressé les indications nécessaires pour savoir si la décision est ou non bien fondée". Pour le Tribunal, "une motivation suffisante doit faire apparaître, d'une manière

claire et non équivoque, le raisonnement" de son auteur. Le Tribunal ajoute enfin qu'une "décision d'application des articles 85 et 86 du traité concernant une pluralité de destinataires et posant un problème d'imputabilité de l'infraction, doit comporter une motivation suffisante à l'égard de chacun de ses destinataires".

Le Tribunal relève ensuite, qu'en l'espèce, malgré les demandes répétées de la requérante, la Commission s'est refusée à s'expliquer sur la question de l'imputabilité. Pour le Tribunal, au vu de cette contestation, la décision attaquée devait être d'autant plus motivée sur ce point.

Soulignant les inexactitudes que comporte la décision de la Commission, le Tribunal estime que celle-ci n'aurait pu se passer d'une motivation plus complète des raisons pour lesquelles elle imputait à AWSB les actes de AWS que dans la mesure où l'identité du successeur de l'auteur de l'infraction ainsi que le caractère effectif de la poursuite des activités n'étaient pas contestés - ce qui n'était pas le cas en

l'espèce. La Commission n'a donc pas dans sa motivation suffisamment justifié l'imputation de l'infraction à AWSB.

De plus, le Tribunal relève, eu égard au dispositif de la décision, que la Commission, ne mentionnant qu'AWS International dans son article premier, ne saurait légalement imputer dans son article 2 la responsabilité d'une infraction à AWSB au seul motif que celle-ci a racheté les actifs d'une société (AWS) qui, elle-même, n'a pas été identifiée à l'article 1er comme auteur de l'infraction alléguée. Le dispositif de la décision ne constitue donc pas non plus une motivation suffisante.

Le Tribunal rejette enfin l'argument de la Commission selon lequel les erreurs contenues dans le dispositif sont purement matérielles. Il relève notamment que cet argument n'a été soulevé qu'au stade ultime de l'instruction et que la Commission n'a pas notifié un rectificatif en bonne et due forme à la requérante.

V. JORIS - E. CABAU [692A0038]

Arrêt du Tribunal du 18 mai 1994 - BEUC et NCC (aff.T-37/92); Rejet de plainte

Dans le domaine du traitement des plaintes, et ce tant sur la procédure que sur le fond, l'arrêt du Tribunal du 18 mai 1994, dans l'affaire T-37/92, Bureau européen des unions de consommateurs (BEUC) et "National Consumer Council" (NCC), doit retenir particulièrement notre attention. Dans cet arrêt, le Tribunal a en effet jugé recevable et fondé le recours introduit par le BEUC et le NCC tendant à l'annulation d'une lettre, signée par M. Temple Lang, relative à une plainte des requérants à l'égard d'un accord limitant l'importation au Royaume-Uni de véhicules automobiles d'origine japonaise.

1. L'affaire trouve son origine dans une demande au titre de l'article 3 § 2 du règlement n° 17, du BEUC, du NCC et d'une troisième association, du 16 septembre 1991, contre l'accord conclu entre la "British Society of Motor Manufacturers and Traders" (SMMT) et la "Japan Automobile Manufacturers Association" (JAMA), ayant pour objet de limiter l'exportation au Royaume-Uni des automobiles japonaises à 11% du total des ventes annuelles de voitures dans ce pays. Les plaignants ont fait valoir que cet accord est contraire à l'article 85 § 1 et que les restrictions à l'accès au marché qui en résultent constituent, de la part de SMMT, un abus de position dominante, contraire à l'article 86.

Cette demande a fait l'objet de deux réponses successives, des 13 janvier et 17 mars 1992, dans lesquelles M. Temple Lang indiquait les raisons pour lesquelles il était estimé qu'il n'y avait pas d'intérêt communautaire à procéder, à ce stade, à un examen de l'accord sous l'angle des règles de concurrence. Le recours est dirigé contre la seconde de ces lettres.

2. Alors que la Commission avait soulevé, pour plusieurs motifs, l'irrecevabilité du recours, le Tribunal a écarté chacun d'entre eux et considéré l'action comme recevable.

2.1. Le Tribunal rappelle d'abord sa définition de l'acte attaqué qui exclut notamment les mesures intermédiaires dont l'objectif est de préparer la décision finale. Puis il décrit la procédure spécifique d'examen des plaintes, telle qu'il l'a relevée dans son arrêt Automec I (10 juillet 1990, T-64/89, Rec. p. II-367), articulée en 3 phases conclues respectivement par une communication d'observations préliminaires, une communication en vertu de l'article 6 du règlement n° 99 et une décision finale de rejet de plainte. Comme dans l'arrêt Automec I, il juge que seule la décision rejetant définitivement la plainte et clôturant le dossier est susceptible de recours. C'est dans ce cadre qu'il rejette la première exception d'irrecevabilité, tirée de ce que la lettre de M. Temple Lang du 17 mars 1992 relève de la première phase d'examen des plaintes. Il note en effet que la première réaction des services de la Commission, la lettre de M. Temple Lang du 13 janvier 1992, possède toutes les caractéristiques d'une communication au titre de l'article 6, en ce qu'elle indique les motifs pour lesquels il ne paraît pas justifié de donner une suite favorable à la plainte, se réfère expressément à la clôture du dossier et impartit aux plaignants un délai pour présenter leurs observations éventuelles. A cette lettre, les requérants avaient répondu, par deux lettres des 13 et 21 février 1992, en contestant l'appréciation émise et en confirmant leur demande tendant à ce que la Commission ouvre une enquête.

C'est par la lettre litigieuse qu'il a été répondu à ces observations des requérants. Le Tribunal observe que cette lettre, d'une part, énonce clairement l'intention de ne pas procéder, à ce stade, à un examen de l'accord en cause sous l'angle des règles de la concurrence et que, d'autre part, elle expose le raisonnement ayant conduit à cette prise de position. Dès lors, pour le Tribunal, la correspondance attaquée doit être considérée comme une décision de rejet de la plainte, relevant de la dernière phase de la procédure d'enquête.

Le Tribunal précise que le caractère définitif de la décision n'est pas remis en cause par l'expression "at this stage", qui, selon lui, se réfère à l'engagement, inclus dans la lettre précédente de M. Temple Lang, de réexaminer la plainte si des éléments nouveaux apparaissent. Le Tribunal considère qu'une telle réserve quant à la découverte d'éléments nouveaux s'incorpore dans toute décision d'une autorité administrative.

2.2. Le rejet de cette exception d'irrecevabilité entraîne celui du deuxième argument de la Commission, selon lequel la lettre litigieuse n'affecte pas la situation juridique des requérants, au motif notamment que ceux-ci restent libres de former un recours contre tout rejet définitif de leur plainte ou d'introduire un recours en carence.

Pour la même raison, le Tribunal repousse l'argument tiré de l'incompétence de l'auteur de l'acte. Après avoir rappelé la jurisprudence suivant laquelle il y a lieu de s'attacher à la substance - et non à la forme - des actes ou décisions pour déterminer s'ils constituent des actes au sens de l'article 173, il écarte la similitude avec les lettres administratives, qui ne sont pas attaques (arrêts "parfums" du 10 juillet 1980), notamment du fait de l'absence pour les demandes prévues à l'article 3 du règlement n° 17 des obligations de forme imposées à la Commission en cas de demande d'attestation négative ou d'exemption. Dès lors que l'acte attaqué comporte une appréciation claire et définitive de la demande, la nature de cet acte ne saurait être remise en cause par la circonstance que cette appréciation n'émanerait que des services de la Commission, sauf à priver l'article 3 de tout effet utile.

3. Sur le fond, le Tribunal estime que la décision attaquée, consistant à rejeter la plainte pour défaut d'intérêt communautaire, repose sur trois motifs:

- l'entente alléguée doit cesser de produire ses effets le 1er janvier 1993, si bien que l'enquête se rapporterait, pour l'essentiel, à des faits passés;
- cet accord était connu et autorisé par les autorités britanniques;
- il ne concernerait pas, principalement, le commerce entre Etats membres.

3. Le Tribunal accueille successivement les moyens des requérants contestant la légalité de ces motifs de rejet de la plainte.

3.1. Pour justifier que l'ouverture d'une instruction ne se justifiait pas, l'entente dénoncée devant cesser ses effets quelques mois plus tard, la décision du 17 mars 1992 se fondait sur l'entrée en vigueur d'un compromis commercial entre la Communauté et le Japon dans le secteur automobile, aux termes duquel les limitations nationales seraient abolies au plus tard le 1er janvier 1993. Pour les requérants, la décision attaquée n'exposerait pas comment le compromis est susceptible de mettre fin aux pratiques anticoncurrentielles alléguées.

Le Tribunal répond sur la base de son arrêt du 18 septembre 1992 dans l'affaire dite "Automec II" (T-24/90, Rec. p. II-

2223). Il rappelle que la Commission n'est pas tenue de mener une instruction lorsqu'elle est saisie d'une demande au titre de l'article 3 du règlement n° 17, mais qu'elle est obligée d'examiner attentivement les éléments de fait et de droit portés à sa connaissance par le plaignant.

Il rappelle encore qu'il est légitime, pour déterminer le degré de priorité à accorder aux affaires dont elle est saisie, que la Commission se réfère à l'intérêt communautaire que présentent ces affaires. Il précise que cela n'aboutit pas à soustraire l'action de la Commission au contrôle juridictionnel, puisque, en vertu de l'exigence de motivation, énoncée à l'article 190 du traité, la Commission ne saurait se borner à se référer abstraitement à cette notion.

Pour vérifier si la conclusion du compromis commercial susmentionné est de nature à mettre fin à l'accord en cause avant le 1er janvier 1993, le Tribunal analyse les documents relatifs à ce compromis produits par la Commission, (communication conjointe de la Communauté et du Japon au GATT; déclarations du membre de la Commission et du ministre japonais compétents, extrait d'un compte-rendu de débats à la "House of Commons"; déclaration de presse de SMMT et de JAMA; communiqué du bureau de la Commission à Tokyo), ainsi que la déclaration du représentant de la Commission à la procédure orale suivant laquelle le compromis n'a pas fait l'objet d'un document écrit et qu'il ne s'agit pas d'un accord au sens de l'article 113 du traité. Dans ces conditions, il estime qu'un engagement non écrit, de portée purement politique et ne s'inscrivant pas dans le cadre de la politique commerciale commune, assorti de plus d'une période d'application transitoire expirant fin 1999, n'autorise pas à répondre que ledit engagement mettrait fin, nécessairement, à l'accord dénoncé par les requérants.

3.2. Le deuxième motif de la Commission pour justifier le rejet de la plainte est tiré du fait que l'accord en cause a été autorisé par les autorités du Royaume-Uni, pour des raisons de politique commerciale.

Le Tribunal estime que ce motif est entaché d'une erreur de droit. D'une part, l'accord SMMT-JAMA ne constitue pas une mesure nationale de politique commerciale, mais bien un concours de volontés entre des groupements professionnels d'opérateurs économiques intervenants sur le marché, susceptible de relever du champ d'application de l'article 85, § 1 et, le cas échéant, de l'article 86. D'autre part, ainsi qu'il ressort d'une jurisprudence bien établie, la circonstance que le comportement d'entreprises ait été connu, autorisé ou même encouragé par des autorités nationales est sans influence au regard de l'applicabilité de l'article 85 du traité ou, le cas échéant, de son article 86 (arrêts de la Cour du 10 janvier 1985, Leclerc, 229/83, Rec. p. 1 et du Tribunal du 29 juin 1993, Asia Motor, T-7/92, Rec. p. II-669, point 71).

3.3. Dans la décision litigieuse, la Commission invoque enfin la circonstance que les arrangements en cause ne concerneraient pas principalement les échanges commerciaux entre Etats membres.

Or, le Tribunal estime que ces arrangements sont, de par leur nature même, susceptibles de porter atteinte au

fonctionnement du marché commun. En effet, en tant que mesures limitant les importations dans la Communauté et couvrant l'ensemble du territoire d'un Etat membre, il sont susceptibles de détourner les courants commerciaux de leur orientation naturelle, affectant ainsi le commerce entre Etats membres, et de consolider des cloisonnements de caractère national, entravant ainsi l'interpénétration voulue par le traité (arrêts de la Cour du 15 mai 1975, Frubo, 71/74, Rec. p. 563, et du 11 juillet 1985, Remia, 42/84, Rec. p. 2545).

Comme la décision ne précise pas l'intensité des effets de l'infraction alléguée sur l'affectation des échanges et n'énonce pas les raisons pour lesquelles la Commission estime que ces effets ne sont pas suffisamment importants pour justifier la poursuite de l'instruction, le Tribunal juge que cette décision doit, à cet égard, être considérée comme insuffisamment motivée.

3.4. Sur le fond, il y a sans doute lieu de considérer l'arrêt BEUC-NCC comme une application de la jurisprudence définie par le Tribunal dans l'arrêt Automec II, qui reconnaît à la Commission un large pouvoir d'appréciation pour le traitement des plaintes, incluant la possibilité de rejeter celles-ci sans instruction pour défaut d'intérêt communautaire.

Mais la contrepartie de ce pouvoir est que la Commission doit respecter scrupuleusement les critères indiqués dans l'arrêt Automec II. Nous devons en particulier veiller à justifier concrètement et précisément, dans chaque cas, pourquoi nous estimons qu'il n'y a pas d'intérêt communautaire à instruire une affaire.

V. JORIS [692A0037]

PVC (Commission/BASF et autres - Aff. C-137/92 P)

Notion d'acte inexistant - Adoption et authentification des décisions de la Commission

Le 15 juin, la Cour a rendu son arrêt sur le pourvoi formé par la Commission contre l'arrêt du Tribunal, du 27 février 1992, dans les affaires PVC (Rec. p. II-315), ayant déclaré inexistant l'acte intitulé "Décision 89/190 CEE de la Commission, du 21 décembre 1988, relative à une procédure d'application de l'article 85".

La Cour a jugé que le Tribunal avait commis une erreur de droit en déclarant cette décision inexistante (I). Mais, statuant elle-même sur le litige, elle a annulé la décision pour violation des formes substantielles (II).

I. Rappelons que dans son arrêt, le Tribunal affirme d'abord que certaines irrégularités, telles que la violation du principe de l'intangibilité de l'acte et l'incompétence de son auteur, justifiaient déjà l'annulation de la décision. Puis il conclut à l'inexistence de celle-ci après avoir constaté qu'une autre irrégularité s'ajoutait aux précédentes, à savoir l'absence d'authentification de l'acte.

Pour la Cour, la constatation de l'inexistence d'un acte des institutions de la Communauté doit être réservée à des hypothèses tout à fait extrêmes. En effet, les actes des institutions jouissent d'une présomption de légalité et, partant, produisent des effets juridiques, même s'il sont entachés d'irrégularités, aussi longtemps qu'ils n'ont pas été annulés ou retirés. Ce n'est qu'à titre exceptionnel que certaines actes sont réputés n'avoir produit aucun effet juridique, c'est-à-dire être regardés comme juridiquement inexistant.

Appliquant ces considérations fondamentales à l'espèce, la Cour constate que le Tribunal n'a pas mis en doute que la Commission, au cours de sa réunion du 21 décembre 1988, ait effectivement décidé d'adopter le dispositif de la décision 89/190. Il estime aussi que, qu'elles soient considérées isolément ou même dans leur ensemble, les irrégularités relevées par le Tribunal n'apparaissent pas d'une gravité à ce point évidente que cette décision doive être regardée comme juridiquement inexistante.

II. Après avoir annulé l'arrêt du Tribunal, la Cour statue elle-même sur le litige, comme le lui permet son statut lorsqu'un litige est en état d'être jugé. Elle examine le moyen des sociétés requérantes tiré de ce que les motifs de la décision qui leur avait été notifiée différaient vraisemblablement de ceux de la décision adoptée par le collège, de ce que cette décision n'avait pas été adoptée dans deux des langues faisant foi et de la méconnaissance de l'article 12 du règlement intérieur de la Commission, en vigueur en 1988, relatif à l'authentification des décisions de celle-ci.

Se référant à son arrêt AKZO (23 septembre 1986, AKZO Chemie/Commission, 5/85, Rec. p. 2585), la Cour rappelle tout d'abord que le fonctionnement de la Commission est régi par le principe de collégialité, lequel repose sur l'égalité de ses membres dans la participation à la prise de décision et implique notamment que les décisions soient délibérées en commun et que tous les membres du collège soient collectivement responsables, sur le plan politique, de l'ensemble des décisions arrêtées.

Pour la Cour, le respect de ce principe intéresse nécessairement les sujets de droit concernés par les décisions de la Commission, qui doivent être assurés que ces décisions ont été effectivement prises par le collège et correspondent exactement à la volonté de ce dernier. Tel est le cas en particulier des décisions de la Commission qui ont pour objet de constater une infraction aux articles 85 et 86 du traité, d'émettre des injonctions à l'égard des entreprises auteurs de ces infractions et de leur infliger des sanctions punitives.

La Cour rappelle également que de telles décisions doivent être motivées, puis précise que, le dispositif et la motivation d'une décision constituant un tout indivisible, c'est uniquement au collège qu'il appartient, en vertu du principe de collégialité, d'adopter à la fois l'un et l'autre. Il s'ensuit que seules des adaptations purement orthographiques ou grammaticales peuvent encore être apportées au texte d'une décision de la Commission après son adoption formelle par le collège, toute autre modification étant du ressort exclusif de ce dernier.

La Cour ajoute par ailleurs que, à la différence des décisions ordonnant à une entreprise de se soumettre à une vérification qui, en tant que mesures d'instruction, peuvent être considérées comme de simples mesures de gestion (voir arrêt AKZO, *Chemie/Commission*, précité, point 38), les décisions constatant une infraction à l'article 85 ne peuvent, sans violer le principe de collégialité, faire l'objet d'une habilitation au sens de l'article 27 du règlement intérieur, en faveur du commissaire responsable de la politique de la concurrence.

Enfin, la Cour cite les termes de l'article 12 du règlement intérieur en vigueur à l'époque, suivant lesquels "les actes adoptés par la Commission, en séance ou par la procédure écrite, sont authentifiés, dans la ou les langues où ils font foi, par les signatures du président et du secrétaire exécutif". Selon la Cour, loin de n'être qu'une simple formalité destinée à assurer la mémoire de la Commission, l'authentification des actes a pour but d'assurer la sécurité juridique en figeant, dans les langues faisant foi, le texte adopté par le collège. Elle permet ainsi de vérifier, en cas de contestation, la correspondance parfaite des textes notifiés ou publiés avec ce dernier et, par là même, avec la volonté de leur auteur.

L'authentification d'un acte constitue donc une forme substantielle, dont l'omission est sanctionnée par l'annulation de l'acte en cause. Or, il est constant que la Commission n'a pas procédé à l'authentification de la décision litigieuse dans les termes prévus par l'article 12 de son règlement intérieur.

Il va de soi que cet arrêt, attendu, aura des répercussions sur la pratique décisionnelle de la Commission, vue sous l'angle procédural, et cela, non seulement en ce qui concerne les décisions d'application des articles 85 et 86 mais de manière générale. Tel est en particulier le cas pour la procédure d'habilitation. Si l'arrêt ne paraît pas innover à l'égard des habilitations dites générales, il devrait amener à infléchir sensiblement la pratique dans la matière des habilitations dites de mise en oeuvre ou de finalisation, ainsi que pour qui est des langues dans lesquelles un acte doit être adopté par le collège. S'agissant de la procédure d'authentification des actes, la règle dont la violation a été sanctionnée par la Cour a été remplacée. Il importe cependant de s'assurer que soit garantie la parfaite correspondance de l'acte arrêté par le collège avec celui publié ou notifié.

V. JORIS [692J0137]

Other Judgements and Opinions of Advocates-General

Extracts taken from the "Rapport d'activités de la Cour de Justice des Communautés Européennes"

The full text of the "Rapport d'activités de la Cour de Justice" is available on-line from the RAPID database, a few days after its publication by the Court. To obtain access to RAPID, please write to:

EUR-OP EUROBASES, c/o European Commission,
200 rue de la Loi, B-1049 BRUSSELS
tel. +322 295 00 01 or 03, fax. +322 296 06 24

Arrêt de la Cour du 19 mai 1994, C-36/92 P Samenwerkende elektriciteits-produktiebedrijven NV (SEP) / Commission des Communautés européennes - Concurrence

Concurrence - Procédure administrative - Décision de demande de renseignements adressée à une entreprise - Renseignements nécessaires - Principe de proportionnalité et obligation des Etats membres de respecter le secret professionnel - Interprétation des articles 10 §1 et 20 §1 et §2 du règlement n° 17. (Cinquième chambre)

Arrêt de la Cour du 16 juin 1994 C-39/93 P Le Syndicat français de l'Express international (SFEI) e.a. / Commission des Communautés européennes - Concurrence

Pourvoi - Concurrence - Règles applicables aux entreprises - Lettre de la Commission à un plaignant - Acte attaquant (Cinquième chambre)

Arrêt de la Cour du 9 juin 1994 C-153/93 Bundesrepublik Deutschland / Delta Schiffahrts- und Speditionsgesellschaft mbH - Concurrence

Préjudicielle - Transports fluviaux - Fixation des tarifs - Réglementation étatique (Sixième chambre)

Arrêt de la Cour du 13 Juin 1994 C-322/93 P Automobiles Peugeot SA et Peugeot SA / Commission des Communautés européennes Concurrence

"Concurrence - Distribution automobile - Exemption par catégorie - Notion d'intermédiaire mandaté - Pourvoi" (Sixième chambre)

Arrêt de la Cour du 13 Avril 1994 C-128/92 H.J. Banks & Co. Ltd / British Coal Corporation CECA

Préjudicielle - Traité CECA - Licences d'extraction de charbon brut - Application des articles 4, sous d), 65 et 66, paragraphe 7, du traité - Effet direct - Exclusion - Réparation des dommages résultant de la violation de ces dispositions - Compétences respectives de la Commission et du juge national. (Cour plénière)

**Arrêt de la Cour du 17 Mai 1994 C-18/93 Corsica Ferries Italia Srl / Corpo dei piloti del porto di Genova
Concurrence**

Préjudicielle - Service obligatoire de pilotage - Tarifs discriminatoires - Libre prestation des services - Concurrence. (Cour plénière)

**Conclusions de l'Avocat général G. Tesauro du 16 Juin 1994: Aff. C-250/92 Gøttrup-Klim Grovvareforeninger e.a.
/ Dansk Landbrugs Grovvarereselskab AmbA**

Préjudicielle - Østre Landsret - Interprétation des art. 85 et 86 du traité CEE et des art. 2 et 4 du règlement no 17 du Conseil, premier règlement d'application des articles 85 et 86 du traité CEE - Statut d'une association commerciale contenant une clause visant à exclure d'autres entreprises ou groupements susceptibles de la concurrencer dans le domaine du commerce de gros au regard de l'achat et de la vente d'engrais et de produits phytosanitaires

**Conclusions de l'Avocat général C. O. Lenz du 16 Juin 1994: Aff. C-360/92 P Publishers Association / Commission
des Communautés européennes**

Pourvoi contre l'arrêt du Tribunal (deuxième chambre), rendu le 9 juillet 1992, dans l'affaire T-66/89 opposant Publishers Association à la Commission - Refus d'annuler la décision 89/44/CEE de la Commission relative à une procédure d'application de l'art. 85 du traité CEE - Net Book Agreements - Prix minimum de vente au détail des livres diffusés au Royaume-Uni et en République d'Irlande

**Conclusions de l'Avocat général C. Gulmann du 10 Juillet 1994: Aff.jtes C-241/91 P et C-242/91 P Radio Telefis
Eireann et Independent Television Publications Limited / Commission des Communautés européennes**

Pourvoi contre l'arrêt rendu le 10 juillet 1991 par le Tribunal de première instance (deuxième chambre) dans l'affaire T-69/89 ayant opposé RTE à la Commission - Refus d'annuler la décision 89/205/CEE de la Commission relative à une procédure d'application de l'art. 86 du traité CEE - Magill TV Guide / ITP, BBC et RTE

**Arrêt du Tribunal du 7 Juillet 1994 T-43/92 Dunlop Slazenger International Ltd / Commission des Communautés
européennes Concurrence**

Concurrence - Article 85 du traité CEE - Accords de distribution exclusive - Protection territoriale absolue - Interdiction d'importations parallèles - Pratiques concertées. (Deuxième chambre)

Mergers

Application of Council Regulation 4064/89

Main developments between 1st April and 30th June 1994

AN OVERVIEW OF MERGER CONTROL DURING THE 2nd QUARTER

by Milvia van Rij, DG IV - Merger Task Force

During the second quarter of 1994, the Commission took some 27 decisions on mergers, of which five according to Art. 7.2 of Council Regulation n° 4064/89. As a follow up to the 1993 Report to the Council on the application of the Merger Regulation it also initiated a wide-ranging consultation on a series of draft documents which aim to define more precisely its policy with respect to various aspects of merger control, starting with legal and technical issues. At the same time it is proposing changes to the implementing provisions of the Merger Regulation and to notification requirements (Form CO).

An article on oligopolistic dominance is published in this issue of this Newsletter. It will be followed up by articles on other substantive policy issues.

I. CASES

With respect to cases, four mergers were of particular importance.

In the first case, Shell Petroleum NV (holding company of the Royal Dutch Shell group) and Montedison Nederland (belonging to the Ferruzzi group) notified their agreement relating to the creation of a joint venture, Sophia. The products involved were polyolefins, a family of thermoplastics including polyethylene (PE) and polypropylene (PP). The parties would contribute to the joint venture essentially all of their world-wide interests in that sector including the corresponding production and marketing assets, intellectual property rights and R&D functions.

After examination of the notification the Commission concluded that serious concerns were raised in relation to two related, but distinct markets. These were first, the market for the production and sale of polypropylene (PP) in Western Europe and secondly, the market for the development and licensing of PP technology which was considered to be a world market.

This was the first case under the Merger Regulation in which a separate technology market was defined. The competition problem posed by the merger at the technology level was that Shell Oil, a fully-owned subsidiary of the Royal Dutch Shell Group, had a partnership agreement with Union Carbide Corporation for the development and licensing of a PP technology, called Unipol. At the same time Montedison had its own PP technology business called Sheripol which

was marketed through Montedison's US subsidiary, Himont. Together, these two technologies covered about two-thirds of third-party technology licensing needs and represented the main competitive relationship in the market. Although there were other PP technology providers, the Commission concluded that these would be unable to adequately constrain a combination of the two main technologies which would fall under the effective control of a single decision centre, namely Shell.

Furthermore, on the PP production market, although the market share of Sophia would not be of itself very high (about 30%), the parties' leading position in technology, combined with a number of other factors - that is the considerable gap between the market share of Sophie and that of the next largest competitor, Sophia's high level of product coverage and the existence of joint ventures between Shell or Montedison and other important PP manufactures, would substantially reinforce the parties' position on that market.

In order to remove the Commission's competition concerns the parties offered commitments modifying the original concentration plan. These involved the transfer of Montedison's worldwide PP technology business to a separate company, in which Shell had no influence or financial interest. The Commission considered that this remedy would maintain effective competition on the PP technology market. It imposed reporting requirements to monitor the rapid establishment of the PP technology company and to check that it was endowed with all the necessary resources for full-function, autonomous operation including further PP technology development.

At the same time, the Commission also took note of the notifying parties' modifications with regard to the PP production market. These involved the withdrawal of Montedison from its joint venture with Petrofina called Montefina for the production of polypropylene.

In the light of these modifications, and in particular the remedy for the PP technology market, the Commission cleared the deal on 8 June.

The operation fell under the concurrent jurisdiction of the European Union and that of the United States, where the case is still pending.

The second case of particular interest involved Procter & Gamble GmbH (P&G), a wholly owned subsidiary of Procter & Gamble company, and Vereinigte Papierwerke Schickedanz AG (VPS), a wholly-owned subsidiary of Gustav and Grete Schickedanz Holding KG (GGS).

The merger agreement provided for the acquisition by P&G of the entire share capital of VPS from GGS.

The Commission did not consider that the merger raised any competition concerns in the household tissue, cotton products, adult incontinence products, pantliners and cosmetics sectors, while P&G, itself, recognising the competition problems its acquisition of VPS could cause in the market for baby nappies, included an undertaking to divest VPS' nappy business in the notified agreements.

In respect of sanitary towels, the Commission considered that the combination of P&G's brand Always and the VPS brand Camelia, would give rise to competition problems on the German and Spanish markets.

P&G would have acquired about two-thirds by value of the German market, while slightly increasing its already dominant share in Spain.

The Commission decided to carry out an in depth investigation, and consulted outside experts to assist in the assessment of the complex and sometimes contradictory evidence submitted to it. As a result, the Commission concluded that there were separate markets for tampons and towels. Consumer behaviour being significantly influenced by factors other than price, such as performance and brand familiarity. Consumer preferences seem to be based on complex cultural, psychological and physical influences and motivations. As for geographic markets, the Commission considered Germany and Spain as national markets.

These markets for towels display high barriers to entry. Furthermore, P&G's existing dominant position would have been reinforced because of the loss of the brand Camelia as a potential vehicle for entering the Spanish market. The concentration as notified would thus create a dominant position for P&G on the German market for sanitary towels and would strengthen its position on the Spanish market. The Commission considered that in the light of the characteristics of the market, P&G's position was unlikely to be constrained either by customers or competitors.

At a very late stage in the procedure, P&G offered to divest the Camelia-branded feminine hygiene business of VPS.

The Commission agreed with P&G that this undertaking would be carried out within a limited period after the acquisition of VPS and that an independent trustee would be appointed to supervise the sale, ensure that Camelia's management remains independent and safeguard the continued viability and market value of the business.

This allowed the Commission to declare the deal compatible with the common market and the functioning of the EEA agreement.

The last case which is interesting to follow (the merger was notified on 6 June 1994), concerns Bertelsmann AG, Deutsche Bundespost Telekom (Telekom) and Taurus Beteiligungs GmbH (Taurus), a company of the Kirch-group (Kirch). They propose to create a joint venture called MSG Media Service GmbH (MSG).

The concentration affects the market for technical and administrative services for pay-TV and other TV services financed through subscription or payment by viewers.

This case is presently under investigation by the Merger Task Force and it is therefore premature to enter into its merits or to give any details.

What is interesting at this stage, is the fact that a public telecommunications operator, holding a monopoly for telephone network services and owning nearly the totality of TV-cable networks in a Member State would combine its future activities in the JV's market with those of the leading pay TV suppliers.

We will come back to this case in one of the next issues of this Newsletter.

II. Follow-up to 1993 Report on application of the Merger Regulation

The Commission has launched a wide-ranging public consultation procedure (see OJ C181/7 2.7.94) on certain draft legislative and interpretive texts relating to the implementation of the Merger Regulation. These measures follow on from last year's Commission Report to the Council on this subject in which the Commission promised a series of measures designed to increase the efficiency and transparency of the Merger Regulation in advance of any formal revision of the Regulation itself.

In particular, the Commission undertook in this report to lighten the notification requirements for joint ventures with a minor impact inside the Community. Responding to this commitment, therefore, the Commission proposes to incorporate provision for a short-form notification requirement in a new Form CO annexed to the Implementing Regulation (Commission Regulation (EEC) No 2367/90). The new form also proposes certain other changes which are designed to meet the working requirements and procedures applied by the Commission without significantly increasing the reporting burden on notifying parties.

At the same time certain revisions are proposed to the Implementing Regulation itself in order to clarify ambiguities in the current text and to improve procedures generally.

A second commitment undertaken by the Commission in its report was to carry out a revision of the notice on the distinction between cooperative and concentrative joint ventures. The Commission's practice on this difficult jurisdictional issue has developed considerably since the Merger Regulation came into effect. The purpose of the proposed new notice is threefold: to take account of the Commission's case-law; to clarify the principles the

Commission applies in drawing the distinction between those joint ventures which fall within the scope of the Merger Regulation as opposed to those which are to be dealt with under Regulation No 17; and also to seek to reduce as far as is possible the need to examine substantive issues for jurisdictional purposes.

The Commission's proposals on these measures will be supplemented shortly by three further draft texts on the interpretation of other technical and legal aspects of the

Merger Regulation, that is, proposed notices on the calculation of turnover, the notion of concentration, and the notion of undertakings concerned. Together, therefore, this package of measures is intended to render the Merger Regulation a simpler, more user-friendly instrument for all concerned to understand and to apply.

Copies of the draft texts may be obtained by writing to M. Van Rij, Merger Task Force, DG IV, European Commission, 200 rue de la Loi, B-1049 Brussels, fax (322) 295 01 28 (Ref IR/CO/JV).

Commission decisions

KPR/CGP

Décision du 14 avril 1994.

Objet : autoriser la création d'une filiale commune (CGP-KONE SA) par les sociétés françaises KONE PONTS ROULANTS (KPR) et COMPAGNIE GENERALE DE PRODUCTIQUE (CGP).

KPR, appartenant à KONE Corporation, et CGP, appartenant à CEG ALSTHOM SA, ont créé une filiale commune, contrôlée conjointement, dans le secteur des ponts roulants. Les sociétés-mères transfèrent leurs actifs à la filiale et se retirent complètement des marchés concernés. Il s'agit des marchés des ponts roulants standards, des ponts roulants spéciaux et des services de maintenance et d'après-vente. Le marché géographique pertinent est national, en l'occurrence il s'agit de la France.

Les parts de marché additionnées des sociétés-mères restant faibles, l'opération en cause ne pose pas de problème de concurrence. IP(94)309

RHONE POULENC/COOPER

Décision du 18 avril 1994.

Objet : autoriser l'acquisition de Coopération Pharmaceutique Française par Rhône Poulenc SA.

La Commission a autorisé l'acquisition de Coopération Pharmaceutique Française, société spécialisée dans la production et la distribution de médicaments, par le groupe Rhône Poulenc SA qui développe une partie de ses activités dans l'industrie pharmaceutique.

Suite à l'opération sur les marchés français de production de médicaments en vente libre, de distribution de médicaments à usage humain et de distribution de produits vétérinaires, Rhône Poulenc détiendra des parts de marché comprises entre 25 et 30 %. La Commission a décidé de ne pas s'opposer à l'opération compte tenu de l'addition relativement modeste de parts de marché. Elle a par ailleurs constaté l'absence d'effets verticaux ou congloméraux sensibles à l'opération. IP(94)316

AGF/LA UNIÓN Y EL FENIX

Décision du 25 avril 1994.

Objet : autoriser une fusion dans le secteur des assurances

La Commission a autorisé la fusion entre la Unión y el Fenix Español (LUFE) (société contrôlée directement par Corporación Banesto Internacional BV et indirectement par les groupes Banesto et AGF) et AGF Seguros SA (filiale espagnole du groupe AGF). A la suite de la fusion, AGF détiendra le contrôle unique. Le groupe Banesto maintiendra en principe une participation minoritaire dans cette société. Les effets de l'opération sont principalement limités aux marchés d'assurance-vie et de l'assurance dommages en Espagne. LUFE n'exerce qu'une partie limitée de ses activités en France.

Aucun problème de concurrence n'est à prévoir compte tenu de la fragmentation du marché espagnol des assurances et de l'existence d'autres groupes ayant une part de marché supérieure ou égale à la nouvelle entité. IP(94)332

ALLIED LYONS/HWE/PEDRO DOMEcq

Décision du 28 avril 1994.

Objet : autoriser l'acquisition par Allied Lyons du contrôle exclusif du groupe Hiram Walker Europa-Pedro Domecq.

La Commission a autorisé l'acquisition par Allied Lyons plc du contrôle exclusif du groupe Hiram Walker Europa-Pedro Domecq, qu'Allied contrôlait conjointement avec Mr. Mora-Figueroa. Ces entreprises sont actives dans le secteur agro-alimentaire, et notamment dans celui des vins et spiritueux. L'opération n'a d'impact que dans le marché du whisky en Espagne et celui du Xérès en Irlande et au Royaume-Uni où les parties détiennent des parts de marché importantes. Prenant en compte l'existence d'une intégration très forte des parties avant la concentration ainsi que l'existence de faibles barrières à l'entrée sur les marchés concernés, la présence de concurrents et d'acheteurs puissants, la Commission a décidé de ne pas s'opposer à la prise de contrôle d'Allied Lyons. IP(94)347

VIAG/BAYERNWERK

Décision du 5 mai 1994.

Objet : autoriser l'acquisition d'une participation majoritaire dans l'entreprise allemande Bayernwerk par l'entreprise allemande Viag.

Bayernwerk est principalement active dans la production et la distribution d'électricité et dans la distribution de gaz. Viag a des activités dans de nombreux secteurs, y inclus quelques activités dans la production d'électricité et la distribution de gaz. Il n'y a toutefois pas de chevauchement dans le secteur de l'énergie. En ce qui concerne le gaz, les deux entreprises sont actives dans des marchés géographiques différents. Quant au secteur de l'électricité, la production de Viag est destinée à être utilisée dans ses propres usines d'aluminium et de produits chimiques. La Commission a dès lors estimé que l'opération ne donnera lieu ni à la création ni au renforcement d'une position dominante et a déclaré la concentration compatible avec le marché commun.

IP(94)385

GE/ENI/NUOVO PIGNONE

Décision du 6 mai 1994.

Objet : autoriser l'acquisition de Nuovo Pignone par General Electric

La Commission a autorisé l'opération par laquelle General Electric Company (GE) achète à Ente Nazionale Idrocarburi (ENI) une participation de 69,33 % de l'entreprise Nuovo Pignone S.p.A. (NP) dans le cadre de la privatisation engagée par le gouvernement italien. NP est le holding opérationnel d'ENI pour ce qui concerne le secteur des constructions mécaniques. GE a traditionnellement été technologiquement associé à NP ainsi qu'à d'autres constructeurs européens de turbines sans toutefois disposer de facilités de production en Europe.

Les effets de l'opération sont principalement limités au marché des turbines par l'intégration verticale de GE dans la technologie et la construction de turbines. Aucun problème de dominance n'est à craindre compte tenu de la position de concurrents de la taille de Siemens, Westinghouse, ABB ou Rolls Royce, dotés d'une puissance technologique et de production équivalente à la nouvelle entité. IP(94)387

HÜLS/PHENOLCHEMIE

Décision du 6 mai 1994.

Objet : autoriser l'acquisition de Phenolchemie GmbH par Hüls AG

La Commission a autorisé une concentration dans l'industrie chimique entre les deux firmes allemandes Hüls AG et Phenolchemie GmbH. En tant qu'actionnaire majoritaire de Phenolchemie GmbH, Hüls AG avait notifié son intention d'acquérir le contrôle de toutes les activités de Phenolchemie

GmbH. L'entreprise cible qui produit du phénol et des sous-produits de phénol occupe une position forte sur le marché ouest-européen.

La Commission a décidé de ne pas s'opposer à l'opération malgré le degré de concentration élevé sur le marché. Jusqu'à présent, Hüls AG contrôlait Phenolchemie GmbH en commun avec Harpener AG. Le transfert du contrôle commun vers le contrôle unique ne produira pas de modification importante dans la situation de fait. En effet, l'opération a des effets tellement négligeables qu'elle ne peut ni créer ni renforcer une position dominante, indépendamment de la question de savoir si une telle position existait ou non déjà avant la concentration.

IP(94)389

ERC/NRG VICTORY

Décision du 27 mai 1994.

Objet : autoriser une concentration dans le secteur des assurances.

Employers Reinsurance Corporation (ERC), à travers deux filiales, Nordisk Reinsurance Company (Nordisk) et Employers Reassurance Ltd (Eral), a acquis les activités de réassurance concernant les branches vie, maladie et invalidité de NRG Victory ainsi que certains autres actifs en relation avec ces activités. Nordisk reprendra les activités de réassurance de la succursale de NRG Victory à Singapour tandis que Eral reprendra tous les autres actifs faisant partie de la concentration notifiée.

ERC appartient au groupe américain General Electric tandis que NRG Victory fait partie du groupe néerlandais ING. Les activités faisant l'objet de la concentration sont essentiellement basées au Royaume-Uni, bien que le marché géographique pertinent soit international ou même mondial. Les parts de marché additionnées suite à la concentration restent faibles même si un marché géographique plus restreint (celui du Royaume-Uni dans le cas présent) était pris en considération. L'opération ne soulève dès lors pas de problème de concurrence. IP(94)449

WINTERTHÜR/DBV HOLDING

Décision du 30 mai 1994.

Objet : autoriser une concentration dans le secteur des assurances.

La Commission a autorisé l'acquisition de DBV-Versicherungen par Winterthür Schweizerische Versicherungs-gesellschaft. Il est prévu que Winterthür obtiendra graduellement le contrôle de DBV Holding. L'opération durera plusieurs mois et Winterthür aura acquis le contrôle unique en décembre 1994.

Winterthür acquiert par cette concentration des parts de marché dans de nombreux secteurs des assurances privées et en particulier dans l'assurance-vie, santé, accidents et biens en Allemagne. Ces parts de marché combinées resteront

cependant faibles et Winterthür devra faire face à une forte concurrence. IP(94)460

SIDMAR N.V./KLÖCKNER STAHL GMBH

Décision du 30 mai 1994.

Objet : autoriser l'acquisition par l'entreprise belge Sidmar d'une participation minoritaire dans l'entreprise allemande Klöckner Stahl pour ce qui concerne les produits des deux entreprises qui ne tombent pas sous le champ d'application du traité CECA.

Il n'y a pas de chevauchement entre Sidmar et Klöckner Stahl pour ce qui concerne ces produits (tubes et scories). La Commission a dès lors déclaré l'opération compatible avec le marché commun dans le cadre du règlement relatif au contrôle des concentrations.

Toutefois, l'opération concerne principalement des produits CECA et est également notifiée conformément aux règles du Traité CECA.

La présente décision n'a aucun impact sur les décisions de la Commission dans le cadre des Articles 65 et 66 et des règles concernant les aides d'état du Traité CECA. IP(94)461

MEDEOL/ELOSUA

Décision du 6 juin 1994.

Objet : autoriser l'acquisition par Medeol d'une participation majoritaire dans l'entreprise Elosua.

L'opération notifiée porte sur la concentration entre les deux principaux fournisseurs d'huiles alimentaires en Espagne, tant sur le marché de l'huile d'olive que sur le marché de l'huile de tournesol. La Commission a décidé de déclarer la concentration compatible avec le marché commun, compte tenu notamment de la possibilité pour les autres fournisseurs espagnols d'élargir leur part de marché en proposant des prix compétitifs. En effet, l'absence de barrières à l'accès à la distribution, le rôle limité des marques et de la publicité, l'importance des offres promotionnelles dans les points de vente ainsi que la flexibilité des chaînes d'embouteillage définissent une structure de marché ouvert à la concurrence.

IP(94)504

BSN/ST LOUIS (EURALIM)

Décision du 7 juin 1994.

Objet : autoriser l'acquisition du contrôle de Panzalin par BSN, entreprise commune nouvellement créée entre BSN et Euralim, filiale du groupe Saint-Louis.

L'opération regroupera l'ensemble des activités "plats cuisinés" des deux sociétés mères.

La Commission a considéré que l'opération n'était pas de

nature à créer ou renforcer une position dominante en France ou en Espagne sur le secteur des plats cuisinés, toutes technologies confondues (appertisé/conserves, surgelé et frais), ni d'ailleurs dans les secteurs ou segments de marché les plus étroits.

L'addition des parts de marché sur l'ensemble des secteurs ou segments considérés ne dépasse pas 22 %, à l'exception de sept d'entre eux pour lesquels les parts de marché combinées sont comprises entre 27 et 45%. Toutefois, compte tenu de la présence de concurrents puissants, de la puissance des acheteurs (grande distribution), de l'importance croissante des marques distributeurs et de l'existence de faibles barrières à l'entrée, ces nouvelles positions de marché de Panzalin en France et en Espagne restent compatibles avec le marché commun. IP(94)512

GKN/BRAMBLES/LETO RECYCLING

Décision du 7 juin 1994.

Objet : autoriser une concentration dans le secteur du traitement des déchets.

Le 2 mai 1994, GKN et Brambles, deux entreprises actives dans le secteur du traitement des déchets au Royaume-Uni, ont notifié l'acquisition commune de 50 % du capital de Leto Recycling, une entreprise active dans le traitement des déchets ménagers et de certains déchets toxiques aux Pays-Bas. Ni GKN, ni Brambles n'étaient actives en Hollande, l'opération a été déclarée compatible avec le marché commun. IP(94)511

SHELL/MONTECATINI

Décision du 8 juin 1994.

Objet : autoriser la création d'une filiale commune entre Shell et Montedison dans le domaine des polyoléfines.

La Commission a décidé d'autoriser la création de Sophia, une filiale commune de Shell Petroleum NV (NL) et Montedison Nederland NV, spécialisée notamment dans le polypropylène.

A l'issue de la phase préliminaire d'analyse, la Commission avait estimé que l'opération pouvait entraîner la création d'une position dominante dans le domaine de la technologie de production et dans celui de la production et de la vente d'un tel produit.

Les entreprises ont proposé des remèdes qui permettent à la Commission de juger cette concentration compatible avec le règlement communautaire sur les fusions. Il s'agit en premier lieu de maintenir la technologie de production de polypropylène de Montedison hors de la filiale commune dans une nouvelle entreprise. En outre, Montedison s'est engagé à se retirer de sa filiale commune de production Montefina avec Petrofina.

IP(94)509

AVESTA (II)

Décision du 9 juin 1994.

Objet : autoriser un changement dans l'actionnariat de Avesta Sheffield AB.

Le 4 mai 1994, la Commission s'est vue notifier l'opération par laquelle Axel Johnson sort du capital d'Avesta Sheffield, une entreprise active dans le secteur de l'acier inoxydable. En septembre 1992, la création d'Avesta Sheffield par NCC, Axel Johnson, AGA et British Steel avait fait l'objet d'une décision d'approbation. La Commission a estimé que le fait qu'AGA acquiert, du fait du désengagement d'Axel Johnson, un droit de veto sur les décisions stratégiques d'Avesta constituait une concentration, qu'elle a estimée compatible avec le marché commun.

IP(94)521

BANCO DE SANTANDER/BANESTO

Décision du 13 juin 1994.

Objet : autoriser l'achat par Banco de Santander de la participation de Fondo de Garantía de depósitos dans Banesto.

La Commission a autorisé une opération de concentration par laquelle Banco de Santander acquiert la participation de 73,45% que Fondo de Garantía de Depósitos détient dans Banco Español de Crédito (Banesto). Fondo de Garantía de Depósitos est un fond constitué par la Banque d'Espagne et la totalité du système bancaire espagnol pour garantir les dépôts bancaires et les opérations des banques en difficulté. Les marchés concernés par l'opération sont ceux des services bancaires et financiers principalement en Espagne et au Portugal (à travers la banque Totta & Açores et BCI), où la nouvelle entité sera le premier groupe financier privé. La présence de concurrents de taille nationale ainsi que de nombreux concurrents de dimension locale (banques locales, caisses d'épargne et agricoles, coopératives de crédit, etc) assure une concurrence vigoureuse dans le système financier espagnol et portugais. La Commission a donc décidé de ne pas s'opposer à l'opération.

IP(94)528

RHÔNE-POULENC/SNIA (NYLTECH)

Décision du 17 juin 1994.

Objet : autoriser la création d'une entreprise commune dans le secteur des plastiques techniques polyamides.

La Commission a approuvé la création d'une entreprise commune dénommée Nyltech entre la société Caffaro, filiale de la société Snia, appartenant elle-même au groupe Fiat, et le groupe Rhône-Poulenc SA. Nyltech regroupera l'ensemble des activités de Rhône-Poulenc et Caffaro dans le secteur des plastiques techniques au plan mondial, à l'exclusion de l'Amérique latine. Cette opération s'inscrit dans la ligne des concentrations précédemment approuvées par la Commission par lesquelles les deux groupes ont concentré leurs activités

dans les secteurs des fibres en polyamide pour tapis.

La Commission n'a pas tranché la question de savoir si les différentes catégories et qualités de plastiques techniques constituaient des marchés de produit distincts. Cependant, les effets de l'opération restent principalement limités au marché ouest européen des plastiques techniques de premier choix fabriqués à base de polyamide sur lequel la part de Nyltech n'excédera pas 25 %, alors que d'importants concurrents resteront présents. Nyltech n'aura qu'une présence marginale sur le marché des plastiques techniques fabriqués à base de polyester, polyacétal ou de polyamide de second choix.

IP(94)548

ROCHE/SYNTAX

Décision du 20 juin 1994.

Objet : autoriser l'offre publique d'achat de Syntex Corporation par le Groupe Roche.

La Commission a autorisé une concentration entre l'entreprise Roche et son concurrent américain Syntex dans les secteurs des produits pharmaceutiques et de biologie médicale. L'opération sera réalisée par offre publique d'achat amicale. Elle aura surtout des effets sur le marché américain.

L'enquête a démontré l'existence de certaines additions de parts de marché pour différentes catégories de produits pharmaceutiques. Toutefois, l'impact de la concentration se fera surtout sentir dans le secteur des produits de biologie médicale dans le segment des systèmes d'analyse permettant de déceler la consommation de médicaments et de drogues. La création ou le renforcement d'une position dominante n'est cependant pas possible pour les produits de biologie médicale. Il est à noter entre autres que la nouvelle entité Roche/Syntex devra faire face à l'entreprise américaine Abbott, premier fournisseur pour le marché global des produits de biologie médicale.

La Commission a dès lors conclu que l'opération ne donne pas lieu à des doutes sérieux quant à sa compatibilité avec le marché commun et l'Accord sur l'Espace Economique Européen.

IP(94)563

PROCTER&GAMBLE/VP SCHICKEDANZ (II)

Décision du 21 juin 1994.

Objet : autoriser l'acquisition par Procter&Gamble de VP Schickedanz sous condition de la cession de l'activité de produits d'hygiène féminine.

La Commission a décidé d'autoriser l'acquisition par Procter&Gamble (P&G) de VP Schickedanz (VPS), active dans les secteurs du papier ménager, de la protection sanitaire et de l'hygiène corporelle.

Le 17 janvier 1994, suite au retrait de sa notification initiale du 9 décembre 1993, P&G a notifié à la Commission son intention d'acquérir l'ensemble des activités de VPS, à

l'exception des activités couches pour bébés et serviettes hygiéniques féminines, marques distributeurs et marques secondaires.

A l'issue de la phase préliminaire d'analyse, la Commission a estimé que l'opération proposée soulevait des doutes sérieux quant à sa compatibilité avec le marché commun et le fonctionnement de l'Accord EEE.

A la suite de l'enquête approfondie de deuxième phase, la Commission a confirmé son analyse et a conclu que l'opération conduisait à la création d'une position dominante constituant une menace sérieuse pour la concurrence sur les marchés allemand et espagnol des serviettes hygiéniques féminines.

P&G a offert de céder l'activité de produits d'hygiène féminine de marque *Camelia* de VPS, dont les serviettes hygiéniques féminines. Cette cession est soumise à des délais stricts pendant lesquels la gestion et la vente de l'activité en cause sont confiées à un gestionnaire indépendant de P&G. L'acquéreur devra disposer de ressources financières et d'une expérience en matière de produits de grande consommation. La Commission aura le pouvoir de s'opposer à certains acheteurs potentiels même si P&G reste libre de choisir l'acheteur final.

La Commission a estimé que ces engagements étaient de nature à remédier entièrement aux problèmes de concurrence posés par cette concentration. IP(94)566

DAIMLER-BENZ AG/RWE AG

Décision du 20 juin 1994.

Objet : autoriser une concentration par laquelle Daimler-Benz et RWE mettent en commun leurs activités dans le secteur de l'énergie solaire.

L'opération proposée a pour objet la création d'une filiale commune nommée Angewandte Solarenergie AG (A.S.E.). La nouvelle entreprise sera active sur les marchés de l'énergie solaire pour l'utilisation sur terre et dans l'espace (satellites).

La Commission a considéré que les conditions de concurrence ne prêtaient pas à création ou renforcement d'une position dominante. Elle a notamment constaté que l'innovation jouait un grand rôle dans les marchés en cause. IP(94)561

ELECTROLUX/AEG

Décision du 21 juin 1994.

Objet : autoriser l'acquisition par AB Electrolux du contrôle unique de AEG Hausgeräte (AHG).

Le 17 mai 1994, Electrolux, propriétaire de 20 % des parts de AHG, a notifié son intention d'acquérir les 80 % restants.

Les marchés de produits concernés sont principalement les appareils ménagers (tels que frigos, machines à lessiver, cuisinières, etc) ainsi que les aspirateurs. Le marché géographique est l'Europe occidentale. Suite à la concentration, la part d'Electrolux dans chacun des marchés de produits n'excèdera pas 24 %. Plusieurs concurrents importants, de même que des groupements de distribution et d'achats importants, sont actifs sur ces marchés.

Compte tenu de l'augmentation des parts de marché déjà élevées détenues par Electrolux dans les pays scandinaves, en particulier la Suède, il a été considéré que la concentration proposée était un cas de coopération à examiner dans le cadre de l'Accord sur l'Espace Economique Européen. Malgré ces parts de marché élevées, la Commission a décidé de ne pas s'opposer à la concentration étant donné que les marchés ne sont plus considérés comme étant des marchés nationaux suite au processus d'intégration européenne. IP(94)576

POWERGEN/NRG ENERGY/MORRISON KNUDSEN/MIB

Décision du 27 juin 1994.

Objet : autoriser l'acquisition de Mibrag par PowerGen, NRG Energy et Morrison Knudsen.

Par cette opération, la Treuhandanstalt vend Mibrag, producteur de lignite dans l'ancienne Allemagne de l'Est, à PowerGen, NRG Energy et Morrison Knudsen. Le vendeur de Mibrag est la Treuhandanstalt. PowerGen est actif dans le secteur de la production d'électricité au Royaume-Uni. NRG Energy et Morrison Knudsen sont actifs dans le secteur de l'équipement énergétique aux Etats-Unis. Les marchés sur lesquels les parties sont actives sont distincts car, bien que Mibrag et PowerGen soient producteurs d'électricité, ils agissent sur des marchés géographiques complètement séparés. La Commission a dès lors décidé de ne pas s'opposer à l'opération notifiée et de la déclarer compatible avec le marché commun et avec le bon fonctionnement de l'Accord EEE. IP(94)586

AGF/ASSUBEL

Décision du 27 juin 1994.

Objet : autoriser une concentration dans le secteur des assurances.

La Commission a autorisé une opération par laquelle AGF International S.A. (AGF) acquiert le contrôle de l'ensemble de Delta Capital S.A., société de droit belge qui détient 56,5 % d'Assubel-Vie. Le protocole d'accord prévoit les opérations successives qui aboutiront à une situation finale dans laquelle AGF Benelux détiendra le contrôle de Delta Capital qui regroupera l'ensemble des activités exercées au travers des sociétés AGF Belgium, l'Escaut et Assubel-Vie. Les autres actionnaires de Delta Capital seront Assubel AT et ARAG.

L'incidence de l'opération est principalement limitée aux marchés de l'assurance-vie, de l'assurance-dommages et de la banque, spécialement en Belgique et au Luxembourg. Aucun problème de concurrence n'est à prévoir compte tenu de la situation concurrentielle des marchés belges et luxembourgeois des assurances et de la banque et de l'existence d'autres groupes qui ont une part de marché supérieure ou égale à la nouvelle entité. L'opération a dès lors été déclarée compatible avec le marché commun.

IP(94)588

TRACTEBEL/SYNATOM

Décision du 30 juin 1994.

Objet : autoriser la prise de contrôle de Synatom par Tractebel.

Tractebel, société holding belge, filiale de la Société Générale de Belgique, ayant des intérêts diversifiés en Belgique et à l'étranger dans les secteurs de l'électricité, du

gaz, de la gestion des déchets et de l'ingénierie notamment, a notifié à la Commission l'achat de la participation de 50 % détenue par l'état belge dans le capital de Synatom.

Par cette opération, Tractebel acquiert le contrôle exclusif de Synatom, entreprise belge qui approvisionne en uranium enrichi les centrales nucléaires belges et dont elle détenait déjà la moitié du capital et cela sans préjudice des prérogatives que conservera l'état belge dans Synatom à travers la détention d'une action spécifique ("golden share") compte tenu de la défense de l'intérêt public dans un secteur réglementé.

Etant donné que Synatom ne dispose pas d'un monopole légal en Belgique, que ses seuls clients sont Electrabel, filiale de Tractebel, et d'autres entreprises associées à Electrabel dans la production d'électricité d'origine nucléaire en Belgique et que la possibilité de nouveaux entrants en Belgique n'est pas envisageable dans un avenir prévisible, étant donné notamment le moratoire en vigueur concernant le nucléaire, l'opération est compatible avec le marché commun.

IP(94)599

Other relevant Press Releases

The full texts of Commission's Press releases are available on-line from the RAPID database, on the day of their publication by the Commission's Spokesman's Service. To obtain access to RAPID, please write to:

EUR-OP EUROBASES, c/o European Commission,

200 rue de la Loi, B-1049 BRUSSELS

tel. +322 295 00 01 or 03, fax. +322 296 06 24

IP/94/407: THE COMMISSION AUTHORIZES A JOINTLY OPERATED LINEAR POLYETHYLENE PLANT BETWEEN EXXON AND SHELL IN THE PETROCHEMICAL SECTOR

IP/94/413: COMMISSION ADOPTS ITS 23TH ANNUAL COMPETITION REPORT : A COMPREHENSIVE ANALYSIS OF THE COMMISSION ACTIVITIES

IP/94/627: COMMISSION AUTHORIZES THE ACQUISITION BY HOLDERBANK OF THE CEMENT ACTIVITIES OF CEDEST AND REFERS THE

READY-TO-USE CONCRETE ASPECT OF THE CASE TO THE COMPETENT FRENCH AUTHORITIES

IP/94/675: COMMISSION OPENS IN-DEPTH INVESTIGATION IN THE CASE MSG MEDIA SERVICE

IP/94/685: PROCTER & GAMBLE FULFILLS CONDITIONS ATTACHED TO ITS ACQUISITION OF VP SCHICKEDANZ

IP/94/692: ACQUISITION OF A PART OF THE ACTIVITIES OF MINEMET HOLDING BY PECHINEY

Court Judgements

These summaries of Court Judgements have been prepared by DG IV officials and represent their *personal views* on the Judgement. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or DG IV's views. The CELEX document numbers for these Judgements are also included within brackets.

Arrêt du Tribunal du 24 mars 1994 Air France/Commission (Aff. T-3/93) Règlement n° 4064/89 - notion de décision - concentration de dimension communautaire

Le Tribunal a rendu le 24 mars 1994 son deuxième arrêt concernant l'application du règlement n° 4064/89, sur le contrôle des concentrations. Il y apporte d'intéressantes précisions sur l'appréciation de la notion de concentration de

dimension communautaire, mais se prononce également sur d'importantes questions procédurales, notamment sur la notion de décision de la Commission susceptible de faire l'objet d'un recours en annulation.

Le litige est né du rachat par British Airways (BA) de la société britannique de transport aérien Dan Air. Ce rachat n'a pas été notifié à la Commission, mais des contacts officiels ont eu lieu, qui ont abouti à une déclaration, en date du 30 octobre 1992, du porte-parole du Commissaire en charge des questions de concurrence. Selon cette déclaration, la Commission considérait que l'opération de concentration entre BA et Dan Air ne présentait pas de dimension communautaire et ne nécessitait donc pas de notification.

Il apparaissait en effet que le seuil de 250 millions d'écus de chiffre d'affaire exigé par son article 1er pour l'application du règlement n'était pas atteint par Dan Air, dans la mesure où cette société avait, conformément à l'accord de rachat passé avec BA, abandonné ses activités "charter" et vendu ses actifs y afférents.

C'est dans ce contexte que la société Air France a demandé au Tribunal l'annulation de la décision de la Commission du 30 octobre 1992.

Contre ce recours la Commission a présenté une exception d'irrecevabilité en se fondant notamment sur le fait que la déclaration attaquée ne présentait pas le caractère d'une décision susceptible de faire l'objet d'un recours en annulation.

Il appartenait dès lors au Tribunal, avant d'examiner le fond de l'affaire, de se prononcer sur cette question de procédure. C'est au terme d'une analyse minutieuse des arguments développés par la Commission que le Tribunal va rejeter l'exception d'irrecevabilité.

Le Tribunal va ainsi, tout d'abord, reconnaître le caractère décisionnel de la déclaration attaquée. Après avoir rappelé la jurisprudence de la Cour selon laquelle "constituent des actes ou décisions susceptibles de faire l'objet d'un recours en annulation, les mesures produisant des effets juridiques obligatoires, de nature à affecter les intérêts du requérant, en modifiant de façon caractérisée la situation juridique de celui-ci" (C.J.C.E., 11 novembre 1981, IBM/Commission, 60/81, Rec. p. 2639), le Tribunal va démontrer que la déclaration en litige répond à cette définition.

Il estime que cette déclaration produit des effets juridiques à l'égard des Etats membres, notamment de ceux dont le territoire est plus spécialement concerné, compte tenu de la localisation des opérateurs économiques parties à l'accord. Ces Etats ont pu considérer que la déclaration de la Commission les autorisait à faire application de leur législation nationale sur le contrôle des concentrations. Il en est de même à l'égard des entreprises parties à l'opération de concentration, dans la mesure où la déclaration a eu pour effet, selon le Tribunal, de les dispenser de notifier leur accord à la Commission, rendant donc possible, dès son intervention, l'acquisition de Dan Air par BA.

Le Tribunal, qui conclut ainsi au caractère décisionnel de l'acte attaqué, fournit, au fil de son analyse, d'autres précisions intéressantes. Il distingue, de la déclaration du 30 octobre 1992, les correspondances adressées à BA par la Merger Task Force. Ces correspondances, qui précisaient

qu'elles n'engageaient que les services de la Commission et non le Collège des Commissaires dans son ensemble, présentaient, selon le Tribunal, le caractère de lettres de classement et ne sauraient faire l'objet d'un recours en annulation. Le Tribunal estime encore que les effets de la déclaration attaquée sont identiques à ceux résultant d'une décision formelle de la Commission, tant du point de vue des parties à l'accord projeté que des tiers, en particulier de leurs concurrents, et des Etats membres. Le Tribunal précise également que, contrairement à ce que soutenait la Commission, l'application du règlement ne pouvant dépendre de la seule volonté des parties, la Commission est nécessairement compétente pour intervenir, même en l'absence de notification.

Le Tribunal répond ensuite aux autres arguments de procédure invoqués par la Commission. Il rappelle en particulier que, dès lors que, conformément à la jurisprudence de la Cour, "le choix de la forme ne peut changer la nature de l'acte" (5 mai 1977, Honig, 101/76, Rec. p. 797), il importe peu que la déclaration n'existe que sous forme orale et n'ait été matérialisée par aucun document écrit. De même, les mesures de publicité données à la déclaration, étant étrangères à l'acte lui-même, sont sans incidence sur sa légalité.

En second lieu, le Tribunal estime que le fait pour Air France de ne pas avoir, préalablement à son recours, mis en demeure la Commission de contraindre BA à notifier l'opération n'est pas une cause d'irrecevabilité du recours, dès lors que pour le Tribunal l'existence d'une telle voie de droit n'est pas exclusive d'une requête en annulation.

Le Tribunal considère, enfin, qu'Air France est directement et individuellement concernée par la décision attaquée au sens de l'article 173 alinéa 2 du traité tel qu'interprété par la Cour. Air France est directement concernée par la décision de ne pas reconnaître la concentration en cause comme ayant une dimension communautaire, comme tous les concurrents de BA, en raison des effets juridiques immédiats de cette décision sur les marchés concernés par la concentration, ainsi que sur les droits procéduraux des tiers. Elle est individuellement concernée par la déclaration, sa situation étant nettement caractérisée par rapport à d'autres transporteurs aériens internationaux, car les lignes exploitées par Dan Air avant son rachat concernaient principalement les relations entre la France et le Royaume-Uni.

Concluant ainsi à la recevabilité du recours, le Tribunal devait alors étudier le fond de l'affaire.

Air France contestait la position de la Commission selon laquelle le rachat de Dan Air par BA n'avait pas de dimension communautaire. La différence d'appréciation résultait du fait que la Commission refusait de prendre en compte le chiffre d'affaires réalisé au titre de l'activité "charter" de Dan Air, au motif que cette activité avait été abandonnée antérieurement à l'opération de concentration (cessation partielle d'activités).

A l'appui de sa demande, Air France soutenait que le chiffre d'affaires à prendre en considération était celui réalisé au

cours du dernier exercice et que l'article 5 paragraphe 2 du règlement, qui permet de ne prendre en compte qu'une partie du chiffre d'affaire, ne s'applique qu'en cas de cession partielle d'activités et à la condition que celles-ci soient poursuivies.

Pour répondre à cette argumentation, le Tribunal, se livrant à l'étude du contrat d'acquisition, souligne qu'en subordonnant la date d'effet de l'accord à la réalisation, notamment, de la condition prévue à son article 4.1.5 (la cessation des activités "charter" de Dan Air), les parties ont clairement entendu exclure le secteur d'activité "charter" de l'objet du contrat d'acquisition.

Le Tribunal entreprend ensuite une analyse de l'article 5 paragraphe 2 du règlement, dont il considère que la finalité est de saisir la dimension réelle de l'opération de concentration, afin de déterminer, eu égard aux parties

d'entreprise effectivement acquises, si l'opération projetée est ou non de dimension communautaire. Au regard de cette finalité, le Tribunal estime que les notions de "cession partielle" et de "cessation partielle" d'activités sont assimilables. Il en conclut que seul le chiffre d'affaires se rapportant aux parties de l'entreprise effectivement acquises doit être pris en compte pour apprécier la dimension de l'opération.

De ce fait, alors qu'il n'est pas contesté que, sans tenir compte de la part ressortissant aux activités "charter", le chiffre d'affaire de Dan Air est inférieur au seuil d'intervention du règlement, le Tribunal rejette logiquement ce moyen.

Il écarte enfin rapidement les trois derniers moyens d'Air France tirés de la violation des principes généraux de sécurité juridique, de bonne administration et d'égalité.

V. JORIS et E. CABAU [693A0003]

**Arrêt du Tribunal du 19 mai 1994 - Air France c/ Commission (Aff. T-2/93)
Règlement 4064/89 - Contrôle unique ou conjoint - définition du marché**

Le Tribunal a rendu le 19 mai 1994 son troisième arrêt concernant l'application du règlement 4064/89 sur le contrôle des concentrations. Comme dans l'affaire concernant le rachat de Dan Air (arrêt du 24 mars 1994, Aff. T-3/93), la société Air France ("AF") attaquait une décision de la Commission autorisant une opération de concentration impliquant British Airways ("BA").

Les faits à l'origine de ce litige concernent l'acquisition par BA de 49,9 % du capital de la compagnie de transports aériens TAT European Airlines ("TAT EA"), le reste du capital continuant à être détenu par TAT SA ("TAT") mais faisant l'objet d'une option d'achat, pouvant être levée par BA à tout moment jusqu'au 1er avril 1997. Un accord d'actionnaire, conclu entre BA et TAT, prévoit la répartition du pouvoir au sein de TAT EA.

Au vu de ces éléments, la Commission a rendu une décision de compatibilité de l'opération de concentration avec le marché commun. Refusant d'envisager la réalisation de l'option d'achat comme certaine, elle a considéré que l'opération de concentration donnait lieu à un contrôle conjoint de TAT EA par TAT et BA.

Après avoir constaté la dimension communautaire de l'opération, la Commission a examiné la position des parties sur les deux lignes aériennes communes aux deux compagnies, dont elle a décidé que chacune pouvait être considérée comme un marché pertinent à prendre en considération. Globalement, l'opération permet au nouveau groupe de contrôler 58,6 % du marché sur la route Londres-Lyon (45,3 % pour BA et 13,3 % pour TAT EA) et 52,2 % du marché sur la route Paris-Londres (49,5 % pour BA et 2,7 % pour TAT EA).

La Commission en a conclu que la position ainsi conférée à BA est susceptible d'entraver la concurrence sur les routes concernées, d'autant plus qu'il n'existe plus de créneaux horaires disponibles en partance de Londres. Au vu

cependant de l'engagement pris par les parties de céder un certain nombre de créneaux horaires aux compagnies désireuses d'exploiter les routes concernées, la Commission a décidé que l'opération en cause ne soulève pas de doutes sérieux quant à sa compatibilité avec le marché commun.

La société Air France invoque quatre moyens au soutien de sa demande en annulation. Avant de les étudier, le Tribunal se prononce sur la recevabilité de son action. Il considère, comme il l'a fait dans son précédent arrêt concernant Air France, que cette dernière est bien directement et individuellement concernée par la décision attaquée, au motif notamment que la Commission a constamment fait référence dans sa décision à la position d'Air France pour apprécier la situation concurrentielle sur les marchés considérés.

Sur le fond, Air France conteste, en premier lieu, l'analyse de la Commission selon laquelle c'est une entreprise commune qui est née de l'opération de concentration. Pour Air France, il faut considérer que, notamment à la lumière des objectifs économiques d'ensemble de BA et de l'option de rachat, il s'agit en réalité d'une prise de contrôle de TAT EA par BA.

Le Tribunal considère tout d'abord que le moyen est recevable dans la mesure où l'appréciation de l'opération de concentration aurait pu être différente s'il s'était agi d'un contrôle unique plutôt que d'un contrôle commun.

Après avoir rappelé l'article 3, paragraphe 3 du règlement, qui définit le contrôle commun comme "la possibilité d'exercer une influence déterminante sur l'activité d'une entreprise", le Tribunal se livre, afin d'apprécier le caractère réel de l'opération de concentration, à une analyse détaillée de l'accord entre BA et TAT.

Il remarque que TAT conserve 50,1 % du capital et qu'aucune décision majeure ne peut être adoptée par le Conseil d'administration de TAT EA sans l'accord d'au moins

un membre de TAT. Il en conclut que, selon ces propres termes, "même si BA exerce une influence substantielle qui ira même en croissant, c'est à juste titre que la Commission a conclu à l'existence d'un contrôle conjoint".

L'existence d'une option de rachat ne modifie en rien cette conclusion. En effet, selon le Tribunal, "l'appréciation d'une opération de concentration doit être effectuée uniquement sur la base des circonstances de fait et de droit existantes au moment de la notification de cette opération et non sur la base d'éléments hypothétiques dont la portée économique ne peut pas être évaluée au moment où intervient la décision". La levée de l'option présentant un caractère hypothétique, c'est à juste titre que la Commission ne l'a pas prise en compte dans son appréciation de l'opération.

Dans son deuxième moyen, la société Air France conteste la définition du marché en cause retenue par la Commission pour apprécier la création ou le renforcement d'une position dominante.

Elle fait grief à la Commission de n'avoir pris en compte que les deux routes Paris-Londres et Paris-Lyon, en négligeant la réalité économique du réseau européen de BA, qui impose de prendre en considération l'ensemble du marché du transport aérien international intra-communautaire. Ainsi, selon Air France, l'opération en cause permet à BA de drainer, grâce à TAT EA, une clientèle française vers Londres, pour la faire bénéficier de ses services de transport aérien international.

Le Tribunal commence par donner son interprétation de l'article 2, paragraphe 2 du règlement. Selon lui, "la Commission est tenue de déclarer une opération de concentration compatible avec le marché commun dès lors que deux conditions sont remplies, la première étant que l'opération en cause ne crée ni ne renforce une position dominante et la seconde que la concurrence sur le marché commun ne soit pas entravée de manière significative par la création ou le renforcement d'une telle position. En l'absence de création ou de renforcement d'une position dominante, l'opération doit donc être autorisée sans qu'il soit nécessaire d'examiner les effets de l'opération sur la concurrence effective."

Pour chaque affaire, il appartient à la Commission d'évaluer la position dominante et de définir le marché pertinent. En l'espèce, le Tribunal considère, en réponse à l'argumentation

développée par Air France, que la détermination du marché effectuée par la Commission, qui a examiné les deux routes sur lesquelles existait une imbrication des services et a étudié leur substituabilité, est conforme aux principes indiqués par la Cour dans son arrêt Ahmed Saeed (arrêt du 11 avril 1989, 66/86, Rec. p. 803). De plus, le Tribunal constate que dans sa décision, la Commission apprécie, bien que de manière brève, les effets de la concentration de façon plus globale sur les opérations internationales. Enfin, le Tribunal relève, de façon particulièrement intéressante, qu'en tout état de cause, Air France n'ayant pas démontré en quoi la Commission aurait commis une erreur d'appréciation en constatant que l'opération en cause ne créait ni ne renforçait une position dominante sur le marché défini par la Commission ou par elle-même, ne saurait contester la légalité de la décision de la Commission de déclarer l'opération compatible avec le marché commun.

Dans son troisième moyen, Air France invoque la violation par la Commission de l'article 190 du traité, celle-ci ayant omis de motiver sa décision de ne pas prendre en compte la définition du marché qu'elle invoquait.

Le Tribunal rejette ce moyen en rappelant la jurisprudence de la Cour selon laquelle il n'est pas exigé de la Commission qu'elle discute tous les points de fait et de droit qui ont été soulevés par chaque intéressé au cours de la procédure administrative. En l'espèce, la décision de la Commission est donc suffisamment motivée en fait et en droit.

Par son quatrième moyen, Air France invoque la violation du principe de la confiance légitime. Elle prétend que si l'opération, ou son éventualité, avait été connue, la conclusion de l'accord intervenu entre la Commission, le gouvernement français et Air France, par lequel ces derniers s'engageaient à se désinvestir de TAT, n'aurait pas été possible.

Le Tribunal rejette ce moyen. Conformément au principe selon lequel un acte de portée générale ne peut être modifié implicitement par une décision individuelle, une institution communautaire ne peut pas être forcée, au titre du principe de la protection de la confiance légitime, d'appliquer une réglementation communautaire contra legem.

De plus, en l'espèce, la Commission n'avait pris aucun engagement lors de l'accord conclu avec le gouvernement français et Air France. E. CABAU [693A0002]

Ordonnance du Président du Tribunal du 10 Mai 1994 - Affaire T-88/94 R

Contrôle des opérations de concentration - Procédure de référé - Sursis à exécution - Mesures provisoires

Une ordonnance du président du Tribunal de Première instance du 10 mai 1994 explicite les conditions dans lesquelles, dans le cadre du contrôle des opérations de concentration, le sursis à l'exécution d'une décision de la Commission peut être accordé.

La Commission avait rendu le 14 décembre 1993 une décision déclarant conforme au règlement n° 4064/89, relatif au contrôle des opérations de concentration entre entreprises,

le regroupement des activités "potasses" et "sel gemme" entre les sociétés Kali und Salz AG ("K+S") et Mitteldeutsche Kali AG ("MdK") dans une entreprise commune.

La Commission subordonnait cependant son autorisation à certaines conditions. En particulier, l'entreprise commune nouvellement créée et K+S devaient mettre un terme à leur collaboration en matière de distribution, pour les produits

concernés par la fusion, avec l'Entreprise minière et chimique ("EMC") et sa filiale, la Société commerciale des potasses et de l'azote ("SCPA"). Cette collaboration était mise en oeuvre par le biais d'entreprises communes de distribution et de contrats de représentation.

La Commission demandait ainsi à K+S et à l'entreprise commune de se retirer de la société Kali-Export, une société que ces sociétés contrôlaient avec SCPA et par laquelle elles collaboraient à l'exportation hors de la Communauté de leurs produits. De même, la distribution en France par SCPA de la potasse produite par K + S devait prendre fin.

Enfin, K+S s'était engagée à adapter la structure de la société Potacan, entreprise commune à EMC et elle, afin que les deux sociétés soient en mesure de commercialiser la potasse produite par Potacan de façon indépendante sur le marché communautaire.

Conformément à ce dernier engagement, K+S et EMC avaient notifié à la Commission, en juillet 1993, leurs accords relatifs à Potacan. A la suite de cette notification, la Commission avait, le 1er décembre 1993, envoyé une communication de griefs à K+S et EMC, leur reprochant d'avoir violé les dispositions de l'article 85 du traité CE.

C'est dans ce contexte que, le 28 février 1994, les sociétés SCPA et EMC ont introduit un recours visant à l'annulation partielle de la décision de la Commission du 14 décembre 1993, autorisant la création de l'entreprise commune. Le même jour, les requérantes ont introduit, en vertu des articles 185 et 186 du traité CE, (1) une demande tendant à ce que soit ordonnée la suspension de la procédure engagée par la Commission relative à la société Potacan et (2) une demande de sursis à l'exécution de la décision attaquée en ce qu'elle propose à K+S, d'une part, de vendre ces parts et/ou de se retirer de Kali-Export, et d'autre part de résilier les relations contractuelles de distribution la liant à SCPA.

Le juge des référés va rejeter de façon très nette la première demande. Selon l'article 104 § 1 du règlement de procédure du Tribunal, d'une part, une demande de sursis à l'exécution d'un acte d'une institution n'est acceptable que si le demandeur a attaqué cet acte dans un recours devant le Tribunal, et d'autre part, les demandes relatives à toute autre mesure provisoire ne sont recevables que si de telles demandes émanent d'une partie à une affaire dont le Tribunal est saisi et si elles se réfèrent à ladite affaire.

Le juge constate qu'en l'espèce aucune de ces conditions n'est remplie. En particulier, les requérantes n'ont pas, dans leur recours principal, attaqué l'acte par lequel la Commission a engagé la procédure dans l'affaire Potacan. La demande est de ce fait déclarée irrecevable.

S'agissant des autres demandes, le président a rappelé à titre liminaire que le caractère urgent d'une demande en référé doit s'apprécier par rapport à la nécessité qu'il y a de statuer provisoirement afin d'éviter qu'un préjudice grave et irréparable ne soit occasionné à la partie qui sollicite la mesure provisoire. C'est à la partie qui sollicite le sursis à exécution qu'il appartient d'apporter la preuve qu'elle ne saurait attendre l'issue de la procédure au principal sans avoir à subir un préjudice qui entraînerait des conséquences graves et irréparables dans son chef.

Sur la demande de sursis à l'exécution de la décision en ce qu'elle impose à K + S de résilier les relations contractuelles de distribution qui la lient à SCPA, le président l'a jugée sans objet. A l'appui de cette demande, les requérantes faisaient valoir le préjudice grave résultant de l'obligation de mettre fin au contrat relatif à la vente en France de produits magnésiens (la kiesérite), dont K + S est le seul producteur en Europe. Mais, à première vue, la décision litigieuse ne prévoit aucune obligation pour K + S de mettre fin à ses contrats avec SCPA en ce qui concerne les produits autres que la potasse et les spécialités de potasse, et la kiesérite ne contient pas de potasse.

S'agissant de la condition relative à l'obligation pour K + S de vendre ses parts et/ou de se retirer de Kali-Export, le président du Tribunal a estimé que les éléments en sa possession ne lui permettaient pas d'apprécier la réelle portée de l'engagement pris par les parties à l'opération de concentration à l'égard de la Commission - dont celle-ci a fait une condition de la décision - et en particulier d'en connaître les conséquences sur les droits des tiers, comme les requérantes afin de pouvoir analyser l'existence éventuelle d'un risque de préjudice grave et irréparable pour ceux-ci. Il a dès lors ordonné aux parties de transmettre au Tribunal les éléments d'information pertinents lui permettant de vérifier si et dans quelle mesure l'engagement pris par K + S et l'entreprise commune relativement à leur retrait de Kali-export impliquait la dissolution de celle-ci.

V. JORIS et E. CABAU[694b0088]

Ordonnance du Président du Tribunal, du 15 juin 1994, SCPA et EMC (aff. T-88/94 R - Kali + Salz)
Contrôle des concentrations - Procédure de référé - Sursis à exécution

Par son ordonnance du 15 juin 1994, le Président du Tribunal de Première instance clot la procédure de référé dans l'affaire dite Kali + Salz (SCPA et EMC - aff. T-88/94 R).

Il prend en effet position sur l'objet de la demande de sursis à l'exécution de la décision de la Commission, du 14 décembre 1993, déclarant, sous certaines conditions et charges, compatible avec le marché commun la concentration résultant de la création d'une entreprise commune regroupant

les activités "potasse" et "sel gemme" de Kali + Salz (K + S) et d'une autre entreprise, Mitteldeutsche Kali (MdK)), non tranché par sa 1ère ordonnance dans cette affaire, du 10 mai 1994.

Le point non tranché par cette ordonnance concernait la demande de SCPA et d'EMC de surseoir à l'exécution de la décision en ce qu'elle imposait à K + S de vendre ses parts et/ou de se retirer de Kali-Export, société chargée de vendre

la potasse, produite notamment par K + S et EMR, en dehors de la Communauté. Par l'ordonnance du 10 mai, le président du Tribunal avait ordonné aux parties de transmettre au Tribunal les éléments d'information permettant de vérifier si et dans quelle mesure l'engagement, pris par K + S et l'entreprise commune, de se retirer de Kali-Export impliquait la dissolution de cette dernière.

Après avoir reçu les statuts de Kali-Export, ainsi que des lettres échangées entre K + S, d'une part, et SCPA et le troisième associé de Kali-Export, l'entreprise espagnole Coposa, d'autre part, le juge des référés s'est estimé suffisamment éclairé pour se prononcer.

Il a d'abord jugé que l'engagement pris par K + S et l'entreprise commune de se retirer de Kali - Export impliquait bien la dissolution de cette dernière. Certes, l'analyse des statuts de Kali - Export ne permet pas de conclure, à première vue, que le retrait d'un ou plusieurs associés de Kali-Export implique nécessairement la dissolution de celle-ci, dès lors que les autres associés ont la possibilité de décider sa continuation.

Mais, dans la pratique, le retrait de K + S et de l'entreprise commune de Kali - Export, implique la dissolution de celle-ci, les autres associés ne disposant pas de possibilités réelles d'éviter une telle dissolution, du fait de la combinaison des raisons suivantes: K + S et l'entreprise commune détiennent ensemble 50 % des parts de Kali - Export et ni SCPA ni Coposa, qui détiennent chacun 25% des parts, n'a voulu acheter les parts de K + S et de l'entreprise commune; à supposer que SCPA ait racheté des parts, il aurait encore fallu, pour que Kali - Export continue d'exister, que Coposa fasse de même, ce qui n'a pas été le cas; la structure du marché rend très difficile, voire impossible, que d'autres partenaires puissent remplacer K + S et l'entreprise commune; K + S et M & K représentant 76 % environ du financement de la société au 30 avril 1993, le fonctionnement de celle-ci serait gravement compromis sans leur participation.

Puis le Président du Tribunal a rappelé que l'engagement de K + S et de l'entreprise commune de se retirer de Kali - Export constitue une condition imposée par la décision litigieuse.

C'est à la lumière de ces considérations que le Président, en tant que juge des référés, a analysé si les conditions permettant, en droit, l'octroi de la mesure provisoire sollicitée se trouvaient réunies.

Suivant le règlement de procédure du Tribunal, les demandes relatives à des mesures provisoires doivent spécifier les circonstances établissant l'urgence, ainsi que les moyens de fait et de droit justifiant à première vue l'octroi de la mesure

à laquelle elles concluent. Les mesures demandées doivent présenter un caractère provisoire, en ce sens qu'elles ne doivent pas préjuger la décision sur le fond.

Concernant le fumus boni juris, le juge des référés considère que les moyens des requérantes ne sont pas, à première vue, dépourvus de tout fondement. Pour les requérantes, l'imposition du retrait de K + S et de l'entreprise commune de Kali-Export n'est ni nécessaire, ni appropriée pour maintenir une concurrence effective, au sens de l'article 2 § 2 du règlement n° 4064/89, dès lors que la coopération au sein de Kali-Export ne concerne que les ventes en dehors de la Communauté. Pour le président du Tribunal, si l'analyse de ces éléments ne saurait être faite de façon approfondie dans le cadre du référé, l'on ne saurait exclure que la condition du retrait en cause soit de nature à léser les droits des autres associés de Kali-Export, dont SCPA, qui n'étaient pas parties à la procédure devant la Commission.

Sur le risque de préjudice grave et irréparable, le Président du Tribunal rappelle, de manière générale, que la condition de l'urgence s'apprécie par rapport à la nécessité de statuer provisoirement, afin d'éviter qu'un préjudice grave irréparable ne soit occasionné à la partie qui sollicite la mesure provisoire et que c'est à celle-ci qu'il appartient de prouver qu'elle ne saurait attendre l'issue de la procédure au principal sans subir le préjudice en question. Il rappelle aussi qu'en l'espèce est en cause la demande de sursis à exécution de la décision du 14 décembre 1993 en ce qu'elle impose à K + S de vendre ses parts et/ou se retirer de Kali-Export, ce qui reviendrait à suspendre l'exécution d'un engagement pris par K + S et l'entreprise commune et, par la même, à prolonger une situation susceptible, d'après la décision, d'empêcher une concurrence effective.

En présence d'une telle situation de fait et de droit, il incombe au juge des référés de mettre en balance, d'une part, l'intérêt d'une bonne administration de la justice et, d'autre part, les intérêts des parties, y compris l'intérêt qu'a la Commission à rétablir une concurrence effective, de façon à éviter, tout à la fois, la création d'une situation irréversible et la survenance d'un préjudice grave et irréparable dans le chef d'une des parties au litige ou encore pour l'intérêt public.

Au terme de cette analyse, le Président considère, que contrairement à la dissolution d'une société, laquelle comporte, pour ses associés, en l'occurrence pour SCPA, des risques d'évolution des conditions d'accès au marché international tels qu'il existe des raisons sérieuses de croire qu'il serait très difficile, voire impossible, de les rétablir ultérieurement, au cas où il serait fait droit au recours au principal, le rétablissement d'une concurrence effective sur le marché n'est pas mis en cause, en l'espèce, par un sursis temporaire à l'exécution de la condition sous examen imposée par la décision litigieuse. V. JORIS [694b0088]

Liberalisation & State Intervention

Application of Article 90 EEC

Main developments between 1st April and 28th July 1994

Summary of most important recent developments

by Brona Carton, DG IV-B-5

On 1 June 1994, an internal reorganization took effect within DG IV, with the disbandment of unit A.4, which was responsible for the application of the competition rules to public undertakings and state monopolies. Issues formerly dealt with within unit A.4 will now be handled by the operational units in Directorates B, C and D (restrictive practices, abuse of dominant positions and other distortions of competition).

The legal interpretation of Article 90 has become much clearer over recent years, and is being applied on a regular basis. In such circumstances it is appropriate to benefit from the synergies available by merging the officials responsible in the past for examining cases in this area, with the units in DG IV that possess in-depth knowledge of the sectors in question. The coordination unit of A-3 ensure a harmonious approach in this area by the Commission across all sectors.

At the same time, a new unit was set up within Directorate B which will deal specifically with the application of Articles 85, 86 and 90 in the telecommunications and postal sectors, given the important developments expected in these areas over the foreseeable future.

DG IV is continuing to deal with a number of individual complaints relating to state measures in favour of public undertakings or state monopolies, as well as broader areas for legislation.

In particular, the draft satellites directive has this year been considered by the Council, the European Parliament and the Economic and Social Committee.

The draft directive has two main aims. Firstly, it extends the application of the telecommunications terminal equipment (Commission Directive on competition in the markets in telecommunications terminal equipment, OJ L 131 of 27.5.88) and services (Commission Directive on competition in the markets for telecommunications services, OJ L 192 of 24.7.90) directives to satellite communications. As the draft directive does not relate to the liberalization of voice telephony by satellite, its effects are limited to only a portion of satellite communications, which in turn account for a negligible amount of the turnover of the Member States telecommunications operators. Secondly, the draft directive will clarify the notion of special rights in the two

telecommunications directives, which had been annulled by the Court of Justice in this regard for lack of motivation. The discussions in Council and Parliament concentrated for the main part on this latter aspect.

The Commission received their observations by the end of April and since then the text has been reconsidered in several respects in the light of these observations. The amended text will be delivered to the Commission for adoption by early autumn.

At its meeting of 7 December 1993, the Council adopted a resolution (Council Resolution on the development of Community postal services, OJ C 48 of 16.2.94) in the light of the Commission's guidelines for the development of the postal sector (COM (93) 247 final) of 2 June 1993. The Commission had taken an approach based on a combination of harmonization and liberalization measures, guaranteeing a high quality universal service in the Member States while at the same time assuring greater liberalization of the postal sector. DG IV has been developing specific measures intended to delimit the scope of the area that may be reserved by the Member States for their universal service providers, and, consequently, the areas of activity which should be open to competition. Work in this area should be completed in time for the next telecommunications Council (currently scheduled for 17 November 1994).

Following Commissioner Van Miert's announcement in August 1993 of a Community initiative aimed at preventing the market opening already achieved in the air transport sector being undermined by restrictions on ground handling at airports, the Commission launched a public consultation on the matter. A consultation document (SEC (93) 1696 final) of 14 December 1993 anticipated the partial or total liberalization of certain ground handling services in airports serving more than two million people or through which more than 50,000 tonnes of freight pass each year. The Commission has received comments from various interested parties and in the light of these, measures are currently being developed which are aimed at opening up different aspects of this market.

Finally, in the energy sector, the Commission has lodged infringement proceedings under Article 169 with the Court of Justice in cases taken against France, Italy, Spain, The

Netherlands and Ireland in respect of the maintenance by them of monopolies over imports and exports of electricity and, in the case of France, gas.

A common energy policy does not yet exist and for this reason the Commission has not attacked the monopolies for

the marketing of electricity or gas which exist in most Member States. Nonetheless despite the absence of a common policy, it considers that in the context of the single market, trade between Member States should not be restricted and electricity and gas should not be excluded from the free movement of goods.

Court Judgements

LA COUR DE JUSTICE SE PRONONCE SUR L'APPLICABILITE DES REGLES DE CONCURRENCE AU SECTEUR DE L'ELECTRICITE

Arrêt de la Cour du 27 avril 1994, aff. C.393/92 "Commune d'Almelo e.a. contre N.V. Energiebedrijf Tijsselmij"

La Cour de Justice a rendu le 27 avril 1994 un arrêt qui contient de éclaircissements importants sur l'applicabilité des règles de concurrence du Traité CE au secteur de l'électricité ainsi que sur l'interprétation à donner à ces règles.

Dans le cadre d'un litige opposant devant une juridiction nationale aux Pays-Bas, plusieurs compagnies locales de distribution d'électricité à une compagnie régionale de distribution, les premières ont contesté la compatibilité avec le droit communautaire des clauses d'achat et de vente exclusifs d'électricité contenues dans les contrats de distribution liant le distributeur régional aux distributeurs locaux.

La juridiction nationale a donc décidé d'interroger la Cour de Justice sur l'interprétation à donner aux règles pertinentes du Traité CE. La Cour de Justice a, en réponse, notamment confirmé que l'électricité est une marchandise et qu'elle peut donc relever de l'article 37 du Traité CE (règle qui porte sur les monopoles nationaux à caractère commercial). Cependant, dans le cas d'espèce, les restrictions de concurrence découlent des contrats conclus entre des entreprises et non pas de mesures étatiques; elles doivent donc être examinées à la lumière des règles communautaires de concurrence applicables aux comportements d'entreprises (articles 85 et 86 du Traité CE).

La Cour de Justice a d'autre part confirmé que les clauses d'achat exclusif contenues dans les contrats de distribution précités ont un effet restrictif sur la concurrence qui affecte de façon sensible le commerce entre les Etats membres, étant donné l'effet cumulatif résultant de l'existence d'un nombre important d'accords similaires couvrant la totalité du territoire d'un Etat membre. Ces clauses sont donc des accords restrictifs de la concurrence contraires à l'article 85 §1 du Traité CE. L'imposition desdites clauses dans les contrats pourrait aussi constituer un abus de position dominante interdit par l'article 86 du Traité CE. La Cour a, à cet égard, suggéré qu'il se pourrait que l'ensemble des distributeurs régionaux neerlandais jouissent d'une position dominante collective à l'égard des distributeurs locaux et des consommateurs finaux. Elle a néanmoins laissé à la juridiction nationale la tâche de vérifier si, dans le cas d'espèce, une telle position dominante collective existe. La Cour de Justice s'est finalement penchée sur la question de

savoir dans quelles circonstances de telles restrictions de concurrence, qui sont en principe interdites par les articles 85 et 86 du Traité CE, peuvent néanmoins bénéficier de l'exception prévue à l'article 90, paragraphe 2, du Traité CE. La Cour a ainsi répété la doctrine, déjà développée par la Commission et par elle-même notamment dans l'arrêt "Corbeau" (19.05.1993, Aff. C-320/91), qu'une telle exception ne joue que dans la mesure où la restriction de concurrence est nécessaire pour assurer l'accomplissement d'une mission d'intérêt économique général qui aurait été impartie à l'entreprise par l'Etat.

Dans le cas d'espèce, la compagnie régionale de distribution a été chargée d'assurer un service universel de fourniture d'électricité sur un territoire à des conditions uniformes pour chaque catégorie de consommateurs.

La Cour de Justice n'a pas tranché la question de savoir si les restrictions de concurrence précitées seraient nécessaires pour assurer l'accomplissement de cette mission. Elle a toutefois rappelé une fois de plus que, lors d'une telle appréciation, il faut tenir compte des contraintes légales et des coûts qu'une telle mission implique pour l'entreprise. Elle a finalement affirmé qu'il incombe à la juridiction nationale de vérifier si dans le cas d'espèce les restrictions aux importations d'électricité étaient vraiment nécessaires.

La Commission estime que cet arrêt confirme la nécessité de rendre compatible une certaine ouverture à la concurrence du secteur de l'énergie avec le maintien des obligations du service public.

A cet égard, la Commission rappelle, ainsi qu'elle l'a avancé devant le Parlement le 8 mars dernier, qu'elle a décidé de saisir la Cour de Justice des recours en manquement à l'encontre des Etats membres qui maintiennent dans leurs législations des monopoles d'importation et d'exportation d'électricité et de gaz. La Commission considère en effet qu'une certaine libéralisation des importations est pleinement compatible avec les exigences de service public et que le maintien d'un monopole est donc un moyen disproportionné. La Cour de Justice aura ainsi l'occasion dans un futur proche de se prononcer en toute connaissance de cause sur cette question importante.

[IP/94/350]

State Aid

Main developments between 1st April and 28th July 1994

Some of the questions you always wanted to ask about state aid

by Jonathan Faull, DG IV-E-1

Why do we need a state aid policy?

Because competition may be distorted by advantages given by public authorities to certain companies or categories of companies which compete with other, less fortunate companies in the EC. As the single market becomes a reality and other forms of protection and distortion of competition become rarer, the public purse is seen as the last refuge of authorities seeking to favour companies operating in their territory.

State aid may also have more honourable objectives: regional development, helping companies restructure, compensating for natural disasters, encouraging employment and training of the long-term unemployed or under-skilled school-leavers.

The purpose of the EC's state aid policy is to provide for central control and checking, sorting out the good from the bad, allowing some and prohibiting others.

Why should the Commission do it?

Who else? Can Member States be expected to control their own state aid or each other's? No. If there is one role in the EC for which the Commission is ideally suited, it is state aid.

Why should DG IV do it?

State aid control is best understood as part of competition policy. The objectives and techniques are not very different from those found in the other areas of DG IV's activity: market analysis, assessment of impact on competition, application of a legal regime with complex procedures. Like the French Republic, competition policy is "une et indivisible": a seamless collection of measures designed to prevent distortions of competition wheresoever and by whomsoever initiated, unless authorised on the basis of predictable, specific criteria laid down beforehand and under procedures based on the rule of law.

Some other DGs are responsible for state aid in their particular areas of expertise: agriculture (DG VI), transport (DG VII), fisheries (DG XIV), coal (DG XVII). The Secretariat-General and the Legal Service have important roles to play in state aid procedures, as do other DGs which are regularly consulted on DG IV proposals and initiatives.

What is state aid anyway?

The Commission's decisions and the Court's case law devote considerable attention to this important question. The notion of state aid encompasses not only subsidies, but also tax exemptions and investments from public funds made in circumstances in which a private investor would have withheld support. The aid must come from the "state", which includes all levels, manifestations and emanations of public authority. Any act or omission by a public authority which reduces the costs of a company or category of companies is liable to constitute state aid. The aid must favour certain undertakings or the production of certain goods: this serves to distinguish state aid to which Article 92(1) applies from general measures to which it does not. For a recent formulation, see Advocate General Jacobs's Opinion in Joined Cases C-278/92 to C-280/92, *Spain v. Commission*, para. 28: "...State aid is granted whenever a Member State makes available to an undertaking funds which in the normal course of events would not be provided by a private investor applying normal commercial criteria and disregarding other considerations of a social, political or philanthropic nature".

Another way of looking at this question is to ask "what is not state aid?" When a state injects funds into a company it owns on terms or in circumstances in which a private investor would have done so, it has not granted state aid. If a state changes its tax laws to provide a tax cut for all companies meeting certain objective conditions, this is not state aid. If a state subsidises a new infrastructure project for general use, it has not granted state aid.

How does the Commission hear about state aid?

Member States are obliged to notify all plans to grant or alter aid and this obligation is enforceable in all the courts of the Member States. Companies complain about aid granted to their competitors. Aid is usually publicised and DG IV monitors the media, data bases and national and regional budgets.

What are current priorities?

The Commission decides on more than 1000 state aid cases a year based on notifications, information on unnotified aid and complaints. In its control of state aid the Commission applies rules laid down in previous decisions and increasingly in formalized codes, frameworks or guidelines.

Member states and industry welcome the clarification of policy which enhances transparency and predictability. Aid codes exist for motor vehicles, steel, shipbuilding, synthetic fibres and coal, as well as in agriculture and fisheries. Regional aid is controlled in accordance with detailed criteria of long standing. Guidelines have been issued for aid to SMEs and for environmental protection. Aid for Research and Development is dealt with under the detailed rules laid down in the 1986 R&D Aid Framework. This text is being updated to take account of developments since then, the White Paper on Growth, Competitiveness and Employment and the new GATT rules. It is also important to improve coherence between state aid policy on R&D and Community funding of R&D projects.

The single market requires rigorous control of state aid in order to prevent the reestablishment by Member States of measures to favour or protect companies operating in their territory. The EU's policies in favour of social, economic and regional cohesion and its interventions through the structural funds also need a solid check on national spending if they are to be effective. Since this is *par excellence* an area in which the Commission has and must have exclusive competence (it is hard to imagine Member States controlling their own subsidies!), state aid will remain an important Commission responsibility.

The great debate of the 1980s about the application of state aid rules to the public sector has died down. It is now widely accepted that the rules apply without discrimination to public and private sector alike and that states grant state aid when they provide capital to companies they own on terms or in circumstances in which a private investor would not have done so are granting state aid.

The Commission has set about clarifying the state aid rules in a series of explanatory guidelines. In some specific areas there are binding rules with which the Member States must comply. Among the challenges before us are:

- The drafting of guidelines on employment aid schemes by which the Member States encourage employment. These guidelines are wanted by the Member States, since they need clarification of our policies regarding schemes which they have introduced or plan to introduce. It is important to distinguish between measures which fall under the state aid rules and those which do not. If general measures are adopted throughout a state's territory to give financial assistance to all companies taking on certain types of worker, the state aid rules do not apply. If, on the other hand, the assistance targets certain companies or categories of company, state aid will be involved since those companies will receive a competitive advantage

over those which are not aided. We wish to encourage Member States wishing to target their employment aid to concentrate on the categories of unemployed proving most difficult to insert or reinsert on the labour market and to provide assistance for training. This work is under way with DG V and is a priority matter.

- The procedures applied by the Commission in state aid cases are complex and have important consequences for Governments and companies. They are laid down in a bewildering variety of Court judgments and Commission statements. We propose to bring them together in a Guide to Procedures which it is hoped to publish in 1994. There will no doubt be regular developments necessitating updates. The Commission's internal procedures for state aid cases also require attention and some decentralisation is necessary if we are to meet the challenges of the coming years.
- Work is under way on a set of rules for the analysis of aid for capital-intensive investments. National aid programmes tending to favour capital over labour are being re-examined and our analytical tools require adjustment too. It may be possible to adopt a general horizontal method of analysis in place of the complex rules which exist at present in the automobile and synthetic fibres industries.
- In general, the strict enforcement of state aid disciplines in the EC must be maintained and stepped up where necessary. It is still the case that more aid is granted in the richer central regions of the Community than in the poorer peripheral areas. This runs counter to our cohesion policy and undermines the structural fund interventions. State aid control is also necessary to prevent bidding "wars" between regions and states for mobile investment.
- Other priority areas include the implementation of the GATT Uruguay Round on subsidies and the ongoing work in the new WTO in this area. State aid discipline must be extended to Eastern and Central Europe and the Commission must remain active in international organisations dealing with this issue.
- Finally, the new member states joining the EU must respect fully the state aid disciplines set out in the Treaties. It is essential that industry and the general public maintain their confidence in the Commission as a fair and impartial enforcer of the competition rules which enable companies to thrive on the basis of their own independent efforts. The Commission will therefore have to devote considerable effort to bringing the new member states into line with all the state aid rules.

Summary of most important developments

by Henrik Mørch, DG IV-E-1

A. Notion of aid (Article 92,1 EC)

For Article 92(1) to apply the state measure must provide a firm with an economic advantage which it would not have received in the normal course of business. The Commission considers that this condition is met when a firm receives financial assistance from the State to cover certain social costs linked to the retirement of its employees, when the firm under national law would otherwise have to bear these costs itself. This is illustrated in the Commission's decision in May concerning state aid to the French company "Entreprise minière et chimique"(EMC).

For Article 92(1) to apply the aid measure concerned must be capable of affecting trade between Member States. The Court of Justice has decided that an aid to a company might distort competition and affect trade between Member States even if the company receiving the aid exports almost all its production outside the Community (cf. judgement of 21.3.1990 ("Tubemeuse"), ECJ 1990 p. 959). In line with this ruling the Commission decided in June that, in view of the existence of competing firms and intra-community trade in the sector concerned, an aid to a tin-mine in Cornwall, UK, to carry out a restructuring of the mine constituted a state aid, even though the mine at present exports all of its production of tin outside the Community.

In determining whether a financial transaction between the State and a company(ies) involves state aid within the meaning of Article 92(1) the Commission shall examine the matter at the time the transaction is carried out or at least decided in an irreversible way. On the basis of this principle the Commission decided in July that, given the prosperous financial situation of the company concerned and the favourable outlook of the aluminium market in 1990, the irreversible decision by the Spanish Government in 1990 to inject 258 million ECU in the "Inespal Group" to enable the company to take advantage of these favourable market conditions in 1990-1994 was equivalent to that of a private market investor operating under normal commercial conditions. This capital injection therefore did not involve state aid even though at the time the capital injection was actually made, in 1992, the market conditions were considerably less favourable.

B. Possibilities of derogation

Forms of aid

As a general principle in its state aid policy the Commission views operating aid and export aid as undesirable and not eligible for exemption under Article 92 (2) and (3) EC. However, in certain exceptional cases and under strict conditions operating aid may be authorized in regions suffering from serious economic problems and a high

unemployment rate and which are, thus, eligible for regional aid under Article 92(3)(a) EC. In line with this policy the Commission decided in June to open the Article 93(2) EC procedure with regard to a proposed state aid for the restructuring of the German company AEG Sachsenwerk GmbH, Regensburg, as this aid measure involves both operating aid and export aid and as the company is not located in an Article 92(3)(a) region.

However, the Commission authorized operating aid in the form of a temporary tax relief scheme for Financial Service Centers providing capital exclusively for the Eastern European market in light of the fundamental interest of the Community to develop a private capital market in Eastern Europe.

Cumulation

When the Commission examines a state aid for its compatibility with the common market, it also takes into consideration the cumulation of this aid with other public funds, including Community Funds. The resulting aid intensity must respect the prevailing thresholds for the aid in question. The Commission therefore decided to open the Article 93(2) procedure with regard to a German aid for the construction of a rape seed oil methylester pilot plant operated by the German company "Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG" whose aid intensity, when cumulated with aid from Community Funds, reached 67%.

Regional aid

The Commission is committed to allow state aid that help to reduce disparities between the various regions of the Community, thereby strengthening its economic and social cohesion. In line with this policy the Commission in July decided to authorize a number of important regional aid schemes for the 5 new German Länder, including the basic regional aid scheme for these 5 Länder for the period 1994-1998 (the "Gemeinschaftsaufgabe") with an annual budget of ECU 7,8 billion.

The Commission seeks to ensure that there is the necessary coherence between the Community's regional aid policy under the Community Structural Funds and its regional aid policy under the state aid rules in Article 92-94. The region of Hainaut in Belgium was designated in 1993 as an Objective 1 area by the Council eligible for Community aid under the Community Structural Funds. The Commission has now decided to make that region eligible for national regional aid pursuant to Article 92(3)(c) EC.

In July the Commission, moreover, decided to approve two investment aid schemes for the region of Hainaut which offer grants for the setting up of new businesses with an aid intensity of 25% NGE for big companies and 30% NGE for

SMEs. The duration of these two scheme corresponds to the duration of the current program under the Community Structural Funds.

In order to determine whether a given region may benefit from regional aid under Article 92(3)(c) EC the Commission has until now applied two basic criteria, i.e. GDP per inhabitant and the structural unemployment rate in the region. However, these two criteria are not appropriate to reflect the particular regional problems in certain of the Nordic countries, i.e. Sweden, Norway and Finland, which are signatories to the EEA Agreement and possible future members of the Community. The rough climate and the low population density in certain regions of these countries represent additional disadvantages for the industry to take into account when determining the eligibility for regional aid under Article 92(3)(c). The Commission has thus decided to introduce an alternative criterion for the application of Article 92(3)(c) based on low population density, which stipulates that a region with not more than 12,5 inhabitants per kilometer on the basis of level III in the Nomenclature NUTS will be eligible for regional aid under Article 92(3)(c).

Sectorial aid

Aid to the steel sector. The Commission has reiterated its willingness to authorize state aid for the restructuring of the European steel industry, which is vital to restore its long-term viability. Following the Council's consent at the end of last year, the Commission in April this year decided on the basis of Article 95 of the ECSC Treaty to approve restructuring aid in respect of public steel companies in Germany, Spain, Italy and Portugal. In June a number of competitors lodged an appeal with the European Court of Justice against the Commission's decision on the above cases alleging that Article 95 of the ECSC Treaty had been misused and was not applicable to the state aid measures concerned. Rather the Commission should have applied Article 4(c) of the ECSC Treaty, which expressly prohibits state aid to the sectors covered by the Treaty.

The authorization of the state aid to the public steel companies, cf. above, was linked to a comprehensive restructuring program, considerable reduction in the overall capacity of the public steel sector and, in some cases, privatization program for the companies concerned. Therefore, as the Italian company "Riva" decided not to acquire the German public steel company "EKO Stahl GmbH" and carry out a restructuring of that company involving a reduction of its production capacity, the Commission considered that the conditions for granting the approved aid to this steel company have not been met. As the company continues to receive state aid from the Treuhandanstalt to cover its investment costs and operating losses the Commission in July decided to initiate the Article 6(4) in the Code with regard to this aid.

Under the Steel Aid Code state aid may be granted for environmental protection purposes. However, this provision does not cover investment aid to replace old installations with new ones, even though the objective of this replacement

is to meet new environmental standards. The Commission therefore decided in June to initiate the procedure provided for in Article 6(4) of the Code with regard to an environmental aid to the Luxembourg steel company ProfilARBED S.A.

Aid to shipbuilding. The Commission approved three German development aid schemes for the sale of ships to China, Indonesia and Cameroun, which is in line with the favourable approach towards development aid in the form of export credits to certain developing countries for the purchase of ships constructed by Community shipyards, insofar as the proposed aid is in line with the OECD rules on export credits for ships, cf. Article 4(7) of the Seventh Directive on aid to shipbuilding.

The Commission takes a favourable view on state aid for the shipyards in the former GDR to carry out the comprehensive restructuring of these yards, thereby restoring their viability. The 7th Directive for aid to shipbuilding contains a specific derogation for those shipyards, the application of which is conditioned upon a reduction in the capacity. The Commission decided on the basis of this derogation to authorize the release of a second tranche of operating aid to the German shipyard Mathias-Thesen-Werft.

The Commission also approved a scheme offering operating aid and restructuring aid to Spanish shipyards in line with the aid intensity laid down in the 7th Directive. The Commission approved a similar Dutch scheme.

Aid to the synthetic fibres industry. Under the Commission's Synthetic Fibres Code Member States are obliged to notify all aid measures to the production of synthetic fibres to the Commission, even if the individual aid concerned is granted under a state aid scheme already notified and approved by the Commission. In view of the continuing structural overcapacity in the synthetic fibres sector, the Code requires investment aid to be linked to a significant reduction in capacity. As investment aid to BVDA DS Profil seems to lead to a slight increase in the company's production capacity the Commission considered that the investment aid would not comply with the Code and decided to open the Article 93(2) procedure.

On the other hand the Commission decided that proposed aid to the British company Hoechst (UK) plc covering part of the costs of a training program for its employees did not involve investment aid and, consequently, that the aid was not covered by the Code. Therefore, the requirement under the Code that there must be a significant reduction in capacity in order to authorize the aid did not apply to this case and the training aid was approved on the basis of Article 92(3)(a) EC.

In view of the continuing presence of structural overcapacity in the synthetic fibres sector the Commission decided to extend the period of validity of the Code by 6 months ending 30.6.1995, with the continuing proviso that it might revise or abolish the Code before that date.

Aid to the textile industry. Aid to firms in this sector, which

leads to an increase in the production capacity, will normally not be authorized by the Commission. However, in exceptional cases, such as the investment aid to the Hualon Corporation in Northern Ireland, where the aid is granted under an authorized regional aid scheme and contributes significantly to the economic development of very disadvantaged region of the Community, these regional benefits may be weighed off with the potential negative effects on overall production capacity and competition in the sector and lead the Commission to authorize the aid.

Horizontal aid schemes

Research & development. The Commission continues on the basis of the framework for state aid to research & development to adopt a favourable approach to state aid in this field, which is confirmed by a number of positive decisions on R&D schemes in Germany, France, the Netherlands and Luxembourg. Sometimes these schemes involve considerable amounts of aid, like the R&D aid to the French company S.G.S.-Thomson Microelectronics of 321 million ECU over a three-year period approved in July, but are authorized in view of the important contribution they make to the development of European industry.

The Commission considered that a Dutch scheme under which companies are exempted from paying the income tax for its employees does not constitute an operating aid for these companies as the tax exemption is linked to the carrying out of concrete research & development projects. The scheme was therefore examined under the R&D Framework and approved.

Small and medium-sized enterprises. The Commission recognizes the importance of SMEs in the economy, in particular in the field of job creation and innovation, and the particular problems these firms are faced with, in particular in raising capital. The Commission therefore continues to take a favourable approach to different kinds of aid to promote the development of SMEs by improving the financial facilities available to them. This policy was once again confirmed by the Commission's decision in May to authorize a Danish guarantee scheme for venture capital companies providing equity capital to innovative SMEs.

Under the SME Aid Guidelines aid for investment is limited to a fixed percentage of fixed assets. If aid granted in connection with the setting-up of a SME also covers first stocks, it may be authorized if its intensity does not exceed this fixed percentage. The German scheme offering equity loans to SMEs ("Eigenkapitalhilfe-Programm") met that condition.

The Commission believes that further effort must be put into training, consultancy and other business support services meeting "one-off" requirements for up-to-date knowledge in firms, in particular SMEs. The Commission therefore has a positive view on state aid to SMEs for these activities, commonly termed "soft aid", and under the SME Aid Guidelines allows Member States to grant aid covering up to 50% of the eligible costs for such activities. The Commission authorized an Italian SME aid scheme, which

among other things offers aid of up to 50% for external consultancy services for innovation.

Aid for the protection of the environment. The Commission has since 1 January 1994 applied the new Community Guidelines on State aid for environmental protection for the assessment of state aid in the field of environment, energy conservation measures and renewable energy. The Commission has during this period examined a considerable number of environmental aid schemes nearly all of which were in line with the new Guidelines and, thus, approved.

Under the new Guidelines the eligible costs for investment aid must be strictly confined to the extra investment costs necessary to meet environmental objectives. General investment costs not attributable to environmental protection must be excluded. Therefore the Commission decided to open the Article 93(2) procedure concerning an environmental aid to the Italian paper manufacturer "Cartiere del Garda", as part of the proposed aid was to cover replacement costs and another part of the aid seemed simply to reduce the firm's operating costs.

The new Guidelines do not cover state aid for the relocation of firms for environmental reasons. Each aid proposal for the relocation of firms under an Italian environmental aid scheme for the Province of Trento will therefore be notified individually.

The Commission does not normally approve operating aid which relieves firms of costs related to the pollution they cause. However, under the Guidelines the Commission may in exceptional cases and under certain conditions make an exception to this principle, in particular in the field of relief from environmental taxes. On the basis of this exception the Commission authorized a Danish aid scheme offering a temporary grant to combined district heating and power plants to compensate for an increase in the energy and environmental tax on the consumption of coal with a view to promote the use of district heating instead of individual heating in certain regions.

Rescue and restructuring aid. The Commission approved Guidelines which codify its policy towards state aid to rescuing firms in difficulty and helping them to restructure. Detailed account of these will be included in the next issue of the Newsletter.

The positive decision of the Commission towards social aid given in the context of the restructuring of Kimberly Clark in Sotteville-les-Rouen already illustrates the favourable treatment reserved for that type of aid.

C. Procedures

If the Commission finds that aid illegally granted to an enterprise is also incompatible with the common market, it will ask the Member State concerned to recover the aid from the beneficiary. The Commission may at a later stage authorize additional compatible state aid to the same company(ies), but will require the Member State concerned to suspend the payment of this aid, or at least an amount

equivalent to the illegal and incompatible aid received, until the latter aid has been recovered. In its final authorization in July of an additional aid to the German company "Textilwerke Deggendorf GmbH" the Commission therefore decided that a part of this aid is suspended pending compliance with a previous Commission decision on illegal and incompatible aid to this company.

In Case C-313/90 CIRFS v Commission, the Court had confirmed that the framework on aid to the synthetic fiber sector, accepted by the Member States, creates binding legal effects obliging Member States to notify all aid to that sector even when given under an approved regional scheme. Later individual decisions derogating from the framework could not modify the framework's scope. The Commission's

decision not to initiate proceedings under Article 93(2) against a French aid to Allied Signal was therefore annulled. Accordingly, the Commission opened such proceedings in respect of the aid and has now reached a final decision requiring the reimbursement of the part of the aid found incompatible with the common market.

A "user's guide" to procedures in state aid cases is nearing completion. Since the beginning of the year, DG IV has received comments from many of the Member States. All have welcomed this initiative. The procedural rules on state aid have never before been codified. The guide will be published in the new edition of the collection of EC legislation and policy statements (Volume II of the Competition Rules), which will be out early next year.

Complete list of relevant press releases

The full texts of Commission's Press releases are available on-line from the RAPID database, on the day of their publication by the Commission's Spokesman's Service. To obtain access to RAPID, please write to:

EUR-OP EUROBASES, c/o European Commission, 200 rue de la Loi, B-1049 BRUSSELS
tel. +322 295 00 01 or 03, fax. +322 296 06 24

IP/94/295: COMMISSION APPROVES MEASURES WHICH ENCOURAGE ENERGY CONSERVATION AND THE USE OF RENEWABLE ENERGY SOURCES IN THE NETHERLANDS

IP/94/296: COMMISSION AUTHORIZES AID FOR THE SETTING-UP BY SIEMENS AG OF A NEW PRODUCTION PLANT OF DYNAMIC RANDOM ACCESS MEMORIES (DRAMS)

IP/94/297: COMMISSION APPROVES SHIPBUILDING DEVELOPMENT AID TO CAMEROON

IP/94/298: COMMISSION APPROVES A GERMAN AID PROGRAMME IN THE MICROELECTRONICS RESEARCH AND DEVELOPMENT FIELD

IP/94/299: COMMISSION RAISES NO OBJECTION TO DUTCH LAW AIMED AT A LOWERING OF THE COST OF RESEARCH PERSONNEL

IP/94/300: COMMISSION APPROVES AID IN FAVOUR OF CONTAINER GLASS AND PORCELAIN PRODUCERS IN TETTAU, BAVARIA

IP/94/301: THE COMMISSION APPROVES AN AMENDMENT TO ENVIRONMENTAL SCHEMES IN GERMANY

IP/94/336: COMMISSION ADOPTS FIRST REPORT ON MONITORING OF STEEL UNDERTAKINGS

IP/94/365: COMMISSION APPROVES SHIPBUILDING DEVELOPMENT AID TO INDONESIA

IP/94/366: COMMISSION APPROVES AID MEASURES FOR INDUSTRIAL SMES IN MOUNTAIN AREAS OF FRIULI-VENEZIA GIULIA

IP/94/367: COMMISSION APPROVES THE GERMAN AID PROGRAMME "INFORMATIK 1994-99"

IP/94/368: COMMISSION APPROVES SHIPBUILDING DEVELOPMENT AID TO CHINA

IP/94/369: COMMISSION OPENS 93(2) EC PROCEDURE ON BELGIAN SYNTHETIC FIBRE PRODUCER

IP/94/371: THE COMMISSION APPROVES AN EXTENSION OF AN EQUITY LOAN SCHEME FROM THE NEW LAENDER TO THE WESTERN GERMAN STATES

IP/94/372: COMMISSION RAISES NO OBJECTIONS TO SOFODOM'S GUARANTEE SCHEME FOR FIRMS IN OVERSEAS DEPARTMENTS

IP/94/373: COMMISSION BLOCKS PART OF THE FRENCH AID FOR NEW SYNTHETIC FIBRES FACILITY

IP/94/374: COMMISSION AUTHORISES AN AID TO HUALON IN BELFAST

IP/94/390: THE COMMISSION DECIDED TO APPROVE THE RELEASE OF A SECOND TRANCHE OF AID FOR THE MEERESTECHNIK WERFT IN WISMAR IN MECKLENBURG-VORPOMMERN (GERMANY)

IP/94/391: COMMISSION RAISES NO OBJECTION TO

CHANGES IN GREEK REGIONAL AID SCHEME

IP/94/392: THE COMMISSION APPROVES A DANISH GUARANTEE SCHEME FOR VENTURE CAPITAL COMPANIES.

IP/94/393: COMMISSION APPROVED DUTCH SHIPBUILDING AID SCHEME

IP/94/394: COMMISSION APPROVES AID GRANTED TO ENTREPRISE MINIERE ET CHIMIQUE ('EMC')

IP/94/413: COMMISSION ADOPTS ITS 23TH ANNUAL COMPETITION REPORT : A COMPREHENSIVE ANALYSIS OF THE COMMISSION ACTIVITIES

IP/94/426: THE COMMISSION DECIDES TO OPEN THE PROCEDURE CONCERNING STATE AIDS TO AIR FRANCE

IP/94/465: COMMISSION APPROVES THE GERMAN AID PROGRAMME "DIGITALE AUDIOVISUELLE SYSTEME HDTV"

IP/94/467: COMMISSION APPROVES SPANISH SHIPBUILDING AID SCHEME

IP/94/468: COMMISSION APPROVES AID FOR DIGITAL BROADCASTING SYSTEM IN GERMANY

IP/94/469: COMMISSION APPROVES AID FOR SOCIAL PLAN IN FRENCH PAPER MANUFACTURER

IP/94/470: COMMISSION ADOPTS AMENDMENT TO REGIONAL AID ELIGIBILITY CRITERIA

IP/94/507: COMMISSION ADOPTS REVISION OF DEVELOPMENT AREAS IN HAINAUT PROVINCE

IP/94/550: THE COMMISSION DECIDES TO APPROVE AN AID SCHEME FOR SHIP OPERATING COMPANIES

IP/94/551: COMMISSION RAISES NO OBJECTIONS TO PROPOSED AID TO PROFILARBED FOR RESEARCH AND DEVELOPMENT

IP/94/552: THE COMMISSION APPROVES AN AMENDMENT TO ENVIRONMENTAL SCHEMES IN GERMANY

IP/94/553: THE COMMISSION RAISES NO OBJECTION TO MEASURES IN FAVOUR OF COMPANIES IN CORSICA (FRANCE)

IP/94/554: COMMISSION INITIATES THE ARTICLE 93(2) EC PROCEDURE IN RESPECT OF AID PROPOSED BY THE BAVARIAN AUTHORITIES IN FAVOUR OF AEG SACHSENWERK GMBH

IP/94/555: COMMISSION APPROVES AID TO PULP PLANT IN BELGIUM

IP/94/556: THE COMMISSION RAISES NO OBJECTIONS TO AID TO CARNON CONSOLIDATED

IP/94/609: THE COMMISSION AUTHORISES A CAPITAL INCREASE OF TAP - AIR PORTUGAL

IP/94/610: THE COMMISSION AUTHORISES A COMPENSATION OF THE DEFICIT INCURRED BY TAP ON THE ROUTES TO THE ACORES AND MADEIRA

IP/94/611: COMMISSION APPROVES SUBSIDY SCHEME FOR ENVIRONMENTAL TECHNOLOGY

IP/94/612: COMMISSION RAISES NO OBJECTION TO SCHEME FOR AIDING FIRMS IN HAINAUT

IP/94/613: THE COMMISSION RAISES NO OBJECTIONS TO THE AID SCHEME FOR BUSINESS CREATION IN HAINAUT

IP/94/614: THE COMMISSION APPROVES AN AMENDMENT TO ENVIRONMENTAL SCHEMES IN GERMANY

IP/94/615: COMMISSION APPROVES TAX ALLOWANCE SCHEME FOR ENVIRONMENTAL INVESTMENT

IP/94/616: COMMISSION CLEARS AID TO HOECHST UK

IP/94/617: COMMISSION APPROVES SUBSIDY SCHEME FOR ENVIRONMENTAL PROTECTION MEASURES IN TRENTO

IP/94/618: THE COMMISSION INITIATES PROCEEDINGS FOR AID TO THE STEEL INDUSTRY - NEUE HAMBURGER STAHLWERKE GMBH (NHSW)

IP/94/619: COMMISSION INITIATES PROCEEDINGS IN RESPECT OF AID TO EKO STAHL GMBH

IP/94/620: COMMISSION DECIDES THAT NO STATE AID TO SAARSTAHL AG I.K. HAS BEEN IDENTIFIED

IP/94/666: COMMISSION INITIATES PROCEEDINGS AGAINST PART OF AID TO ITALIAN PAPER MANUFACTURER CARTIERE DEL GARDA.

IP/94/667: THE COMMISSION HAS APPROVED INVESTMENT AID TO THE SALAMIS SHIPYARD IN GREECE

IP/94/668: THE COMMISSION DECIDED TO OPEN A PROCEDURE WITH REGARD TO AN AID TO A RAPESEAD PILOT PLANT IN KIEL

IP/94/669: THE COMMISSION APPROVES GERMAN REGIONAL AID

IP/94/670: COMMISSION APPROVES GERMAN STATE AID ADMINISTERED BY THE KFW.

IP/94/671: COMMISSION APPROVES A DUTCH SUBSIDY SCHEME FOR ENVIRONMENTAL MANAGEMENT WITHIN COMPANIES

IP/94/672: COMMISSION APPROVES AID RELATED TO THE RECYCLING AND REUSE OF WASTE MATERIALS IN CATALONIA

IP/94/684: COMMISSION EXTENDS TERM OF SYNTHETIC FIBRES CODE

IP/94/699: LA COMMISSION DECIDE D'AUTORISER, SOUS CONDITIONS, L'AUGMENTATION DE CAPITAL D'AIR FRANCE

IP/94/700: LA COMMISSION DECIDE D'AUTORISER, SOUS CONDITIONS, LES AIDES CONSENTIES A LA COMPAGNIE OLYMPIC AIRWAYS

IP/94/701: LA COMMISSION NE SOULEVE PAS D'OBJECTIONS A L'ENCONTRE D'UNE LOI POUR LE PAIEMENT DES DOCKERS LICENCIES

IP/94/702: LA COMMISSION DECIDE D'OUVRIR LA PROCEDURE (ARTICLE 93.2 DU TRAITE) A L'EGARD D'UN REGIME D'AIDE ACCORDE PAR LE GOUVERNEMENT ITALIEN

IP/94/703: LA COMMISSION DECIDE D'AUTORISER LE RELEVEMENT DU PLAFOND ANNUEL DE 814.000 ECU POUR UNE AIDE ITALIENNE

IP/94/710: LA COMMISSION ADOPTE UNE DECISION NEGATIVE SUR LA SOUSCRIPTION DE TITRES D'AIR FRANCE PAR LA CAISSE DE DEPOT ET CONSIGNATIONS-PARTICIPATIONS (CDC-P)

IP/94/714: LA COMMISSION AUTORISE UNE AIDE D'ETAT POUR UN PLAN DE SOUTIEN A LA R&D DE S.G.S.-THOMSON MICROELECTRONICS.

IP/94/715: LA COMMISSION APPROUVE UN PROJET DE REGIME D'AIDE A LA CREATION DE CENTRES D'ENTREPRISES DANS LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

IP/94/716: LA COMMISSION APPROUVE LA CREATION D'UN FONDS POUR UNE PARTICIPATION MINORITAIRE DANS LES PME EN THURINGE

IP/94/717: LA COMMISSION APPROUVE UN REGIME D'AIDE POUR PROMOUVOIR L'UTILISATION DE RESEAUX DE CHAUFFAGE COLLECTIFS AU DANEMARK

IP/94/718: LA COMMISSION NE SOULEVE PAS D'OBJECTIONS A L'ENCONTRE D'UNE SUBVENTION EN FAVEUR DE PID OIL RECOVERY BV

IP/94/719: LA COMMISSION A PRIS LA DECISION DE PRINCIPE D'APPROUVER UN REGIME D'AIDES A LA

CONSTRUCTION NAVALE POUR L'ANNEE 1994 EN ITALIE.

IP/94/720: LA COMMISSION APPROUVE UNE MODIFICATION DES REGIMES D'AIDE EN FAVEUR DE LA PROTECTION DE L'ENVIRONNEMENT EN ALLEMAGNE

IP/94/721: LA COMMISSION APPROUVE UN REGIME DE SUBVENTION POUR LE TRAITEMENT D'HUILES USAGEES ET DE RESIDUS PLASTIQUES EN ANDALOUSIE

IP/94/722: LA COMMISSION APPROUVE UN PROGRAMME ALLEMAND D'AIDE POUR L'ACCES AUX TECHNOLOGIES

IP/94/723: LA COMMISSION A DECIDE D'ENGAGER UNE PROCEDURE A L'EGARD D'UN PROJET D'AIDES REGIONALES A L'INVESTISSEMENT EN FAVEUR DE EKO STAHL GMBH

IP/94/724: LA COMMISSION ENGAGE UNE PROCEDURE A L'EGARD D'UNE AIDE OCTROYEE A GUASCOR SA (ESPAGNE)

IP/94/725: LA COMMISSION DECIDE DE NE PAS SOULEVER D'OBJECTION A L'ENCONTRE D'UNE INJECTION DE CAPITAL EN FAVEUR DU GROUPE INESPAL

IP/94/726: LA COMMISSION ENGAGE LA PROCEDURE A L'EGARD D'UNE AIDE D'ETAT A IRITECNA S.P.A.

IP/94/727: LA COMMISSION PREND UNE DECISION DEFINITIVE SUR DES AIDES D'ETAT POUR DES PROJETS DE RESTRUCTURATION PAR VW DANS LES NOUVEAUX LAENDER

IP/94/728: LA COMMISSION DECIDE D'APPROUVER DES AIDES (INJECTIONS DE CAPITAL) OCTROYEES A ENICHEM S.P.A.

IP/94/729: LA COMMISSION ETEND LA PROCEDURE OUVERTE A L'ENCONTRE DE L'AIDE OCTROYEE A ENICHEM AGROCOLTURA

IP/94/730: LA COMMISSION REVISE L'ENCADREMENT DES AIDES AU SECTEUR DE LA PECHE

IP/94/731: LA COMMISSION ADOPTE UN NOUVEL ENCADREMENT DES AIDES D'ETAT "AU SAUVETAGE" ET A LA RESTRUCTURATION

IP/94/733: LA COMMISSION PREND UNE DECISION DE PRINCIPE DE CLOTURE DE LA PROCEDURE A L'ENCONTRE DE KLOCKNER STAHL GMBH.

IP/94/753: LA COMMISSION A PRIS LA DECISION DE PRINCIPE D'ACCEPTER UN ENGAGEMENT DE FERMETURE D'UN LAMINOIR D'ARBED EN

ECHANGE D'UN ENGAGEMENT DE FERMETURE L'ENGAGEMENT DE FERMETURE D'UN LAMINOIR
PRECEDENT DE KLOECKNER STAHL. D'ARBED EN ECHANGE D'UN ENGAGEMENT DE
IP/94/753: LA COMMISSION A DECIDE D'ACCEPTER FERMETURE PRECEDENT DE KLOECKNER STAHL.

Court Judgements and Opinions of Advocates-General

Extracts taken from the "Rapport d'activités de la Cour de Justice des Communautés Européennes"

Arrêt de la Cour du 13 Avril 1994 C-324/90 et C-342/90 République fédérale d'Allemagne et Pleuger Worthington GmbH / Commission Aides d'Etat

Aides d'Etat - Décision relative à des aides de la ville de Hambourg - Restitution. (Cour plénière)

Conclusions de l'Avocat Général C.O. Lenz du 22 Juin 1994: Aff. C-44/93 Namur-Assurances du crédit / Office national du Ducroire et Etat belge

Préjudicielle - Cour d'appel de Bruxelles - Interprétation des art. 92 et 93 du traité CEE - Entreprise publique d'assurance crédit bénéficiant d'avantages accordés par les autorités étatiques et autorisée à étendre son activité aux opérations d'assurance crédit à l'exportation vers les Etats membres de la Communauté - Notions d'aide nouvelle ou d'aide existante

The International Dimension of Competition Policy

Main developments between 1st April and 28th July 1994

ASPECTS INTERNATIONAUX DE LA POLITIQUE DE CONCURRENCE

par Pierre Delsaux, Stefaan Depypere et Thinam Jakob, DG IV-A-1

Il nous est apparu intéressant de dresser un tableau des développements les plus importants intervenus en 1994 dans le domaine des aspects internationaux de la politique de concurrence.

I. L'établissement des règles de concurrence au niveau mondial

L'achèvement des négociations de l'Uruguay Round conduira à une ouverture encore plus grande des différentes économies et augmentera donc l'interpénétration des marchés. Pourtant, paradoxalement, ce succès met encore plus en lumière l'une des déficiences de l'approche suivie jusque maintenant au niveau international. Depuis l'échec de la Charte de la Havane, qui contenait des dispositions sur la concurrence, le GATT ne s'est en effet préoccupé que des obstacles d'origine publique aux échanges.

Or, l'histoire de la Communauté démontre que la réalisation d'une véritable intégration des marchés implique que l'on empêche aussi les entreprises de créer des barrières d'origine privée aux échanges. Il s'agit de l'approche en deux temps adoptée par les auteurs du Traité CE. C'est d'ailleurs cette conception qui explique pourquoi la Communauté est soucieuse d'insérer des règles sur la concurrence dans les accords qu'elle conclut avec des pays tiers en vue de renforcer l'ouverture des marchés. Il est d'ailleurs significatif de constater que, parmi ces accords, celui qui réalise le degré le plus élevé d'intégration, à savoir l'accord sur l'Espace Economique Européen, est aussi celui où les règles sur la concurrence sont les plus détaillées et les plus complètes. La même démarche a été suivie avec les pays d'Europe centrale et orientale, ainsi que cela sera expliqué ci-après.

Aucune approche comparable n'existe au niveau multilatéral. Or, il est certain que l'application des règles de concurrence n'est pas aussi effective dans tous les Etats. Cette situation crée sans aucun doute des difficultés lorsque des entreprises souhaitent accéder à certains marchés mais ne peuvent y parvenir en raison de comportements anticoncurrentiels non sanctionnés. Ce préjudice existe non seulement dans le marché concerné mais peut avoir des répercussions dans le monde entier car les entreprises protégées sur un marché peuvent en tirer des profits indus qui leur permettront de se livrer à une concurrence déloyale dans d'autres marchés.

C'est pour essayer de trouver des solutions à cette lacune qu'un document de réflexion a été élaboré sur cette question. Par ailleurs, M. Van Miert a décidé de créer un groupe d'experts dont le rôle sera de préparer le plus rapidement possible un rapport identifiant d'une part les problèmes posés

et d'autre part, soumettant des solutions réalistes. La première réunion de ce groupe a eu lieu en juillet. La création de la future Organisation Mondiale du Commerce renforce incontestablement l'intérêt de cette étude car l'une des voies à explorer est sans aucun doute l'utilisation des panels de cette organisation pour assurer une application plus effective des règles de concurrence (soit les règles nationales qui existent déjà, soit de celles qui feraient l'objet d'un accord international).

II. The introduction of competition rules in the transforming economies

With varying degrees of progress the economies of Central and Eastern European countries (CEEC) and of the Newly Independent States are moving towards a system of market economy. The establishment of an effective competition policy will be a corner-stone for a successful market economy.

The Europe and Interim Agreements concluded with the CEEC contain elaborate substantive competition rules which are basically those of the EC Treaty (*Such Agreements have been concluded with Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Romania and the Slovak Republic. In the case of Hungary and Poland, the Europe Agreements have entered into force on 1 February 1994, whereas they are still in the ratification process as regards the other countries, with which the Interim Agreements are currently in force. Cf. Competition Policy News Letter Vol. 1, N°1, Spring 1994.*) The most innovative aspect, however, is that these Agreements also provide for the adoption of implementing rules both for the rules applicable to undertakings and for the rules on state aid within three years of the entry into force of the Agreements. This is an example of the Commission's new approach which puts emphasis not only on the establishment of competition rules in an international context, but also - just as strongly - on their enforcement.

On top of that, the Agreements foresee an approximation of laws of the national competition laws of the CEEC to the EC law.

The following text highlights progress made to lay down the implementing rules with the various CEEC countries and informs about developments in the Community's relations with the Newly Independent States.

1) Implementing Rules under the Europe Agreements

a) Rules applicable to undertakings

The implementing rules should aim at laying down effective

and reasonably efficient enforcement procedures. It is in this context that DG IV and the competent authorities of the relevant countries began drawing up such rules within the Joint Committees set up under each of the Interim Agreements. The first draft has been drawn up jointly by DG IV and the Polish Antimonopoly Office. The draft was submitted to the Joint Committee under the Community-Poland Interim Agreement and approved in January 1994. It is currently in the process of being reconfirmed in the framework of the Europe Agreement. Further drafts have recently been agreed upon by DG IV and the responsible Bulgarian, Hungarian and Slovak authorities and are being submitted to the relevant organs of the Interim Europe Agreements for approval. Negotiations with the other countries are far advanced and it is hoped that finalization of the texts will take place before the end of this year.

The main instrument for dealing with cases that fall foul of the competition provisions are the Community competition rules on the one hand, and the national competition laws of the respective countries on the other hand. Both authorities apply their own laws but they are linked through a cooperation procedure. For DG IV this will mean that it will have to take account of those Agreements in the definition of its priorities of action. On the other hand such tools as Regulation 17 do not obtain wider applicability than before.

The implementing rules deal with three situations:

- Situations may arise in which each authority (DG IV and the authority of the respective associated country) may have jurisdiction in one and the same case.
- In other cases where only one authority is competent, the measures taken by it may affect major interests of the party whose national authority is not competent.
- Finally, a case might fall outside the competence of the authorities of both parties.

In cases falling under the competence of both competition authorities, starting point has been to ensure close cooperation between those authorities. A one-stop-shop principle (as for instance in the EEA Agreement between the Commission and the EFTA Surveillance Authority) was not considered workable in this particular context, because of the lacking element of a "supranational" second pillar and an independent Court to ensure its control, which is foreseen in the EEA Agreement. Rather, the approach chosen is similar to that under the 1991 EC-US Agreement and also contains some elements borrowed from the 1986 OECD recommendation. Notifications of cases, requests for information and consultations are foreseen between the authorities, as well as a recourse to the principles of negative and positive comity. This means that the authority of the other party can be requested to exercise restraint in the application of its laws, or even to take positive action with respect to certain practices affecting the requesting party's important interests. Possible conflicts should only be brought to the Joint Committee as a last resort.

Similar proceedings are foreseen in cases where only one authority is competent. It is here that one can imagine that positive comity will have a large role to play, if interests of the party whose competition authority is not competent for

a given case are at stake.

Cases of so-called negative conflict of competence, i.e. falling outside the competence of the authorities of both parties, are difficult to imagine, given that it is sufficient for an agreement to produce effects or to be implemented in the Community for the Community to have jurisdiction, and since most of the laws of the associated countries have also embraced the effects doctrine. Nevertheless it is provided that such cases can be discussed in the Joint Committee, without prejudice to the rights of EC Member States.

Some further points of interest in the implementing rules concern a "de minimis" rule, consultations in merger control matters and confidentiality. The rules also provide that the principles of EC block exemptions shall be taken over by the associated countries.

b) Rules related to state aids

The definition of implementing rules relating to state aids and their control in a transparent way is an area which will be requiring immediate attention in the near future. While none of the associated countries have the budgetary means to pay large subsidies, there are a variety of support mechanisms such as tax reliefs, non pursuit of debts owed to the state etc. which are classified as state aids in the Community. Work has already begun in that the associated countries have agreed that as a first step towards transparency an inventory of existing aids needs to be drawn up. For this task they benefit from technical assistance provided by PHARE.

The implementing rules will need to define methods of mutual cooperation, taking into account the particular situation of the associated countries as economies in transition. It is to be noted that the Agreement already provides for the application of the article 92(3,a) derogation from the basic interdiction to give aid.

It is generally felt that state aid control is an area which will require a special effort in training and technical assistance. For an effective enforcement, achieving a conversion of mentality and creating an awareness of the problem will probably be as important as putting in place the formal rules.

2) Relations with the Newly Independent States

a) Baltic States

In relation with the three Baltic States (Estonia, Latvia, Lithuania), negotiations of Free Trade Agreements have recently been concluded. They contain competition rules similar to those in the Europe Agreements concluded with the CEEC.

b) Russia

In the Partnership and Cooperation Agreement (PCA) signed with Russia in June, competition provisions are likewise included. Given that the links established between the Community and Russia are different in nature and not as far-reaching as with the CEEC and the Baltic States, the competition rules agreed upon in this context are less stringent.

It was agreed that trade between the European Union and Russia should take place free of unfair competition. The parties have committed themselves to remedy or remove through the application of their competition law or otherwise restrictions on competition by enterprises or those caused by state intervention. For the latter point there should be no export aids favouring certain undertakings or the production of products other than primary products. Furthermore, after a transitional period of three years starting with the entry into force of the PCA, strict discipline will be applicable to other aids which distort or threaten to distort competition affecting trade.

For a transitional period of five years starting with the entry into force of the PCA, Russia has the right to use aids other than export aids in order to support enterprises that are undergoing restructuring, or those that are facing serious difficulties, particularly when these difficulties entail serious problems in Russia. A deviation from strict prohibition of aids, other than direct export aids, is also possible in situations where Russian enterprises face the elimination or a drastic reduction of their total market shares or when industries are just emerging.

In the case of State monopolies of a commercial character, after a transitional period of three years, there shall be no discrimination between nationals of the parties regarding the conditions under which goods are procured or marketed. Public undertakings or undertakings to which Member States or Russia grant exclusive rights will also be subject to competition rules.

The possibility is envisaged that these transitional periods may be extended. The Cooperation Committee will be the

forum for consultation and information on competition rules. The European Union has committed itself to providing Russia with information on competition and with technical assistance for the development and implementation of competition rules.

It should be added that competition is one of the areas covered by the obligation of approximation of legislation.

c) Other NIS

Regarding Ukraine, a PCA similar to the one with Russia was already signed earlier in 1994. The competition rules contained therein are also similar to those concluded with Russia.

Negotiations with Kazakhstan and Kyrgyzstan have also led in 1994 to the conclusion of PCAs. With respect to competition rules it is foreseen that there shall be approximation of legislation on the part of Kazakhstan and Kyrgyzstan. Parties have further agreed that they shall endeavour to use their competition laws on a concerted basis in such cases where trade between them is affected.

III. Conclusion

This summary shows that competition rules are being introduced in a modulated manner according to the degree of integration of the partner's economy in the European Union economy.

This should offer a recognisable legal environment for all economic agents in the Union and in its partner countries.

The question arises now to examine whether the same logic could be followed at a world-wide scale.

SECOND SEMINAR ON EUROPEAN UNION/JAPAN COMPETITION POLICY - BRUSSELS CONGRESS CENTRE - FRIDAY 16 SEPTEMBER 1994

European Commissioner, Mr Karel Van Miert and Japanese Fair Trade Commission Chairman, Mr Masami Kogayu, are pleased to preside a Seminar on competition issues to be held on September 16, 1994 in Brussels. This Seminar is a follow-up to the one on competition policy held in Tokyo on November 4, 1993 which compared the European Union and Japanese approaches to a number of competition issues which have particular relevance to international trade.

New challenges to competition policy have arisen with the increasing globalization of the world economy. The growth of international trade in goods and services, the increase in foreign direct investment, the rising importance of multinational companies, and the increasing operations of private actors mean that events taking place in one market sphere affect the competitive situation in other market spheres around the world.

Despite the important progress that has been attained in the reduction of public obstacles to trade by the successive rounds of the GATT, including the recent closure of Uruguay Round, private restraints to trade have not been addressed. Private restraints are being increasingly used to protect markets and are just as damaging to free trade as are public restraints.

Therefore, bilateral cooperation in eliminating private restraints would provide a secure framework for agreement on competition issues until a multilateral accord is negotiated.

The Seminar scheduled for September 16, 1994, will allow the European Union and the Japanese authorities to share their experiences on competition policy and enforcement issues. The Seminar will focus on important topics of concern to both parties, namely 1) enforcement of competition laws and deregulation, and 2) distribution problems.

Enforcement and deregulation issues will cover the impact of competition policy on industry by addressing :

1. The effective implementation of existing regulations and,
2. The reinforcement of regulations and the extension of their scope to all economic activity.

The topic of distribution will address how competition policy can and must continue to improve distribution for the benefit of consumers and to enhance the integration of national economies. The speakers on these issues will be representatives from both competition authorities but also from all interested parties such as industry, consumer associations, European Parliament and academic circles.

INFORMATION SECTION

DG IV staff list as of July 1994

Télécopieur central : 295 01 28

Directeur général	Claus-Dieter EHLERMANN	2952178/2953685
Directeur général adjoint (plus particulièrement chargé des directions A et D)	Jean-François PONS	2994423/2962284
Conseiller principal	...	
Conseiller auditeur	Hartmut JOHANNES	2955912/2956942
Conseiller chargé de la sécurité des informations et des auditions dans les affaires de contrôle de concentration	Joseph GILCHRIST	2955673/2960246
Conseiller	Georgios ROUNIS	2953404/2960256
Conseiller	...	
Assistants du Directeur général	Irène SOUKA	2957206/2960189
	Christopher JONES	2965030/2958316
Directement rattaché au Directeur général : Questions informatiques	Guido VERVAET	2959224/2951305

* * *

Task Force "Contrôle des opérations de concentration entre entreprises"

Conseiller . . .	Philip LOWE	2965040/2965390
1. Unité opérationnelle I	Götz DRAUZ	2958681/2959031
2. Unité opérationnelle II	Enrique LOPEZ VEIGA	2957381/2961180
3. Unité opérationnelle III	Roger DAOUT	2965383/2965574

DIRECTION A: Politique générale de la concurrence & coordination

	Rafael GARCIA PALENCIA	2950253/2954512
1. Politique générale et aspects internationaux - Relations avec le Parlement européen et le Comité économique et social Chef adjoint d'unité (plus particulièrement chargé des questions internationales)	Claude RAKOVSKY Stefaan DEPYPERE	2955389/2962368 2990713/2950225
2. Questions juridiques et procédurales, réglementation, procédures d'infractions, dumping intracommunautaire	Helmut SCHRÖTER	2951196/2955911
- Droits de propriété industrielle et intellectuelle, recherche-développement	Sebastiano GUTTUSO	2951102/2955894
3. Coordination économique et juridique des décisions d'application des règles de concurrence Chef adjoint d'unité	David DEACON Emil PAULIS	2955905/2960562 2965033/2965045

DIRECTION B : Ententes, abus de position dominante et autres distorsions de concurrence I

	Humbert DRABBE	2950060/2952701
1. Constructions électrique et électronique, industries de l'information, télécommunications	Fin LOMHOLT	2955619/2951150
2. Télécommunications	...	
3. Banques et assurances et autres services	Luc GYSELEN	2961523/2957491
4. Médias, électronique de divertissement, éditions musicales, commerce	Norbert MENGES	2953936/2962696

DIRECTION C : Ententes, abus de position dominante et autres distorsions de concurrence II

	Gianfranco ROCCA	2951152/2951139
1. Métaux non ferreux, produits minéraux, non-métalliques, bâtiment, bois, papier, caoutchouc 2951817/2951816	Maurice GUERRIN	
2. Energie (sauf charbon), produits chimiques de base 2959675/2956422	Paul MALRIC-SMITH	
3. Produits chimiques transformés, produits agricoles et alimentaires	Jürgen MENSCHING	2952224/2961179

DIRECTION D : Ententes, abus de position dominante et autres distorsions de concurrence III

	John TEMPLE LANG	2955571/2958133
1. Acier, charbon	Juan Antonio RIVIERE MARTI	2951146/2960997
2. Inspection CECA	Pierre DUPRAT	2953524/2954850
3. Transports et tourisme	Serge DURANDE	2957243/2954623
4. Automobiles, autres moyens de transport et construction mécanique connexe	Dieter SCHWARZ	2951880/2950479
5. Constructions mécaniques, textile, habillement, cuir et autres industries manufacturières	Franco GIUFFRIDA	2956084/2950663

DIRECTION E : Aides d'État

Conseiller	Asger PETERSEN	2955569/2958566
Conseiller	Ronald FELTKAMP	2954283/2960450
- Automobiles et fibres synthétiques	...	
	Geert DANCET	2960993/2950068
1. Coordination et politique générale, régimes généraux d'aides	Jonathan FAULL	2958658/2965201
Chef adjoint d'unité	Anne HOUTMAN	2959628/2969719
2. Aides à la recherche-développement	Claude ROUAM	2957994/2963131
3. Aides à finalité régionale	Luigi CAMPOGRANDE	2952767/2951865
Chef adjoint d'unité	Alfredo MARQUES	2962542/2960872
4. Aides à finalité sectorielle I	Francisco ESTEVE REY	2951140/2955900
Chef adjoint d'unité	Wouter PIEKE	2959824/2958900
5. Aides à finalité sectorielle II	Constantin ANDREOU-ANDROPOULOS	2956601/2955410
6. Inventaire et analyse	Reinhard WALTHER	2958434/2955410

Documentation ...

This section contains details of recent speeches or articles given by Community officials that may be of interest. Copies of some of these are available from DGIV's Information Officer. Future issues of the newsletter will contain details of conferences on competition policy which have been brought to our attention. Organisers of conferences that wish to make use of this facility should refer to page 1 for the address of DGIV's Information Officer. A compilation of the most interesting books received by DG IV's Library during the last quarter is also presented.

Speeches and Articles

Balancing the Public Interests: Confidentiality, Trade Secret and Disclosure of Evidence in EC Competition Procedures, by Julian Joshua.

L'Encadrement communautaire des aides d'Etat aux petites et moyennes entreprises. Evolution ou révolution au sein des articles 92-94 CE ?, par Roland Kobia et Micheline Regout, *Revue Internationale de Droit Economique* 3/1993, p. 349.

Fondation Europe et Société, discours de K. Van Miert, Paris, 8 avril 1994.

Transport Maritime et Concurrence, discours de Karel Van Miert à la session plénière du Forum des Industries Maritimes - Rotterdam, le 20 juin 1994 [SPEECH/94/71, IP/94/559]

Le rôle de la politique de Concurrence dans le développement des Télécommunications, discours prononcé par Karel Van Miert à Bruxelles, le 17 mai 1994, [IP/94/409, SPEECH/94/50]

Intervention du Commissaire Van Miert au Parlement Européen lors de la présentation de la charte socialiste des services publics, Bruxelles le 27 avril 1994 [SPEECH/94/43]

The European Union: Feet on the Ground! Parlour Club Speech by K. Van Miert, 6 April 1994 [speech].

Ground handling services and EC competition rules, article by Corinne Dussart-Lefret & Christine Federlin in *AIR & Space LAW*, Vol. XIX, No. 2, 1994.

Certification et concurrence, K. Van Miert 10 mai 1994. Journée d'information aux entreprises : "L'assurance de la qualité: un passeport pour l'exportation".

La concurrence en matière de transports, speech by K. Van Miert. Rencontres et contacts à Verviers, 13 juin 1994.

Le règlement d'exemption du 21 décembre 1992, speech by Mme Vernimmen, 25 March 1994 at U.C.L., Louvain La Neuve [sp94009]

Die Gruppenfreistellungsverordnung für die

Versicherungswirtschaft, speech by K. Schumm in Düsseldorf, 23 March 1994 [sp94010]

Anticompetitive State measures under the EC Treaty: towards a substantive legality standard, by L. Gyselen - to be published in *European Law Review - Competition Check List* 1994 [sp94011]

La rôle de la concurrence dans le développement des télécommunications, speech by K. Van Miert, Chambre Française de Commerce et d'Industrie en Belgique, 22 February 1994.

Het mededingingsbeleid in de jaren negentig, speech by K. Van Miert, Den Haag, 25 February 1994 [not online yet].

Quelles règles de fonctionnement pour le marché intérieur de l'Energie ? C.D. Ehlermann, Contribution de l'auteur au Colloque "1973-1993 Energie: signaux pour le futur" Paris, 10 décembre 1993 [sp94012].

Colloque - Université Catholique de Louvain, "**Le contrôle des concentrations d'entreprises dans le secteur des assurances**", Discours de Philip Lowe, Louvain-la-Neuve, 25 Mars 1994 [sp94013].

5th Annual Seminar on "**Telecommunication Services and Competition Law in Europe**", talk by Philip Lowe, SAS Royal Hotel, Amsterdam, 15th April 1994 [sp94014].

Konferenz "100 Tage EWR", "**Der Garant des Binnenmarktes - das EU-Wettbewerbsrecht**", Philip Lowe, Haus der Wirtschaft, Wien am 18.4.1994 [sp94015].

De bijdrage van de Unie tot een open en efficiënte telecommunicatiemarkt, speech held by Christian Hocepiet, Utrecht, 22 April 1994 [sp94016].

The role of the European Commission as regards national energy policies,

Contribution to the conference, "Energy & Resources Law 94", Barcelona, 26 April 1994, C.D. Ehlermann [sp94017].

Ground Handling Services and EC Competition Rules - A Commission initiative to open up ground handling markets, C. Dussart-Lefret and C. Federlin [sp94018].

Entreprises communes "cooperatives" et "concentratives", Délégation des Barreaux de France, 25/04/94, G. Kyriazis [sp94019]

Discours M. Rakovsky Forum du Droit et des Affaires - 5 mai 94 [sp94020].

Die Versicherungen im europäischen Kartellrecht, speech by Konrad Schumm, Bad Bramstedt on 6/5/1994 [sp94021].

Commission investigation powers in competition cases, speech by J. Joshua, MCE, 25-27 May 1994 [sp94022].

La Política de Defensa de la Competencia en la Unión Europea, Francisco Caballero Sanz [sp94024].

Optimal licensing in a spatial model, F. Caballero-Sanz, Rafael Moner-Colonques, José J. Sempere-Monerris; (1st Version. January '94).[sp94025].

Services publics et concurrence, article by C. Rakovsky in La Revue des Affaires Européennes 6/94 [sp94027].

Competition Law and Policy in Western Europe, speech held by T. Jakob-Siebert at Seminar on competition policy

in the transforming economies, Trest, Czech Republic, June 27, 1994, Organized by the World Bank [sp94029].

Anwendung des Gemeinschaftskartellrechts durch Behörden und Gerichte der Mitgliedstaaten - Vortrag im Plenarsaal des Kammergerichts, Berlin, 10. Juni 1994, C.D. Ehlermann [sp94030].

Zukünftige Entwicklungen des europäischen Wettbewerbsrechts, von C.D. Ehlermann, Colloquium im Wissenschaftszentrum Bonn, 23. Juni 1994 [sp94031].

European competition policy and company compliance, speech by Werner Vanderhaeghe from Burlion, Bole, Houben & Co in Brussels at the Conference "Authorities, Antitrust and Public Utilities" held in Milan, 17 June 1994.

Luftverkehr und Wettbewerbspolitik - Gestaltung oder Bürokratie? K. Van Miert, Luftverkehrsforum DGWG, Frankfurt, 10. März 1994 [speech].

De rol van de kabel in een concurrerende Europese context / Le rôle du câble dans le contexte européen de la concurrence, K. Van Miert, Fundraising dinner "De Mick", Antwerpen 22.March 1994 [speech].

BOOKS and PUBLICATIONS

The petro/chemical complex in the European Single Market, by Angus Nicolson; European Investment Bank Paper N° 21; covers the industrial structure, conduct and performance of petroleum and petrochemical production in Europe.

The European Community and the Globalisation of technology and the economy, a FAST report edited by DG XII, 1994

Regras de Concorrência, Síntese de Legislação 1993, Série Cadernos N° 20, Direção-Geral de Concorrência e Preços.

Canadian Competition Law - The outlook for 1994, by McMillan Bull Casgrain

The effects of Competition; Changing distribution channels for telecommunications services, by D. Ioannidis & B. Mölleryd, (of Stockholm School of Economics): prepared for the 10th Biannual Conference on the International Telecommunications Society, Sydney Australia 3-6 July 1994

EU-Wettbewerbsrecht und deutsche mittelständische Firmen, in *Euromanagement*, 11/1994, 15 Juni 1994

The Strategic Information Systems (SIS) market in Europe, a report prepared by the SEMA GROUP for DG III. It covers the perspectives for European IT suppliers based on three case studies: on mobile subscribers management systems, on global distribution systems and on information systems and concurrent engineering in the

European car manufacturing industry. Amongst the conclusions of the report we underlined the interesting chapter entitled "Ensuring fair competition through the use of SIS". Copies of the report can be obtained at DG III (N. Huyghe, RP-6 2/24 tel. 2968883).

Cellular Telephony in Restrospect - Foundations of Success, by S. Hultén & B. Mölleryd, from TELE 1/93.

The Internationalization of telephone operators: Survival in an Integrating World, by D. Ioannidis: forthcoming in "The race to European eminence", edited by O. Granstrand & E. Bohlin, Elsevier

L'applicazione delle regole di concorrenza nel settore bancario, finanziario e assicurativo, by M. Siri, publié dans Banca Impresa Società, a. XII, 1993, n. 3

The European Union: 1993 Review and 1994 Prospects, Coopers & Lybrand

The European economic area: EEA law. A commentary on the EEA agreement, Sven Norberg, Karin Hökborg, Martin Johansson (e.a.), Stockholm, CE Fritzes 1993

Refocussing the competition rules. Making the Single Market work, CBI

Controlling State Aids. Making the Single Market work, CBI

Droit americain et droit communautaire des ententes: étude de la règle de raison, Daniel Fasquelle, Paris: GLN Joly 1993

Antitrust law, an economic perspective, Richard A. Posner, Chigaco, IL. Univ. of Chigaco 1976

Audiovisuel : défis et promesses d'un secteur d'avenir, Etudes Economiques, Groupe Crédit National

Bewertung und Zulässigkeit von Marktinformationsverfahren: Referate einer FIW-Veranstaltung, Köln (etc.): Heymann 1993

Protocol adjusting. The agreement on the European Economic Area. Council publication, 1994

L'applicazione delle regole di concorrenza nel settore bancario, finanziario e assicurativo, Michele Siri.

Integração Europeia - Estudos de economia, política e direito comunitários, Paulo de Pitta e Cunha, Imprensa Nacional, Casa da Moeda

Histoire de la Haute Autorité de la Communauté européenne du Charbon et de l'Acier - Une expérience supranationale, Dirk Spierenburg et Raymond Poedevin, Bruylant, Bruxelles 1993

The history of the High Authority of the European Coal and Steel Community - Supranationality in Operation, Dirk Spierenburg and Raymond Poidevin, Weidenfled and Nicolson, London

The Office of Fair Trading Code of Practice on Enforcement, Published by the Director General of Fair Trading, January 1994

Mergers: the Content of Submissions - A note by the Office of Fair Trading, March 1994

Energiprisorientering -afgørelser 1994, ElprisUdvalget, Gas- & VarmepriUdvalget 1994

Barriers to entry and exit in competition policy, A report by London Economics for the Office of Fair Trading, March 1994

De BV Nederland op de interne markt, with contributions in English by P. Dankert and Sir Leon Brittan, T.M.C. Asser Instituut - 's-Gravenhage

Actions communautaires affectant le tourisme, Rapport de la Commission COM(94) 74 final 06.04.04 (DE, EN, FR)

La coopération entre entreprises - De samenwerking tussen ondernemingen, Bruylant, Bruxelles 1993 - Kluwer, Antwerpen 1993

Almanach der Bundesregierung 1993/94 [Annuaire].

Law firms in Europe - Cabinets juridiques, Legalease [Annuaire].

Das italienische Kartellgesetz von 1990 und sein Verhältnis zum europäischen Recht der Wettbewerbsbeschränkungen, Thomas Kaufmann, Peter Lang

Das japanische Kartellrecht, 2. neuarb. Fassung, Hiroshi Iyori, Akinori Uesugi, Christopher Heath, Carl Heymanns Verlag 1994

Harmonisierung des Rechts gegen den unlauteren Wettbewerb in der EG? Referate einer FIW-Veranstaltung, Carl Heymanns Verlag 1993

Beschränkung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft, Referate des XXVI. FIW-Symposiums, Carl Heymanns Verlag 1993

Sénat, Première session ordinaire de 93-94, Rapport d'Information fait au nom de la commission desAffaires économiques et du Plan sur l'avenir du secteur des télécommunications en Europe, par M. Gérard Larcher, Sénateur.

The European Aerospace Industry Trading Position and Figures 1994, (III/4001/94-EN) Commission Staff Working Paper

Le rail - une partie indispensable du système de transport européen / Die Bahn - ein unentbehrlicher Teil des europäischen Verkehrssystems / The railways - an indispensable part of the European transport system, Union Internationale des Chemins de fer

The European Court of Justice: practice and procedure, K.P.E. Lasok, 2nd ed. London (etc.): Butterworths 1994

Yearbook of European Law, Ed. F.G. Jacobs. Oxford

Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern, Bundesministerium für Wirtschaft

Antitrust provisions of the EEA Treaty and EFTA Surveillance Agreement plus notices and guidelines of the EFTA Surveillance Authority, Antitrust Reports, February/March 1994, Parts 2 & 3

Os bancos e a concorrência, João E. Pinto Ferreira, Serie "Cadernos" N° 21, Direcção-Geral de Concorrência e Preços

Merger cases in the real world - A study of merger control procedures, EN/FR, OECD

EC block exemption regulations, Rosa Greaves. London (etc.): Chancery Law Publ. 1994

The Evolution of Community Law on Financial Services, Prof. Dr. Norberg Reich & John Cecil van Aken

The system of administrative and penal sanctions in the

Member States of the European Communities, Volume I - National reports / Etude sur les systèmes de sanctions administratives et pénales dans les Etats membres des Communautés européennes, Volume I - Rapports nationaux. Commission document

Towards the Personal Communications Environment: Green Paper on a common approach in the field of mobile and personal communications in the European Union, COM(94)145 final, 27.4.1994

1994 report on US barriers to trade and investment, Commission document (No I/194/94), April 1994

Tarjetas de Transacciones Financieras en España : Estándares de Protección del Consumidor, Pedro-José Bueso Guillén & Jesús Santos Ruiz de Eguílaz

Transparenzregeln für europäische Versicherungsprodukte, Wolfgang Scholl, ZERP-Diskussionspapier 6/94, Papers on the Southern Extension of the EC and Financial Services No. 5

Untersuchung von Beschwerdesystemen für Finanzdienstleistungen, Edda Castelló, ZERP-Diskussionspapier 5/94, Papers on the Southern Extension of the EC and Financial Services No. 4

Financial Services in the United Kingdom, Geoffrey Xoodroffe, Philip Rawlings, Chris Willett, ZERP-Diskussionspapier 4/94, Papers on the Southern Extension of the EC and Financial Services No. 3

Finance from Europe. A guide to grants and loans from the European Community, Michael Hopkins. EC Commission, Information Office, London. EC 1994

Europäische Strukturfonds in den Regionen. Erfahrungen der gewerkschaftlichen Beteiligung. Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI)

Fusioner og virksomhedsovertagelser. Konkurrencerådet 1994

The Community internal market - 1993 report, Luxembourg: Office for Official Publications (EN, DE, FR, ES, DK)

Competition policy and vertical restraints: franchising agreements, 1994, OECD

Cooperativas, mercado, principios, cooperativos, José Luis Monzón, Alberto Zevi, 1994, Instituto Nacional de Fomento de la Economía Social

European technology directory, European Association of Contract Research Organizations (EACRO)

The Uruguay Round - Global agreement - Global benefits (EN, FR, DE)

Protection de l'Environnement - Libre Circulation des Biens et Droit de la Concurrence, Colloque, 20 Mai 1994, Document. Ministère de l'Environnement, Paris

Common Market Law Reports, Special issue: Rules of procedure of the EFTA Surveillance Authority and substantive and procedural state aid rules of the EFTA Surveillance Authority , Vol. 70(1) & (2), Parts 966-967, 3 & 10 May 1994

Meeting universal service obligations in a competitive telecommunications sector, Commission Document (Study DG IV)

Rapporto 1993 sull'industria italiana, Nomisma, Società Editrice il Mulino

Panorama of EU Industry 94 - An extensive review of the situation and outlook of the manufacturing and service industries in the European Union, Commission (EN, DE)

Major economic issues raised by the creation of the internal energy market, Dr Dieter Helm. Oxford Economic Research Associates Ltd, April 1992

Olieselskabernes prisfastsættelse siden 1991, KonkurrenceRådet 1994

The Office of Fair Trading in Administrative Context, Prof. Stephen Wilks, CRI Centre for the Study of Regulated Industries, 1994

The revival of Japanese competition policy and its importance for EU-Japan relations, Prof. Stephen Wilks, The Royal Institute of International Affairs, 1994

Marktstruktur und Wettbewerb im Handel, Sondergutachten Nr. 23, Febr. 1994 der Monopolkommission gemäß § 24 b Abs. 5 Satz 4 GWB

Cost allocation and cross subsidies, Commission Document, DG IV Study by Prof. David Heald

Recent DG IV studies

Can be ordered in the sales offices of the Office for Pfficial Publications of the European Communities (EUR-OP)

Innovation in the EC Automotive Industry. An analysis from the perspective of State aid policy; CB-53-88-964-EN-C/; ISBN-92-825-8776-2; Automobiles; Aides; Motor Industry Research Unit Ltd, University of East Anglia, Norwich by K. BHASKAR.

The effect of conglomerate mergers on competition; CM-59-90-039-EN-C/; ISBN-92-826-0339-3; Fusions ; London Business School, London by J. CUBBIN, P.A. GEROSKI.

The impact of Joint Venture on competition. The case of petrochemical industry in the EEC; CM-70-91-491-EN-C/; ISBN-92-826-0579-5; Filiales communes; Joint ventures; pétrochimie; Nomisma, Bologna by G. GUALTIERI.

The effects of subsidies for exports to third countries for intra-community competition; CM-59-90-281-E-C/; ISBN-92-826-0352-0; Aides à l'exportation; Katolieke Univ., Leuven by T. PEETERS, F. ABRAHAM.

The effect of different State aid measures on intra-community competition; CM-59-90-702-EN-C/; ISBN-92-826-0381-4; Aides d'Etat; Automobiles; Motor Industry Research Unit, Norwich by K. BHASKAR.

Predatory behaviour in sector industry; CM-60-91-951-EN-C/; ISBN-92-826-0507-8; Predatory Pricing; Department of Economics and Accounting, University of Liverpool by R. PRYKE, J. DODGSON, KATSOULOCOS.

Impediments to parallel trade in pharmaceuticals; CM-73-91-489-EN-C/; ISBN 92-826-3660-7; PHARMA; Remit

Consultants Ltd. by I. SENIOR.

Aid element of government R&D contracts; CM-70-91-314-EN-C/; ISBN-92-826-0561-2; Aide R&D; Segal, Quince, and Wicksteed Ltd, Cambridge by R. QUINCE, SEGAL, WICKSTEED.

Copyright and Information limits to the protection of literary and pseudo-literary works in the Member States of the E.C.; ISBN 92-826-3666-6; Copyright; Polytechnic of Central London by V. PORTER.

EG-Wettbewerbsrecht und zulieferbeziehungen der automobilindustrie; ISBN-92-826-3874-X; Automobiles; Droit de Concurrence; Universität Kassel by B. NAGEL, Th. EGER.

Concurrence et Coopération dans le transport aérien en Europe; ISBN-92-826-4283-6; Transport aérien; Université Paris - I, Panthéon - Sorbonne by D. ENCAOUA, A. PERROT.

The Geographical dimension of competition in the European Single Market; ISBN-92-826-5613-6; Marché Unique; Cranfield School of Management by F. FISHWICK, T. DENISON.

Analyse des problèmes techniques et économiques posés par l'application des règles de concurrence au secteur de l'électricité : La discrimination des prix, Yves Smeers, Mars 1994, Rapport rédigé pour DG IV (sera publié bientôt par l'Office des Publications).

More Information ...

DGIV welcomes enquiries from companies, particularly SMEs that have questions regarding its activities and how their business can be affected.

Contact DG IV's Cellule INFORMATION:

Commission of the European Communities,
C150 00/158, Rue de la Loi 200,
B-1049 Brussels, Belgium.
Attn: Mr. P.Alevantis, DG-IV Information Officer,
tel (+322) (29) 50094/54271/55608/55925
fax (+322) (29) 55437

E-Mail X.400: c=be;a=rtt;p=cec;ou=mhsg;s=AlevantisP.
Internet: alevantis@mhsg.cec.be

The members of the Cellule INFORMATION will endeavour to answer your enquiries. If they are unable to do so they will find someone who can. They will not, however, answer questions pertaining to ongoing cases.

In addition to copies of the speeches listed above, DGIV also has available, or is in the process of preparing, a number of more detailed publications on its competition policy. If you are interested in receiving some of these, or details of where they can be purchased, please contact the Cellule.

Please note that the Newsletter is always accompanied by a form that new subscribers can use in order to get their names on the mailing list. The same form can be used by existing subscribers for indicating a change in their address. In the latter case, do not cut the form: we need the code that is mentioned on the top right part of the page. If the form is missing mail or fax your coordinates to the address mentioned below.

Cases covered in this issue

Anti-Trust Rules

Commission Decisions					
		Microsoft			17
		TAT (Paris-London, Paris-Marseille, Paris-Toulouse)			24
Bayer/BP Chemicals	22				
Briques hollandaises (Stichting Baksteen)	22	Court Judgements			
Cartonboard cartel	18	T-38/92 All Weather Sports Benelux BV c/			
Dutch crane-hire sector	23	Commission			27
Exxon/Shell (polyéthylène linaire)	21	T-37/92 BEUC et NCC			28
Interbrew	21	C-137/92P PVC (Commission c/ BASF et autres)			30

Mergers

Commission Decisions					
		Powergen/NRG Energy/Morrison Kudsén/MIB			39
		Procter & Gamble/VP Schickedanz			38
AGF/La Unión y el Fenix	35	Rhône Poulenc/Cooper			35
AGF/Assubel	39	Rhône Poulenc/SNIA (Nyltech)			38
Allied Lyons/HWE/Pedro Domecq	35	Roche/Syntex			38
Avesta II	38	Shell/Montecatini			37
Banco de Santander/Banesto	38	Sidmar NV/Klöckner Stahl GmbH			37
BSN/St Louis (Euralim)	37	Tractebel/Synatom			40
Daimler-Benz AG/RWE AG	39	VIAG/Bayernwerk			36
Electrolux/AEG	39	Winterthur/DBV Holding			36
ERC/NRG Victory	36				
GE/ENI/Nuovo Pignone	36	Court Judgements			
GKN/Brambles/Leto Recycling	37	T-3/93 Air France c/ Commission			40
Hüls/Phenolchemie	36	T-2/93 Air France c/ Commission			40
KPR/CGP	35	T-88/94P Kali & Salz/MdK			43, 44
Medeol/Elosua	37				

Liberalisation and State Intervention

Court Judgements

C-393/92 Commune d'Almelo c/ NV Energiebedrijf Tijsselmij	47
---	----

State Aid

Commission Decisions					
		Hoechst (UK)			51
		Hualon Corp., N. Ireland			52
AEG Sachsenwerk GmbH, Regensburg	50	SGS-Thomson Microelectronics			52
Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG	50	Cartere del Garda			52
Regional aid schemes for 5 new German Länder	50	Kimberly Clark			52
Hainaut, Belgique	50	Textilwerke Degendorf GmbH			53
Mathias-Thesen-Werft	51				
Spanish Shipyards	51	Court Judgements			
BVDA DS Profil	51	C-313/90 CIRFS c/ Commission			53